

»» Liebe Leserinnen und Leser,

eine Schwarz-Weiß-Malerin will oder kann keine Farben sehen. Sie fällt in einer bunten Welt leicht auf, in einer bunten Welt sind diejenigen, die ausblenden, reduzieren, polarisieren und diskriminieren, ohne Weiteres zu identifizieren: Entweder man ist eingeschränkt und steht in der Schwarz-Weiß-Ecke oder man ist reflektiert und gehört zur demokratischen Mitte, zur großen bunten Welt. Schwarz-Weiß-Malen, das tun nur die Anderen, die radikalen Subjekte, die nicht ins Bild passen, die bei Randgruppen und Randalen auftauchen.

Unsere Ausgabe will sich einer solchen intellektuellen Bequemlichkeit in den Weg stellen. Es ist trügerisch, zu glauben, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ganz einfach funktioniert und auch entsprechend leicht ins Auge fällt. Herabwürdigende Verhaltensmuster schleichen sich ein, schleifen sich ein und wirken am Ende scheinbar legitim. Beispielsweise stellt sich abseits der medial prominenten Diskriminierungsfälle (der Demonstrationen, Morddrohungen oder Brandanschläge) die Frage, wie man am besten darauf reagiert, wenn sich Menschen im Nahraum, im Kindergarten, im Karnevalsverein oder im Bioladen sehr freundlich und diskret ‚völkisch‘ engagieren. Es gilt also, den Blick zu schärfen für alltägliche, eher unspektakuläre Herabwürdigungen und vor allem auch für Formen ‚institutionalisierter Arroganz‘.

Die Erwachsenenbildung muss sich zuerst fragen lassen, was sie unternimmt, um die Negativspiralen des deutschen Bildungssystems zumindest nicht zu verstärken. Wo sind die attraktiven Angebote für all jene, die keine glatte Bildungslaufbahn vorweisen können, oder für die vielen Bildungsverlierer/innen, die frustriert sind von den Bildungsinstitutionen und mit denselben bisher nur Pflicht und Zwang verbinden können? Insbesondere die Evangelische Erwachsenenbildung muss sich in ethischer Hinsicht fragen lassen: Wie verstrickt ist sie in scheinbar evangelische ‚Beschwörungen des Ich und des Wir‘? Ist ihr Bildungshandeln nicht ein diakonisches Handeln, das zur Freiheit von sich und anderen führen soll, und muss es insofern nicht besonders darauf achtgeben, dass dem Leid und Glück ‚des Anderen‘ nicht vorurteilsbehaftet begegnet wird?

So empfehlen unsere Artikel, zunächst bei sich selbst anzufangen, erst einmal der eigenen Unwissenheit auf die Schliche zu kommen. Zu rasch steht man beim Thema ‚Diskriminierung‘ vor einem Entweder-Oder, nimmt die eigenen Überzeugungen für bare Münze oder hält ritualisierte Antidiskriminierungsgesten für einwandfrei. Doch bevor man sich

für mehr Sachverstand und Offenheit bei fundamental religiösen, extrem nationalen, sexistischen, homophoben oder antisemitischen Menschen einsetzt, ist zu prüfen, wie es um den eigenen Kenntnisstand mitsamt den lang gehegten, mehr oder weniger christlichen Überzeugungen steht.

Was meinen Sie etwa: Welche Religionsgemeinschaft hat weltweit die größten Wachstumsraten zu verzeichnen – der Islam, der Buddhismus oder die Pfingstkirche? Was sagen empirische Daten: Welche Art christlicher Religiosität verstärkt und welche schützt vor diskriminierenden Neigungen? Warum erinnert uns das Auftrumpfen mit Menschenrechten gegenüber anderen Religionen und Kulturkreisen so wenig an unsere Kolonialzeiten und unsere eigene Aufklärungskritik? Haben wir in Europa wirklich gute Gründe, um uns auf ein ‚religionsneutrales und vernunftgesteuertes Staatswesen‘ zu berufen? Wie ließ sich vergessen, dass empirische Studien bereits vor fünfzig Jahren sehr vehement, aber folgenlos kritisierten, dass sich die Teilhabechancen von Erwachsenen im deutschen Bildungssystem polarisieren? Haben Sie davon gehört, wie nachhaltig in Mecklenburg-Vorpommern westdeutsche Familien völkische Ideale der ‚Artamanensiedler‘ pflegen? Wem ist bekannt, dass Deutschland im vergangenen Jahr noch immer deutlich weniger Geld für Flüchtlingshilfe ausgegeben hat als zwanzig Jahre zuvor? Und hätten Sie gedacht, dass mit der erheblich steigenden Zahl an Migrantinnen und Migranten aus Bulgarien und Rumänien seit letztem Jahr zugleich auch die Arbeitslosenquote dieser Einwanderungsgruppe (mit 10,2 % für Rumäninnen und Rumänen sowie 9,8 % für Bulgarinnen und Bulgaren) deutlich unter die Arbeitslosenquote aller anderen Einwanderinnen und Einwanderer in Deutschland (von 14,6 %) gesunken ist?

Eine spannende und erhellende Lesezeit wünscht Ihnen

Steffen Kleint

Steffen Kleint



Dr. Steffen Kleint

Wissenschaftlicher
Mitarbeiter, Comenius
Institut

Redaktionsleitung forum
erwachsenenbildung
kleint@comenius.de

» **schwerpunkt – Diskriminierung auf der Spur**

Andreas Mayert

Fakten für die aktuelle Einwanderungsdebatte in Deutschland 14

Rechtlich und faktisch ist Deutschland in den letzten Jahren zu einem Einwanderungsland geworden. Proteste dagegen und hierauf zielende Diskriminierungen treffen auf eine seit den neunziger Jahren stark veränderte Realität. Anhand der wichtigsten Kennzahlen erläutert der Artikel die Veränderungen im Zuge der EU-Osterweiterung und angesichts der Flüchtlingsströme aus Krisengebieten und hält damit einem falschen und vorschnellen Ideologiestreit fundierte Sachlichkeit entgegen.

Elisabeth Siebert

völkisch, sendungsbewusst und bio..... 19

Rechtsextremisten, das waren lange Zeit überwiegend gewaltbereite junge Männer in einschlägiger Kleidung, Mitglieder militanter Gruppen, die keinen Hehl aus ihrer Überzeugung machten, sich in Cliquen, Gruppen und Parteien separierten und Aufmärsche, Parteitage und einschlägige Feiern organisierten. Diese Zeit ist vorbei. Das Phänomen Rechtsextremismus ist komplexer geworden, was der Artikel mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern nachzeichnet.

Martin Becher, Grit Hanneforth, Christian Staffa

„Geh denken“ – Anforderungsprofil für evangelische politische Bildungsarbeit zu Diskriminierung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit 23

Die diskriminierende Haltung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit des organisierten Rechtsextremismus artikuliert sich zunehmend in neuartigen Zusammenschlüssen, die weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen. Dies stellt eine große Herausforderung für kirchliche Akteure dar. Der Artikel zeigt, wie politische Erwachsenenbildung mit zivilgesellschaftlicher Fundierung und kirchlichem Kontext sich ethisch zu positionieren vermag und praktisch wirksam werden kann.

Hans-Christian Günther

Demut statt Diskriminierung: das Christentum im gesellschaftlichen Kontext 27

In dem vorliegenden Beitrag wird das Christentum in seiner Rolle als Staatsreligion vergleichend zu anderen Religionen untersucht. Die Aufklärung und der säkulare Staat samt seiner heutigen Krise werden aus der katastrophalen Unfähigkeit des Christentums abgeleitet. Am Ende wird ein Ausblick auf ein Verständnis des Christentums gegeben, der seinem ursprünglichen Geist und den Erfordernissen der Moderne entspricht.

Hilke Rebenstorf

Christliche Religiosität und Diskriminierungstendenzen – der empirische Kenntnisstand 33

Diskriminierungstendenzen und christliche Religiosität weisen eine komplexe Beziehung auf. Tendenziell fundamentalistisch Glaubende sind eher homophob, islamophob, antisemitisch und ausländerfeindlich – ähnlich wie Menschen mit dezidiert fundamentalistisch atheistischen Einstellungen. Eine gegenüber anderen Religionen tolerante Religiosität schützt dagegen vor Vorurteilen.

» **nicht vergessen!**

Klaus Heuer

Diskriminiert wegen fehlender Bildungschancen 39



» **aus der praxis**

Aline Seel

„Wir sind reicher und freier, als wir meinten.“
Gemeindearbeit und politische Bildung. Ein Erfahrungsbericht 6

Jan Müller-Raith

Diskriminierung: Ein facettenreiches Phänomen in der Gesellschaft
Wie greift die ARD-Themenwoche Toleranz das Thema Diskriminierung auf? 8

Ingo Grastorf

Demokratie gewinnt! – Ein Auftrag für Diakonie und Kirche 10

Grit Hanneforth, Petra Schickert

„Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft: Vernetzt für eine starke Demokratie“.
Ein Projekt der „AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“ 12

» **einblicke**

Burkard Fuchs

Bildungscontrolling – ungenutztes Potenzial 40

Paula Lichtenberger

„Elternkompetenzen in der Migrationsgesellschaft stärken – Bildungsprozesse
von Kindern fördern und begleiten“ 42

Christian Staffa

Pegida +
Von unterschiedlichen Arten, Sorgen wahr- und ernstzunehmen 45

Gertrud Wolf, Constanze Schwärzer

Wie Bildung gerechter werden kann.
Der Anti-Bias-Ansatz in der Erwachsenenbildung 47

» **service**

Publikationen 51

Veranstaltungstipps 58

Impressum 62

» „Wir sind reicher und freier, als wir meinten.“

Gemeindearbeit und politische Bildung. Ein Erfahrungsbericht



Aline Seel

Ev. Theologin und
Koordinatorin des Projekts
„Christliche Nächstenliebe.
Gemeinsam gegen
Menschenfeindlichkeit“
seel@asf-ev.de

*Wir sind reicher und
freier, als wir meinten.*

*Wir können aus unse-
ren Verhältnissen
und inmitten der
Zwänge mehr machen,
als es von außen
scheint.*

(H. Gollwitzer)

Auf der einen Sei-
te des Thesenbarome-
ters steht meine Kon-
fi-

Gruppe, auf der anderen Seite stehe ich. „Es gibt keine schwarzen Engel“, so die Pfarrerin zu Anna in der Geschichte, die ich vorlese. Anna darf nicht im Krippenspiel mitspielen, jedenfalls nicht in ihrer Lieblingsrolle. Ist das Rassismus? Natürlich nicht, denken meine Konfis und stellen sich auf die eine Seite des Raumes: „Engel waren doch immer weiß.“ Natürlich, denke ich, und trete dennoch aus meiner Rolle als Moderatorin heraus, auf die andere Seite, will eintreten – gegen Rassismus. Natürlich.

Eine Szene, die aus meiner Sicht auf ein Problem hinweist, das damit verbunden ist, dass wir stets überzeugt sind von unseren richtigen Standpunkten. In der pädagogischen Arbeit unternehmen wir zwar den Versuch, die sog. „Lebenswelten“ der Beteiligten aufzusuchen, meist aber mit dem Ziel, die Relevanz der von uns *mitgebrachten Überzeugungen* an ihnen aufzuzeigen. Wenn es aber um die Auseinandersetzung mit Menschenfeindlichkeit geht, ist aus meiner Sicht ein Umdenken angezeigt. Gerade für die gemeindliche Arbeit ist zu fragen, wie unsere christliche Kirche eine hörende und zugleich eine Kirche der klaren Worte sein kann.

Das Projekt „Christliche Nächstenliebe – gemeinsam gegen Menschenfeindlichkeit“ stellt einen zugegebenermaßen bescheidenen Antwortversuch auf diese komplexe Frage dar. In Kooperation mit der württembergischen Landeskirche und der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) entwickelt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) Module für die kirchliche Bildungsarbeit.

Auch wenn die politischen Implikationen religiöser Bildung derzeit selten im Zentrum universitärer Reflexion stehen, so wird doch weitestgehend der Forderung zugestimmt, dass die Religionspädagogik gerechtes Leben fördern und fordern soll.

Will man aber die Impulse der politischen Theologie *wirklich* ernst nehmen, so ist zu fragen, wie sich die politische Pointe der Botschaft vom Reich Gottes in (religions-)pädagogischer Praxis wirksam realisieren lässt. Im Rahmen des Projektes streben wir daher an, Themen wie Rassismus und Antisemitismus verstärkt in die Gemeindearbeit einzubringen und verfolgen dabei sowohl interventive als auch präventive Effekte.

Während des Workshops „Willkommenskultur für Flüchtlinge“ befragten Gemeindeglieder selbst-reflexiv ihre innere Haltung zu Fragen von Flucht und Asyl, setzten sich mit medialer Berichterstattung und Hintergrundanalysen auseinander und erarbeiteten durch einen Bibliolog zu Rut 1 kreativ eine biblische Perspektive zur Frage des (Mit-)Gehens auf unvertrauten Wegen.

Ein Tag mit Konfirmandinnen und Konfirmanden zum Thema „Vor Gott sind alle Menschen gleich“ zielte darauf, Sensibilität für vorurteilsgeprägtes Denken und Rassismus im Alltag zu entwickeln und Möglichkeiten des vom biblischen Menschenbild geleiteten Umgangs zu diskutieren. Anhand eines Thesenbarometers erstellte die Gruppe hier u. a. eine (Arbeits-)Definition von Rassismus, die im Verlauf des Workshops dazu diente, zu markieren, wo Rassismus beginnt und wie er sich äußert. Im Raum werden bei dieser Methode JA/NEIN-Pole markiert und die Teilnehmenden positionieren sich zu Beispielgeschichten individuell im Raum: Spielt in der geschilderten Situation Rassismus eine Rolle – ja oder nein? Wichtig ist, dass es kein Richtig oder Falsch gibt, keine suggestiven oder einschüchternden Fragen. Neben den auf empathische Prozesse zielenden Beispielsituationen kann so der oft diffuse Rassismus-Begriff problematisiert und zugleich spezifiziert werden.

In der Arbeit sowohl mit Jugendlichen als auch mit Erwachsenen beschäftigt uns das Spannungsfeld zwischen dem Anspruch eines Handelns aus Nächstenliebe und den real existierenden Ängsten, Aggressionen und Vorbehalten. Wie also lässt sich Nächstenliebe mit unseren menschlichen Abgründen *ins Gespräch bringen*, damit sie ihre wahrhaftige Kraft auch und gerade als Fernstenliebe entfalten kann? Beim Versuch, dieses Gespräch pädagogisch zu inszenieren, stolpern wir in der Praxis über eigene und fremde Widerstände. Wie reagiere ich, wenn Jugendliche nicht wie angenommen empathisch und sensibel auf die Erzählungen über Ausgren-

zungserfahrungen von Menschen anderer Hautfarbe reagieren? Was entgegne ich, wenn Deutsch-Sein erst ab fünf Generationen Leben in Baden-Württemberg als solches anerkannt wird und wenn das Absprechen von nationaler Zugehörigkeit nicht nach *meinen* Vorstellungen problematisiert wird? Wie finde ich die richtigen Worte für das Mitglied eines Gemeindegemeinderates, das für die Flüchtlinge in ihrem/seinem Dorf nur das Beste will – aber ihnen gibt, ohne gefragt zu haben, was für *sie* das Gute ist? Wie unterscheide ich, wo ich auf Abwehr und Selbstschutz treffe und wo auf Rassismus und Hass? Wo setze ich Grenzen und wo öffne ich Raum?

Ohne hier eine abschließende Antwort geben zu wollen, ist aus meiner Sicht in der pädagogischen Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit der Respekt vor Andersheit und die Schulung von Empathie wichtig. Pädagogisches Handeln will ich als ein solches verstehen, das voraussetzt, *das noch nicht offenbar ist, was wir sein werden* (1. Joh 3,2). Nur wenn ich gerade *nicht* auf feststehende moralische Werte hin erziehe, kann ich die Hoffnung wecken und wachhalten, dass eine andere Welt möglich ist. Erst wenn ich Empathie *nicht* einfach voraussetze oder zuschreibe, sondern als lern- und lehrbar verstehe, können empathische Prozesse langsam und dauerhaft ihre Kraft entfalten.

Gerade Freiwilligendienste stellen hierfür wichtige Lernfelder dar. Sie sind Schulen der Empathie, in denen das Anerkennen der Andersheit des Anderen Anspruch und Ziel eigenen Handelns werden kann. Dass die Workshops von ehemaligen ASF-Freiwilligen geteamt werden, gibt diesen die Möglichkeit, die Erfahrungen ihrer Dienste in die Praxis hinein zu vermitteln. Sie haben gelernt, dass Wahrheit in der Begegnung entsteht und dass das Gute immer wieder neu ausgehandelt werden muss.

Respekt und Empathie lassen sich nicht ohne Weiteres didaktisch herbeizaubern, aber als Pädagoginnen und Pädagogen tragen wir die Verantwortung dafür, dass sie sich entwickeln können – schnelle Erfolgsgeschichten sind dabei selten. Rechneten wir etwa damit, dass sich Jugendliche anhand von Beispielgeschichten zum Thema Rassismus problemlos in die Lage derer hineinversetzen könnten, die rassistischen Vorurteilen begegneten, so wurde diese Erwartung enttäuscht: „Das ist doch Annas Problem, sie soll sich mal nicht so haben.“ Rollenimagination braucht Zeit. Sich das Leben eines anderen Menschen vorzustellen, ist aufwändig: Wo ist Anna geboren, woran erinnert sie sich gerne, was bedeutet ihr das Krippenspiel? Es braucht eine enge Begleitung und eine vertrauensvolle Atmosphäre. Zudem erzeugt das Thema Ausgrenzung oft eine Abwehrreaktion, die sich als politisches Desinteresse äußert: „Ständig müssen wir über Diskriminierung reden, ja, Nächstenliebe ist wichtig.“ Jugendliche wehren Themen ab, wenn sie das



Junge Erwachsene besuchen den Workshop „Vor Gott sind alle Menschen gleich“

Gefühl haben, dass die Gesellschaft, in der sie groß werden, ihnen für diese keine überzeugenden Bearbeitungsformen anbietet. Nächstenliebe und unsere menschlichen Abgründe sind *ins Gespräch zu bringen*. Warum scheitern wir am Anspruch der Nächstenliebe und warum wollen und sollen wir es dennoch immer wieder neu versuchen? Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Das biblische Bilderverbot weist uns gerade im Themenjahr der Lutherdekade („Bild und Bibel“) auf seine Art in die Nachfolge. Es ermöglicht, unsere eigene Wahrnehmungsfähigkeit und Empfindsamkeit zu schulen, uns Zeit zu nehmen für engagierte Aufmerksamkeit und nicht in den Bildern von uns und den anderen zu verharren. Für pädagogische Prozesse heißt das, dass ich notwendigerweise stolpern werde, innehalten, mich neu ausrichten, zuhören muss: Welche Farben haben deine Engel? Was ist für dich das Beste? Erzähl mir von dir. *Denn wir sind reicher und freier, als wir meinen. Wir können aus unseren Verhältnissen und inmitten der Zwänge mehr machen, als es von außen scheint.*

Die entstehenden Bildungsbausteine des Projekts „**Christliche Nächstenliebe. Gemeinsam gegen Menschenfeindlichkeit**“ werden auf der Homepage der BAG K+R (www.bagkr.de) zur Verfügung gestellt. Bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus können zudem Vorträge und Workshops für Kirchengemeinden und Konvente zu Themen wie Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Flucht & Asyl angefragt werden.

» Diskriminierung: Ein facettenreiches Phänomen in der Gesellschaft

Wie greift die ARD-Themenwoche Toleranz das Thema Diskriminierung auf?



Jan Müller-Raith

Beitragsautor für BR-Rundschau, ARD-Tagesschau/Tagesthemen, BR-online sowie Referent in der BR-Fernsehredaktion

jan.mueller-raith@br.de

Seit 2006 nimmt sich die ARD Jahr für Jahr in einer sogenannten Themenwoche eines gesellschaftlich relevanten Themas an. Dies waren in früheren Jahren etwa die Kinder, der demografische Wandel, das Ehrenamt oder der Tod. Im vergangenen Jahr trat der

Intendant des Bayerischen Rundfunks an seine Kolleginnen und Kollegen aus den anderen ARD-Rundfunkanstalten mit dem Vorschlag heran, eine Themenwoche zur Toleranz zu organisieren und federführend zu betreuen. Nach dem einvernehmlichen Beschluss, die Toleranz in all ihren Ausprägungen in Fernsehen, Hörfunk und online abzubilden, wurde die ARD-Themenwoche 2014 für den Zeitraum 15. bis 21. November festgelegt.

Wie in den Jahren zuvor standen die Programmplaner/innen vor großen Herausforderungen. Es galt festzulegen, welche Facetten der öffentlich-rechtliche Rundfunk thematisieren kann – und muss. Neben vielen anderen ist eine dieser Facetten natürlich auch der Aspekt des Fehlens von Toleranz. Was ist, wenn es keine Toleranz gibt? Was tritt an ihre Stelle? Wie verhalten sich Menschen, die intolerant sind – oder die auf Intoleranz und Diskriminierung stoßen? Den Programmplanerinnen und -planern war schnell klar, dass auch die Frage der Diskriminierung einen zentralen Aspekt darstellt, dem die ARD im Rahmen der Themenwoche gerecht werden muss. Für diesen Praxisbericht möchte ich daher im Folgenden drei Programmierungen im Gemeinschaftsprogramm Das Erste herausgreifen und auf deren Entstehung eingehen.

Für welche gesellschaftlichen Gruppen, welche Menschen, die bestimmte Eigenschaften auf sich vereinen, gehört Diskriminierung quasi zum Alltag – und wie weisen wir darauf hin? Das sind die Fragen, die sich in der Entstehung von Programminhalten stellen. Sollen die Regisseurinnen und Regisseure von Spielfilmen, Dokumentationen oder Reportagen individuelle Lebensgeschichten in den Fokus nehmen, auf die Gefahr hin, das große Ganze aus dem Blick zu verlieren – oder aber ganze Gruppen porträtieren, mit dem Risiko, die Empathie der

Zuschauer/innen auf diese Weise nicht wecken zu können? Eine gelungene Themenwoche geht Risiken ein und lässt keine Möglichkeiten ungenutzt.

So stellte sich die ARD diesen Fragen gleich am ersten Tag der Themenwoche (Samstag, 15. November 2014) und entschied sich, die Geschichten einzelner Protagonistinnen und Protagonisten zu erzählen. Der Bayerische Rundfunk wurde beauftragt, in der Reportage „Steh zu dir!“ mehrere Jugendliche zu begleiten, die völlig unterschiedlichen Formen der Diskriminierung begegnen. Der 19-jährige Nicko etwa entdeckt seine Sexualität, die anders ist als die seiner Freunde. Er fühlt sich zu Männern hingezogen und erkennt schnell, dass nicht nur er ein Problem mit seiner Orientierung hat. Eine Gesellschaft, die den Begriff „schwul“ gerne als abwertendes Prädikat verwendet, die Homosexualität offen diskriminiert, hält Nicko davon ab, sich offen zu bekennen. Diskriminiert fühlt sich auch Conny. Die 16-Jährige ist mit dem 21-jährigen Iraker Kosrat zusammen, der ihr aber schnell klarmacht, dass seine Eltern niemals eine Beziehung mit einer Deutschen akzeptieren würden. Wie sie mit dieser Diskriminierung umgeht, erzählt Conny den BR-Filmemachern. In beiden Fällen entstehen Filme, die keine/n Zuschauer/in unberührt lassen.

In einer weiteren Reportage blickte die ARD am Folgetag (16. November 2014) rund 23 Jahre zurück. Im Jahr 1991, kurz nach der Wende, stand Hoyerswerda über Monate in den Schlagzeilen. „Ausländerfrei“ – so sollte die sächsische Kreisstadt in den Augen nicht weniger Bewohner/innen sein. Zahlreichen Rechtsextremen und bürgerlichen Sympathisantinnen und Sympathisanten gefiel es nicht, dass Asylbewerber/innen in der Stadt untergebracht waren. Immer wieder kam es zu ausländergefeindlichen Zwischenfällen. Letztlich kapitulierte der Staat und brachte Menschen, die in Deutschland auf eine neue Zukunft gehofft hatten, in anderen Städten unter. Anfang 2014 wird in Hoyerswerda ein neues Asylbewerberheim eröffnet. Wieder protestieren Rechtsextreme, doch diesmal gibt es eine Gegenbewegung. An der Spitze der Bewegung „Hoyerswerda hilft mit Herz“ stehen eine engagierte Bürgerin und ein Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde. Die Reporter/innen vom Mitteldeutschen Rundfunk und dem Rundfunk Berlin-Brandenburg begleiten die Bürgerbewegung, zeigen die Herausforderungen der Protagonistinnen und Protagonisten auf, die Dankbarkeit der Asylbe-



Plakataktion im Rahmen der ‚Woche der Toleranz‘ der ARD

werber/innen – und den blanken Hass der rechten Kräfte, für die das Engagement von „Hoyerswerda hilft mit Herz“ einem Verrat an der deutschen Identität gleichkommt. In der Reportage „Willkommen in Hoyerswerda“ wird in erster Linie die andauernde Diskriminierung von Menschen fremder Herkunft aufgezeigt. Auf einer weiteren Ebene sind es aber auch die couragierten Einheimischen, die sich allzu oft in der Minderheit befinden, von deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern teils ignoriert, teils offen bekämpft.

Da sich die ARD in ihren Themenwochen stets auch fiktional mit ihren Mottos befasst, soll an dieser Stelle auch die Spielfilmproduktion „Das Ende der Geduld“ (Mittwoch, 19. November 2014) nicht fehlen, die die Aspekte Intoleranz und Diskriminierung nicht zufällig auf unterschiedlichen Ebenen aufgreift. Der Spielfilm thematisiert die gleichwohl überaus reale Geschichte der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig. Dabei stellen sich im Verlauf der Handlung mehrere Fragen, deren Beantwortung die Autorinnen und Autoren der/m Zuschauer/in überlassen. Werden gewalttätige Jugendliche, ausländischer Herkunft zumal, diskriminiert, wenn sie von der Justiz für ihre Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden? Oder ist es vielmehr die Jugendrichterin, die sich wegen ihrer mitunter harten Urteile etwa durch ihre Richterkolleginnen und -kollegen isoliert fühlt, der eine gewisse Diskriminierung widerfährt?

In diesem wie in den anderen genannten Fällen haben die Zuschauer/innen des Ersten die Programmierungen der Themenwoche angenommen und anschließend weitgehend positiv bewertet. „Ich bin zutiefst dankbar für diesen gelungenen Beitrag.“ „Ein sehr guter Film, gut recherchiert und sehr authentisch.“ „Meine Hochachtung, dass die ARD den Mut hat, diese Themen aufzugreifen.“ Dies waren nur drei Reaktionen. Wir sind damit umso zufried-

ener, weil wir mit den Themenwochen auch immer den Finger in gesellschaftliche Wunden legen – mitunter ein schmaler Grat zwischen Oberlehrertum und gesellschaftlichem Auftrag. Doch Diskriminierung, die auch in Deutschland zum Alltag gehört, ist wahrlich nichts, worauf die Gesellschaft stolz sein kann. Dass ein hoher Anteil des Fernsehpublikums dennoch einschaltet und sich diese zweifelsohne bestehenden Defizite vor Augen führt, ist nicht nur für die ARD ein Gewinn. Perspektivisch hat sich durch die Themenwoche gezeigt, dass es bei allem Respekt vor vorangegangenen Themenwochen an dieser Stelle offenbar noch besonders viel zu tun gibt. Würden sich Zuschauer/innen „dankbar“ zeigen oder uns ihre „Hochachtung“ zollen, wenn wir nicht alle gefordert wären, an dieser Stelle an uns zu arbeiten? Diskriminierung ist natürlich etwas, was wir an anderen Menschen – im Fernsehen oder im realen Leben – gerne erkennen und ablehnen. Aber wie steht es mit unseren eigenen Handlungen? Sind wir immer tolerant oder ertappen wir uns nicht auch gelegentlich dabei, wie wir andere Menschen für ihr Tun oder Sein diskriminieren? Diese Fragen maßt sich die ARD nicht an, abschließend zu beantworten – gestellt haben sie sich (uns) allemal. Rückblickend sind wir, die Journalistinnen und Journalisten der ARD, der festen Überzeugung, dass der Themenkomplex rund um die Toleranz – das Gegenstück der Intoleranz und der mit ihr verbundenen Diskriminierung – für eine Themenwoche genau der richtige war. In diversen Herangehensweisen und Darstellungsformen haben die Autorinnen und Autoren völlig unterschiedliche Geschichten recherchiert, gefunden, erzählt – entwickelt, geschrieben, gespielt. Es freut uns, alle Alters- sowie gesellschaftlichen Gruppen angesprochen und erreicht zu haben. Dies gelingt der ARD mit ihrem Regelprogramm in diesem Maße nicht immer.

» Demokratie gewinnt! – Ein Auftrag für Diakonie und Kirche



Ingo Grastorf

Projektleiter „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.

grastorf.i@dwbo.de

Im Winter 2014/2015 laufen Tausende von Menschen unter dem **Zusammenschluss** „PEGIDA – Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ durch Dresden und andere Städte Deutschlands. „Gewaltfrei und vereint – gegen Glaubenskriege auf deutschem

Boden!“. Hinter diesem Fronttransparent versammelt sich Montag für Montag eine Schar von Besorgten, Verängstigten, aber auch Überzeugten und Demokratiefeindlichen.

Und so rasch, wie er entstand, so hat es den Eindruck, löst sich der PEGIDA-Spuk auf den Straßen bereits wieder auf, noch bevor er sich in klaren politischen Forderungen formieren konnte.

Tatsächlich war die PEGIDA-Bewegung jedoch erstmals das medienwirksame Aufscheinen einer Stimmungsmelange, die in Deutschland seit den 1990er-Jahren umherwabert. Diese ist von den traditionellen Leitmedien und der parlamentarischen Diskussion abgekoppelt, findet jedoch z. B. auf der Internetplattform „Politically Incorrect“¹ oder in der Zeitschrift „Compact – Magazin für Souveränität“ meinungsstarke und -prägende Sprachrohre.

Dabei zeigen sozialwissenschaftliche Studien schon seit Langem, dass ein Ressentiment-Mix aus Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und Islamfeindlichkeit auch die „Mitte der Gesellschaft“ erreicht.² Eine Fokussierung auf marginalisierte Schlägertrupps in den ostdeutschen Provinzen führt am Kern des Problems vorbei.

Die Erkenntnisse aus diesen Studien treten im Alltag in ganz konkreten Handlungen und Aussagen zutage. Und zwar auch in der tagtäglichen kirchlichen und diakonischen Arbeit, was die Mitarbeitenden dieser Einrichtungen und Dienste vor besondere Herausforderungen und Schwierigkeiten stellt. Dieses Wissen motivierte im Herbst 2012 die Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband dazu, das Projekt „Demokratie gewinnt!“ zu entwickeln. Durch das Förderprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ konnten in allen ostdeutschen Landesverbänden der Diakonie eigenständige

Projekte initiiert werden, die in einem engen Austausch miteinander stehen.³

Kern des Projekts „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“ ist neben der fachlichen innerverbandlichen Beratung die inhaltliche Konzeption und Durchführung von Fortbildungen. Der besondere Fokus der Seminare liegt auf einem möglichst großen Praxisbezug. Durch enge Beteiligung von Fach- und Führungskräften schon in der Konzeptentwicklung wurden Fortbildungsangebote entwickelt, die auf die spezifischen Bedarfe der einzelnen Arbeitsfelder in Diakonie und Kirche abzielen. Es ist leicht nachvollziehbar, dass bei Fragen rund um die Themen Umgang mit Diskriminierungen und Rassismus, aber auch der Demokratie-Entwicklung und Partizipationsmöglichkeiten im Arbeitsalltag in der Altenpflege andere Schwerpunkte bedeutsam sind als beispielsweise in der Jugendhilfe, den Kindertagesstätten oder in den Kirchengemeinden.

Ergebnis dieses Konzeptentwicklungsprozesses sind neben Seminaren zu den Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Demokratie sowie Methodenworkshops zur Konfliktlösung und Gesprächsführung ein Fortbildungsschwerpunkt mit arbeitsfeldspezifischen Seminarmodulen. Unter dem Stichwort „Was tun! ...“ finden diese z. B. im Rahmen des Projekts „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“ als zweitägige Seminarangebote statt.

Welche Fragen, welche Themen sind in der Praxis von besonderer Bedeutung?

Ein konkretes Fallbeispiel aus dem Seminar „Was tun! Im Arbeitsbereich der ambulanten und stationären Altenpflege“ erläutert dies:

Seit April 2014 arbeitet Ewelina Kowalczyk*, eine polnische Pflegekraft, in der ambulanten Altenpflege. Sie ist 35 Jahre alt, hat in Cottbus ihre Ausbildung abgeschlossen und spricht gutes Deutsch mit wahrnehmbarem Akzent. Die Pflegedienstleitung der Einrichtung „Flotte Lotte“*, Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V., ist froh, diese ausgebildete Fachkraft gewonnen zu haben. Mitte Mai klingelt immer wieder bei ihr das Telefon. Mal sind es die Klientinnen und Klienten selber, mal deren Angehörigen. Die Botschaft ist immer wieder die gleiche: Es soll jemand anders kommen, um die Betreuungsleistung zu verrichten. Auf Nachfrage stellt sich heraus, dass es

¹ „Politically Incorrect“ (www.pi-news.net) baut seit nunmehr zehn Jahren seine Nutzerzahlen aus und hat nach eigenen Angaben täglich 75.000–100.000 Besucher. Aktuelle politische Geschehnisse werden vor dem Hintergrund einer befürchteten „Islamisierung Europas“ diskutiert und dargestellt.

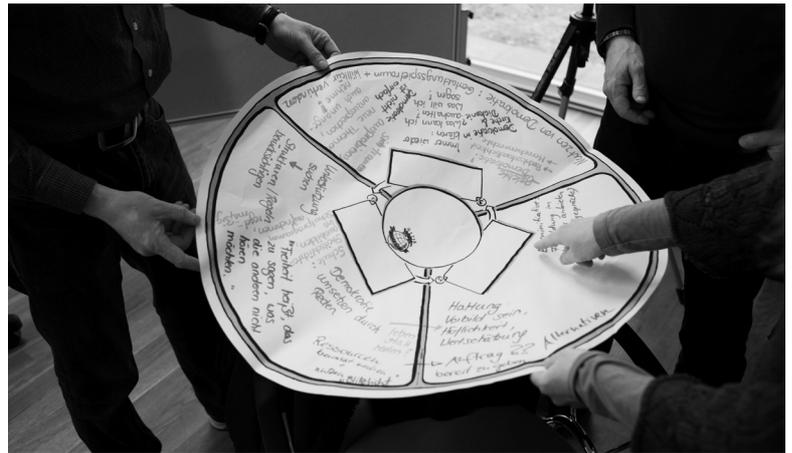
² Aus einer Reihe von Publikationen dazu seien hier nur genannt: Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt a. M.; Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (2014): Fragile Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Leipzig.

³ Die Durchführung der Projekte in den ostdeutschen diakonischen Landesverbänden hängt mit den Richtlinien des Förderprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern zusammen, das seinen Fokus auf Projekte in den neuen Bundesländern richtet. Der Autor sieht einen Bedarf für solcherlei Projekte auch in den alten Bundesländern.

* Namen sind geändert.

nicht die Qualität der Arbeit ist, die die Klientinnen und Klienten zum Anruf bewogen hat, sondern dass „man sich von einer Polackin nicht pflegen lassen will!“, dass Ängste da seien, dass „wir immer die Wertsachen unserer Mutter abschließen müssen, weil uns sonst die Polin die ja wegklaubt!“

Wie kann und soll die Pflegedienstleitung mit solchen Anrufen umgehen? Gibt es Möglichkeiten, wie sie ihrer neuen Mitarbeiterin gegenüber solidarisch sein und gleichzeitig den Klientinnen und Klienten einen Weg aufzeigen kann, weiterhin ihr Kunde zu bleiben? Wo sind aber auch Grenzen erreicht, an denen eine weitere Zusammenarbeit mit den Klientinnen und Klienten nicht mehr möglich ist?



Dieses Beispiel und die anschließenden Fragen zeigen das Spektrum auf, in dem in den arbeitsfeldspezifischen Seminaren gearbeitet wurde. Entlang der Fragen entwickelte sich eine Diskussion von Fachleuten aus der Praxis untereinander – den Seminarteilnehmenden –, die von den jeweiligen Referentinnen und Referenten geleitet und auf ein handlungsorientiertes Ziel hingeführt wurde.

In den Rückmeldungen aus dem Kreis der Teilnehmenden zeigt sich eine hohe Anwendbarkeit der Seminarinhalte in der beruflichen Praxis. Immer wieder wird deutlich: „Es geht um mich!“ und „Es geht mich etwas an!“ Dies bestätigen sowohl die statistische Auswertung der Seminare als auch die qualitativ erhobenen Daten über alle Seminarformen des Projekts „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“ hinweg. In der ersten Projektlaufzeit ist es gelungen, über 250 verschiedene Teilnehmer/innen aus Einrichtungen der Diakonie und Kirchengemeinden zu gewinnen.

Interessierte haben die Möglichkeit, an mehreren Seminaren aus dem Angebot teilzunehmen und können während der Projektlaufzeit das Zertifikat der „Demokratieberaterin“ bzw. des „Demokratieberaters“ erwerben.

Zum Erwerb des Zertifikats „Demokratieberaterin“/„Demokratieberater“ durchlaufen sie die folgenden Module:

- Basisseminar 3 Tage
 - Arbeitsfeldspezifisches Aufbaumodul 2 Tage
 - Trainingsmodule
 - Auswahl von mindestens zwei Modulen 2 Tage
 - Praxis-Workshop bzw. Beratungskompetenz 1 Tag
 - Seminar: Reflexion „Ich als Berater“ 2 Tage
-
- 10 Tage

Zum Abschluss der ersten Projektphase im März 2015 hat sich eine Multiplikatorinnen-/Multiplikatoren-Gruppe von 18 Demokratieberaterinnen und -beratern formiert. Innerhalb ihres Arbeitsumfelds werden sie zu Ansprechpersonen rund um das Thema Demokratie(feindlichkeit) und Rechtsextremismus. Sie beraten und unterstützen Kolleginnen und Kollegen im Umgang mit Diskriminierungen und Rechtsextremismus und gestalten ein aktives demokratisches Miteinander in Verband und Gemeinde. Diese Rolle zu verstetigen, Kompetenzen weiterzuentwickeln und Fachkenntnisse zu stärken, wird neben der Ausbildung weiterer Multiplikatorinnen und Multiplikatoren die Kernaufgabe für die zweite Projektphase ab April 2015 sein.



KULTUR UND ZIVILGESELLSCHAFT

» „Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft: Vernetzt für eine starke Demokratie“.

Ein Projekt der „AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“



Grit Hanneforth

Kulturwissenschaften,
Kulturmanagement M.A.
GF Kulturbüro Sachsen e. V.
und BAG K+R
post@bagkr.de
www.bagkr.de



Dr. Petra Schickert

Diplom-Sozialpädagogin (FH)
Kulturbüro Sachsen e. V.
Mobiles Beratungsteam Mitte-Ost

Seit 2010 veranstaltet die sächsische „AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“ jährlich die Tagung „Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft: Vernetzt für eine starke Demokratie“. Die Idee zu diesem Projekt entstand in einer Zeit, in der die Neonaziaufmärsche anlässlich der Luftangriffe auf Dresden am 13. und 14. Februar 1945 ihren Höhepunkt erreicht hatten und die unterschiedlichen Positionen zu Blockaden und Protest in Sicht- und Hörweite als Mittel zivilen Ungehorsams unüberwindlich schienen. Hierbei standen sich zu Beginn die Positionen von Polizei, die das Versammlungsrecht durchsetzen wollte, und Zivilgesellschaft, die ihre Bürger- und Freiheitsrechte auch mit Blockaden und Protest in Sicht- und Hörweite wahrnehmen wollte, gegenüber. Mit diesem Tagungsformat entstand eine Diskussionsplattform, auf der sich beide Seiten im geschützten Raum von Workshops und World-Café-Formaten gegenseitig ihre Positionen vorstellen und miteinander ins Gespräch kommen konnten.

Die AG Kirche – selbst mit klarer Haltung zu Blockaden und Protest in Sicht- und Hörweite in Sachsen erkennbar – entwickelte unter dem Motto „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Nazis stoppen überall“ eigene Formate wie Friedensgebete und Mahnwachen, gab Handreichungen heraus und war auf der Tagung „Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft“ ein allseits akzeptierter Vermittler und Impulsgeber für die Diskussionen.

Die Tagung wandert durch sächsische Städte, vorbereitet mit jeweils regionalen Partnerinnen und Partnern. Für das Konzept spricht die hohe Beteiligung – 150 bis 180 Teilnehmende tauschen sich Jahr für Jahr auf den Tagungen aus – und die positive Bewertung der Veranstaltung bei den Auswertungsgesprächen.

Angehörige der Polizei, verantwortliche Haupt- und Ehrenamtliche aus den Kirchen und Vertreter/innen zivilgesellschaftlicher Vereine und Initiativen sind die Hauptzielgruppen der Tagung. Darüber hinaus nutzen Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen der Verwaltung und politisch Verantwortliche die Veranstaltung als Fortbildung.

Ziel der Tagung ist, dass sich Verantwortliche und Mitarbeitende unterschiedlicher Bereiche über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg gegenseitig wahrnehmen und kennenlernen. Nach dem Auftaktimpuls zum Thema legale und legitime Protestformen erweiterte die Tagung ihr inhaltliches Spektrum: Sie soll Menschen, die im Alltag häufig nicht miteinander reden, zu den Themen Demokratiestärkung, Demokratiegefährdung und menschenfeindliche Erscheinungen in den Regionen ins Gespräch bringen, ihnen den Perspektivenwechsel ermöglichen und die Möglichkeit geben, gemeinsame Präventionsprojekte oder Fortbildungen zu verabreden. Zivilgesellschaftliches Engagement ist in den sächsischen Regionen unterschiedlich stark ausgeprägt und wird nicht überall gleichermaßen gewollt und unterstützt. Auch hier setzt die Tagung einen wichtigen Akzent: Sie bestärkt und unterstützt das ehrenamtliche und hauptamtliche Engagement von Menschen aus Kirchen und zivilgesellschaftlichen Vereinen für ein demokratisches und friedliches Miteinander in sächsischen Städten und Gemeinden. Von jeder Tagung geht ein klares Signal für die Solidarität mit Betroffenen rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt aus.

Die Themenschwerpunkte der Tagung setzen die lokalen Akteure jährlich neu. Was brennt in der Region unter den Nägeln? Worüber konnte man bisher nicht miteinander sprechen? Welche neonazistischen oder rassistischen Erscheinungen beobachten

lokale Initiativen, die örtliche Kirchgemeinde oder das Polizeirevier?

Die Tagung beginnt jeweils mit Impulsvorträgen. Im letzten Jahr in Torgau widmeten sich die Impulse den Themen „Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus im ländlichen Raum“ und „Bin ich links(extrem), wenn ich gegen Rechts(extremismus) bin?“ Anschließend wird in zehn Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen diskutiert. Im vergangenen Jahr stand die regionale Neonaziszene mit ihren Aktivitäten im Kampfsport, im Rockermilieu und dem Musikgeschäft im Mittelpunkt. Aber auch „Best Practice – Beispiele gegen Rechts – wie kann Bürgerengagement für Demokratie gelingen?“ wurden diskutiert.

Die Schirmherrschaft für die Tagung übernahmen in den vergangenen Jahren jeweils Persönlichkeiten der Bundespolitik oder von bundesweit agierenden Vereinen wie dem Verein „Gegen das Vergessen – für Demokratie e. V.“

Die bisherigen Tagungen trugen zu einem gewachsenen Vertrauen zwischen Polizei, Kirche und Zivilgesellschaft bei, Kooperationen sind entstanden, neue Partner/innen wurden gewonnen. Die Kirche als Einlader bzw. im konkreten Fall die „AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“ ist die Garantie dafür, dass alle drei Zielgruppen gleichermaßen erreicht werden. Spürbar wird das am gewachsenen Vertrauen zwischen den Teilnehmenden. In den Workshops gelingt zunehmend der Perspektivenwechsel auf die Situation der jeweiligen anderen Gesprächspartner/innen. Deutlich wird das beispielsweise an den Polizeieinsätzen rund um den 13. Februar. Hier berichten Polizistinnen und Polizisten von schwierigen Einsatzlagen aufgrund von Personalmangel und auch über Ängste, die sie haben, wenn sie Menschen in Blockaden gegenüberstehen. Die Vertreter/innen der Zivilgesellschaft, u. a. auch die Pfarrer/innen und Gemeindeglieder, die sich den legitimen, aber nicht immer legalen Protesten, wie z. B. friedlichen Sitzblockaden, anschließen, berichten über ihre Ängste vor Polizeiübergriffen, Verhaftungen und persönlichen Konsequenzen. In Workshops stellte die Polizei auch Einsatzlagen und Deeskalationsmöglichkeiten wie z. B. Kommunikationsteams oder weithin klar verständliche Durchsagen und Kommentare zu polizeilichem Verhalten vor, was bei den Demonstrationsteilnehmenden die Akzeptanz von Polizeiarbeit erhöht. Auch in den Reihen der Polizei entstand durch diese Gespräche ein Verständnis dafür, dass die Menschen, die sich legitimer Mittel wie Blockaden bedienen, Grundrechte wahrnehmen, vor allem und gerade wenn der Staat in seinen Handlungsmöglichkeiten zur Auseinandersetzung mit Neonaziaufmärschen hier eingeschränkt ist.

Zur positiven Resonanz innerhalb der Polizei trägt u. a. auch bei, dass innerhalb der Polizei diese Tagung als Fortbildung anerkannt wird.



Proteste gegen Rassismus

Zurzeit bereitet die „AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“ die sechste Tagung für den 27. April 2015 in Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) vor. Das Schwerpunktthema Asyl in diesem Jahr ist von hoher Aktualität und verspricht spannende und sicher auch kontroverse Diskussionen.

Insofern ist Kirche als Vermittler im Bereich der politischen Bildung tätig und hat mit ihrer Vermittlerrolle zwischen Polizei und Gesellschaft eine Austauschplattform geschaffen, die auch von anderen Bundesländern gerne genutzt werden kann.

Mehr Informationen zum letzten Fachtag in Torgau finden sich unter <http://www.kirche-fuer-demokratie.de/cms/website.php?id=/de/aktionen/2014fachtag.htm>. Auf dieser Seite finden Sie in Kürze auch die Einladung zur diesjährigen Tagung „Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft“.



Infostand der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus

schwerpunkt

» Fakten für die aktuelle Einwanderungsdebatte in Deutschland



Dr. Andreas Mayert

Referent für Wirtschafts- und Sozialpolitik am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD
andreas.mayert@si-ekd.de

Beschäftigt man sich zu Beginn des Jahres 2015 mit Migration, kann man die im politischen Raum, in den Medien und nicht zuletzt auf der Straße geführten Diskussionen nicht ignorieren. Einwanderungsfragen waren in Deutschland schon immer poli-

tisch brisant, selten jedoch wurde darüber so emotional gestritten wie in den letzten Monaten. Tatsächlich aber ist die Zuwanderungsdebatte der letzten Jahre alles andere als neu.

Als in den frühen 1990er-Jahren eine große Zahl von Flüchtlingen aus den jugoslawischen Bürgerkriegsregionen nach Deutschland strömte, wurden Argumente ausgetauscht, die auch die gegenwärtigen Debatten dominieren. Häufig wird dabei der Eindruck erweckt, Deutschland würde von einer ständig wachsenden Anzahl sogenannter ‚Armutsmigrantinnen und -migranten‘ aus den östlichen Beitrittsstaaten der EU erdrückt und müsste zur gleichen Zeit einen nicht finanzierbaren Zustrom von Flüchtlingen bewältigen. Die Diskussionen heute finden nur vor einem einwanderungspolitisch stark veränderten Hintergrund statt: In den frühen 1990er-Jahren war es angesichts der damaligen Massenarbeitslosigkeit politischer Kon-

sens, Zuwanderung möglichst zu verhindern. Nach dem Anwerbestopp 1973, der gesetzlich bekräftigten Abwehr von Erwerbsmigration durch das Ausländergesetz 1991, dem Asylkompromiss 1993 und weil die Hindernisse, die voller Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU im Weg standen, noch lange nicht beseitigt waren, blieb die Zuwanderung nach Deutschland folgerichtig ein gutes Jahrzehnt lang relativ gering. Heute dagegen verfügt Deutschland über ausgesprochen liberale Zuwanderungsregelungen für EU-Ausländer/innen und für qualifizierte Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Drittstaaten. In Bezug auf Flüchtlinge wird zwar weiterhin eine Begrenzungsstrategie verfolgt, das Asylrecht wird aber zunehmend von EU-Regelungen bestimmt, an die Deutschland gebunden ist. Rechtlich und faktisch ist Deutschland in den letzten Jahren zu einem Einwanderungsland geworden und Proteste dagegen treffen nun auf eine ganz andere Realität. Wie sieht diese Realität aus?

I. Das Wanderungsgeschehen in Deutschland

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Zu- und Fortzüge sowie das Wanderungssaldo Deutschlands seit 1991.¹

Erkennbar unterliegt das Wanderungssaldo deutlichen Schwankungen. Nach dem Höhepunkt zu Beginn der 1990er-Jahre mit einem Wanderungsüberschuss von 782.000 wurden ab Mitte der 1990er bis 2009 nur noch geringe Wanderungsgewinne – in zwei Jahren sogar ein Wanderungs-

¹ Vgl. Bundesministerium des Innern (2015): Migrationsbericht 2013. Berlin, S. 12.

verlust – erzielt. Erst in den letzten Jahren ist das Wanderungsgeschehen wieder dynamischer geworden. Abbildung 2 zeigt uns, dass die Wanderungsgewinne der letzten Jahre vor allem auf eine deutliche Zunahme der EU-Binnenwanderung zurückzuführen sind.²

Deutlich erkennbar ist auch, dass die Asylzuwanderung bis 2013 verhältnismäßig moderat war. Obwohl sie sich zwischen 2011 und 2013 mehr als verdoppelte, blieb sie weit hinter den hohen Asylbewerberzahlen zu Beginn der 1990er-Jahre zurück. 2014 stieg die Zahl der Asylersuchenden auf 173.072, so dass dieser Zuwanderungskanal heute eine größere Rolle spielt.³ Obwohl stetig zunehmend, macht die gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten bislang nur einen marginalen Teil der Zuwanderung aus. Seit Jahren ansteigend ist auch die Zahl der Bildungsausländer/innen, also der Studienanfänger/innen ausländischer Nationalität, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht in Deutschland erworben haben. Allerdings bleiben bislang nur 20 % der Bildungsausländer/innen nach ihrem Studienabschluss in Deutschland.⁴

So gering sie bisher auch ausfällt, die Fachkräftemigration aus Drittstaaten wird in Zukunft vermutlich eine größere Rolle spielen. Angesichts der aktuellen, teilweise sehr diskriminierenden Diskussionen aber soll sich im Folgenden auf die bisher weit häufiger genutzten und auch politisch umstrittenen Zuwanderungskanäle konzentriert werden: nämlich auf die EU-Binnenmigration und den Zustrom von Flüchtlingen.

II. Die EU-Binnenmigration

Über viele Jahre wurde darüber geklagt, dass die Wanderung zwischen EU-Staaten vergleichsweise unbedeutend ist. Während 2010 in den USA 27 % der Bevölkerung nicht in dem Bundesstaat lebten, in dem sie geboren wurden, lebten nur 2,5 %

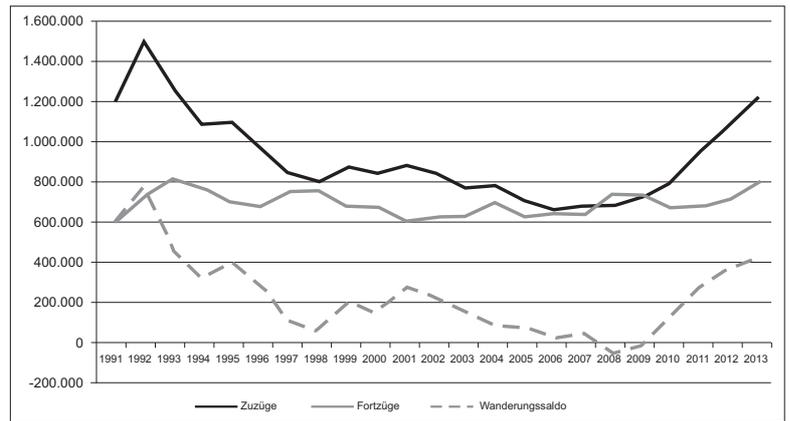


Abb. 1: Zu- und Fortzüge und Wanderungssaldo Deutschlands seit 1991

der EU-Bevölkerung nicht mehr in ihrem EU-Geburtsland.⁵ Dieses Bild hat sich im Zuge der tiefen Wirtschaftskrise in der europäischen Peripherie und durch die EU-Osterweiterung etwas geändert: Bis 2013 war der Anteil ‚mobiler EU-Bürger/innen‘, die in einem anderen als ihrem heimatlichen EU-Staat beschäftigt waren, auf 3,3 % angestiegen, wobei von den insgesamt 10,3 Millionen mobilen EU-Bürgerinnen und -Bürgern 5,1 Millionen aus den östlichen Beitrittsstaaten stammen.⁶ Ein Blick auf die Nettozuwanderung der entscheidenden EU-Herkunftsländer (Abb. 3) zeigt, wie groß der Einfluss von EU-Osterweiterung und Wirtschaftskrise auf die Wanderungsgewinne Deutschlands ist. Fünf der acht Top-Herkunftsstaaten sind EU-Beitrittsstaaten der Jahre 2004 (Polen, Ungarn), 2007 (Rumänien, Bulgarien) und 2013 (Kroatien), die weiteren drei sind besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffene Staaten.⁷

2013 machten die acht Top-Herkunftsstaaten zusammen bereits 57 % der gesamten Nettozuwanderung nach Deutschland aus.

Die starke Zunahme der Ost-West-Wanderung innerhalb der EU und die kaum noch vorhandenen staatlichen Steuerungsmöglichkeiten lassen heute

² Vgl. Bundesministerium des Innern (2015): Migrationsbericht 2013. Berlin, S. 51. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird der Familiennachzug in dieser Abbildung nicht aufgeführt. Er hat sich seit 2002 fast halbiert. 2013 lag er bei 44.000.

³ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014): Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe Dezember 2014. Nürnberg, S. 4.

⁴ Vgl. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2014): Hochschulbildungsreport 2020. Essen, S. 16.

⁵ Vgl. Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Migration und Integration (2013): Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland, Jahrgutachten 2013 mit Migrationsbarometer, Berlin, S. 50.

⁶ Vgl. European Commission (2014): EU Employment and Social Situation. Quarterly Review June 2014, S. 37–39.

⁷ Vgl. Bundesministerium des Innern (2015): Migrationsbericht 2013. Berlin, S. 26.

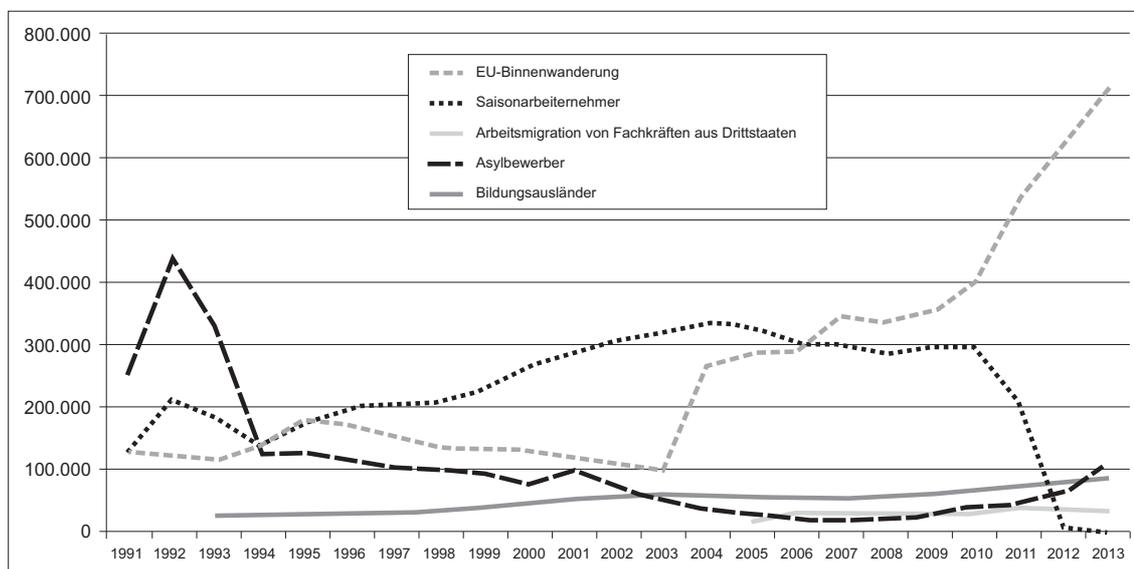


Abb. 2: Entwicklung des Wanderungssaldos seit 1991

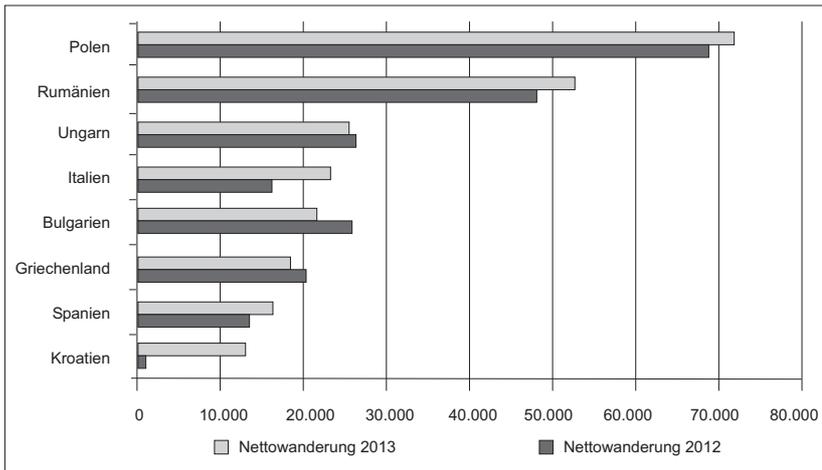


Abb. 3: Nettozuwanderung nach Deutschland

die Befürchtung aufkommen, dass es zu massiven Einwanderungen in die sozialen Netze ‚reicherer EU-Staaten‘ kommt. Europäische Regeln versuchen, dem entgegenzuwirken, zum Beispiel dürfen Unionsbürger/innen sich drei Monate zum Zweck einer Arbeitsaufnahme in einem anderen EU-Staat aufhalten, sie erhalten in dieser Zeit aber keine Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen. Und wer nicht mit dem Ziel einer Arbeitsaufnahme in einen anderen EU-Staat wandert, muss nachweisen, dass er über genügend finanzielle Mittel zur Bestreitung seines Lebensunterhalts und einen Krankenversicherungsschutz verfügt. Der Europäische Gerichtshof hat in einem Urteil vom November 2014 nochmals klargestellt, dass EU-Ausländer/innen, die in einem anderen EU-Staat nachweislich nicht aktiv nach einer Arbeit suchen und ihren Lebensunterhalt nicht selbstständig bestreiten können, von Grundsicherungsleistungen ausgeschlossen werden können. Kommt es nun trotz rechtlicher Leitplanken zu ‚Armutsmigration‘?

Im Zentrum aktueller Debatten stehen zumeist Zuwanderer/innen aus Rumänien und Bulgarien. Für Bürger/innen dieser Staaten unterlag der Arbeitsmarktzugang bis 2013 noch Beschränkungen,

seit 2014 genießen sie die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Nettozuwanderung nahm entsprechend zu, von 74.000 im Jahr 2013 auf 124.000 im Jahr 2014. Zur gleichen Zeit jedoch nahm auch die Beschäftigung von Rumäninnen und Rumänen sowie Bulgarinnen und Bulgaren erheblich zu, von Dezember 2013 bis Dezember 2014 um 109.109 oder um 74,9 %. Trotz der erheblichen Zuwanderung sank infolge des Beschäftigungswachstums die Arbeitslosenquote der Rumäninnen/Rumänen und Bulgarinnen/Bulgaren von 10,2 auf 9,8 %. Sie liegt damit weit unterhalb der Arbeitslosenquote der insgesamt in Deutschland lebenden Ausländer/innen (14,6 %). Durchaus nicht unproblematisch ist, dass mit 14,4 % ein überproportional großer Teil der Rumäninnen/Rumänen und Bulgarinnen/Bulgaren Leistungen nach dem SGB II bezieht, aber die Gründe dafür sind, dass diese Arbeitnehmer/innen häufig zu extrem niedrigen Löhnen arbeiten – der Anteil der ‚Aufstocker/innen‘ liegt bei 7 %, ⁸ und dass die noch weit verbreitete Beschäftigung als Saisonarbeiter/innen geringe Ansprüche auf Arbeitslosengeld I zur Folge hat, so dass temporäre Arbeitslosigkeitsphasen schnell in den SGB-II-Bezug abrutschen lassen. Mit ‚Sozialstaatsmissbrauch‘ hat das wenig zu tun, mit prekären Arbeitsbedingungen hingegen sehr viel!

Dass liberale Zuwanderungsregeln für Unionsbürger/innen Deutschland genutzt und nicht geschadet haben, lässt sich sehr einfach belegen: Im Jahr 2013 betrug die Nettozuwanderung von EU-Binnenmigrantinnen und -migranten 304.000. ⁹ Die Arbeitslosenquote sank in diesem Jahr von 7,4 % im Januar auf 7,3 % im Januar 2014, die Zahl der Erwerbstätigen nahm im gleichen Zeitraum um 263.000 zu. ¹⁰ Ganz offensichtlich war der deutsche Arbeitsmarkt in der Lage, EU-Arbeitsmigrantinnen und -migranten – neben weiteren Zuwanderinnen und Zuwanderern – aufzunehmen, die mit ihrer Leistung die deutsche Wertschöpfung erhöhten. Die wahre Herausforderung der Zukunft wird sein, dass die hohe Migration aus EU-Staaten vermutlich nur ein Übergangsphänomen ist. Menschen können nicht zweimal auswandern und es ist anzunehmen, dass die erste Welle von Zuwanderinnen und Zuwanderern aus den östlichen Beitrittsstaaten bereits einen erheblichen Teil jener Bürger/innen abdeckt, die überhaupt bereit sind, ihr Land zu verlassen. Sobald die Wirtschaftskrise in der europäischen Peripherie abflaut, wird sicher auch die Zuwanderung aus diesen Staaten zurückgehen. Deutschlands demografische Probleme jedenfalls werden sich langfristig nicht durch EU-Zuwanderung lösen lassen.

III. Flucht und Asyl

Auch beim Thema ‚Flucht und Asyl‘ bietet es sich an, zunächst einmal nackte Zahlen sprechen zu lassen und sich so über Asylzuwanderung und asylbegleitende Menschen ein klareres Bild zu schaffen.

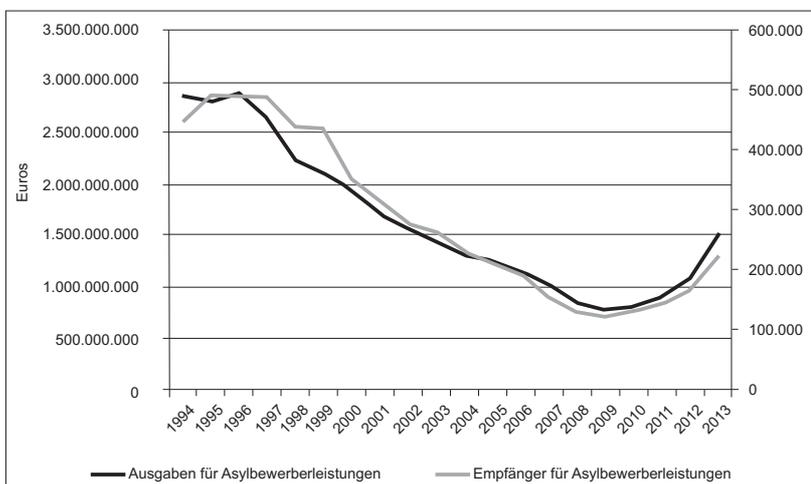


Abb. 4: Ausgaben für und Empfänger von Asylbewerberleistungen

⁸ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2015): Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien, Januar 2015, S. 2–5.

⁹ Vgl. Bundesministerium des Innern (2015): Migrationsbericht 2013. Berlin, S. 26.

¹⁰ Vgl. Konjunkturindikatoren laut Statistischem Bundesamt (Abruf: 12.2.2015).

¹¹ Vgl. Asylbewerberleistungen laut Statistischem Bundesamt (Abruf: 12.2.2015).

Bereits weiter oben wurde die Zahl der Asylerstantragsteller/innen aufgeführt. Für die ‚Belastung Deutschlands‘ sind indes zwei andere Statistiken ausschlaggebend: Die Zahl der Empfänger/innen von Asylbewerberleistungen eines Jahres sowie die damit verbundenen Kosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die zeitliche Entwicklung der beiden Größen zeigt Abbildung 4.¹¹

Erkennbar ist: Sowohl die Zahl der nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigten als auch die damit zusammenhängenden Leistungen sind seit den frühen 1990er-Jahren zunächst deutlich zurückgegangen und erst ab 2010 kam es zu einem Anstieg. So war die Situation bis 2013 im Vergleich zu den 1990er-Jahren noch wenig dramatisch, insbesondere was die Ausgaben betrifft, denn die auf der linken Achse abgetragenen Geldbeträge sind nicht preisbereinigt und unterlagen einem entsprechend hohen Kaufkraftverlust. Im Jahr 2014 stieg die Zahl der Asylbewerber/innen und Geduldeten auf 296.000 an. Nimmt man nun überschlägig an, dass die Ausgaben proportional dazu gestiegen sind, ergibt sich ein Betrag von knapp 2 Mrd. Euro. Damit liegt man immer noch ein gutes Stück unter den Belastungen des Jahres 1994. Selbst 2 Mrd. Euro sind für die deutsche Volkswirtschaft eine Marginalie. Probleme treten lediglich für Länder und Kommunen auf, dazu aber später.

Hauptherkunftsländer des Jahres 2014 waren die von militärischen Auseinandersetzungen betroffenen Staaten Syrien (39.332), Eritrea (13.198) und Afghanistan (9.115) sowie die Balkanstaaten Serbien (17.172), Albanien (7.865), Kosovo (6.908). Auf den Plätzen 7 und 8 befinden sich mit Bosnien-Herzegowina (5.705) und Mazedonien (5.614) zwei weitere Balkanstaaten.¹²

Interessant sind in diesem Zusammenhang die *Schutzquoten*, die Aufschluss darüber geben, wie viele Asylanträge positiv beschieden werden. Entscheidend ist dabei die ‚bereinigte Schutzquote‘, weil sie aus den Entscheidungen über Asylanträge jene rein formellen Entscheidungen herausrechnet, in denen es nicht um die Annahme oder Ablehnung eines Asylantrags geht. Die bereinigte Schutzquote ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen: von 10,2 % im Jahr 2005 auf aktuell 48,5 %. Grund für diesen Anstieg ist vor allem, dass Kriegsflüchtlinge aus den aktuellen Krisengebieten extrem hohe Schutzquoten aufweisen. Im 3. Quartal 2014 lag die bereinigte Schutzquote für Syrer/innen bei 99,9 %, für Flüchtlinge aus Eritrea bei 99,4 %, für Iraker/innen bei 99,3 % und für afghanische Flüchtlinge bei 70,7 %. Auf der anderen Seite haben Asylbewerber/innen aus den Balkanstaaten kaum Chancen auf Anerkennung ihres Antrags. Die bereinigte Schutzquote liegt für Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien bei 0,1 %, aus Bosnien bei 0,4 % und aus dem Kosovo bei 3,5 %.¹³

Sowohl die sehr hohen als auch die sehr niedrigen Schutzquoten führen zu menschenrechtlichen und moralischen Problemen. Beginnen wir mit den Balkanstaaten: Die Bundesregierung hat 2014 Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Folge ist, dass Asylanträge von Bürgerinnen und Bürgern dieser Staaten im Schnellverfahren als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden, sofern individuell nicht nachgewiesen wird, dass trotz der angenommenen Sicherheit im Herkunftsstaat Verfolgung droht. Das ist häufig kaum möglich. Die Kirchen haben diese Praxis in mehreren Stellungnahmen kritisiert und dabei insbesondere auf die Diskriminierung von Roma und Sinti in den Balkanstaaten hingewiesen. Die Gefahr der Einstufung von Staaten als sicher liegt offensichtlich darin, dass Flüchtlinge mit berechtigten Fluchtgründen die Leidtragenden einer hohen Zahl unbegründeter Asylanträge ihrer Staatsgenossinnen und -genossen sind und ihr individuelles Asylrecht faktisch ausgehebelt wird.

Ein quantitativ größeres moralisches Problem ergibt sich daraus, dass Kriegsflüchtlinge aus dem nahen Osten und Eritrea zwar zu beinahe 100 % als Flüchtlinge anerkannt werden, ihnen aber der Weg nach Deutschland durch eine Vielzahl von auf EU-Ebene beschlossenen Maßnahmen gründlich erschwert wird. So wurde der Landfluchtweg nach Europa weitestgehend gesperrt. Griechenland und Bulgarien erhielten EU-Fördermittel, um die Überwachung ihrer Grenzen auszubauen. Beide Staaten sind zudem bekannt dafür, im Inland aufgegriffenen Flüchtlingen kein Asylverfahren zu gewähren, sondern über die Grenze zurückzuschieben, zumeist in die Türkei.¹⁴ Viele Flüchtlinge wählen daher den gefährlicheren Seeweg, der mittlerweile 27.000 Menschen das Leben gekostet hat.¹⁵ Viele dieser Flüchtlinge wären – wie gezeigt – in Deutschland als Asylbewerber/innen anerkannt worden.

Es ist eine aus moralischen Gründen nicht nur fragwürdige, sondern durchweg abzulehnende Praxis, Menschen mit nachweislich asylbegründenden Fluchtmotiven den Weg nach Europa so schwer zu machen, dass zigtausend vermeidbare Todesopfer produziert werden.

Schaffen es Flüchtlinge bis nach Deutschland, kommt es zu weiteren Problemen. Als Mitte der 2000er-Jahre die Zahl der Asylbewerber/innen deutlich sank, ging man davon aus, dass hohe Flüchtlingszahlen Vergangenheit seien. Aufnahmeeinrichtungen und Flüchtlingsheime wurden zurückgebaut oder verkauft, die Kapazitäten radikal verringert. Mit dieser Praxis wurde selbst noch vor wenigen Jahren fortgefahren, als die Zahl der sich weltweit auf der Flucht befindlichen Menschen auf über 50 Millionen anstieg und die Konflikte in Syrien und im Irak zu einem Massenexodus in die

¹² Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014): Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember 2014, S. 2.

¹³ Vgl. Deutscher Bundestag (2014): Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das dritte Quartal 2014, Drucksache 18/3055, S. 3.

¹⁴ Vgl. Amnesty International (2014): The Human Cost of Fortress Europe. London, S. 20ff.

¹⁵ Vgl. hierzu die laufend aktualisierten Zahlen des Projektes „The Migrant Files“ [<https://www.detective.io/detective/the-migrants-files>; 12.2.2015].

kaum aufnahmefähigen Nachbarländer führten. Als absehbar auch die Zahl der nach Europa Flüchtenden zunahm, gab es kaum noch Aufnahmeplätze. Die Verantwortung für die Bereitstellung von Kapazitäten wurde von den Ländern auf die Kommunen verlagert, häufig mit geringer Vorwarnzeit. Ergebnis ist, dass Flüchtlinge heute häufig in völlig überlasteten Einrichtungen, in hastig errichteten Wohncontainern oder in leer stehenden Möbelhäusern unter nicht selten menschenunwürdigen Verhältnissen untergebracht werden.

Gerade die planlose Unterbringungsweise ist es, die in der Bevölkerung den Eindruck einer kaum beherrschbaren Flut von Flüchtlingen entstehen lässt, während in Wirklichkeit weder die Zahl der Asylbegehrenden noch die damit zusammenhängenden Kosten in gesamtdeutscher Perspektive sonderlich dramatisch sind.

Immerhin konnte man sich mittlerweile darauf verständigen, dass der Bund Länder und Kommunen in den Jahren 2015 und 2016 mit jeweils 500 Millionen Euro von Aufwendungen für die Unterbringung, Versorgung und medizinische Behandlung von Asylbewerberinnen und -bewerbern entlasten will.

Das letzte Problem, das hier angesprochen werden soll, betrifft die nationale Zuständigkeit für die Durchführung von Asylverfahren nach der Dublin-III-Verordnung der Europäischen Union. Danach ist grundsätzlich der EU-Staat – zuzüglich der Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein – für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig, in den ein/e Asylbewerber/in als erstes eingereist ist. Für Deutschland, das keine Landgrenzen zu einem nicht Dublin-Staat besitzt, ist diese Regelung günstig, denn ohne eine Verschleierung des Fluchtwegs ist es Asylbewerbern nicht möglich, auf dem Landweg nach Deutschland zu kommen und einen Asylantrag zu stellen. Deutschland ist der Auffassung, dass es bei einer strikten Anwendung des Dublin-Verfahrens weit weniger Flüchtlinge aufnehmen müsste. Es unternimmt daher große Anstrengungen, Flüchtlinge an Ersteinreisestaaten zu überstellen. 2013 hat sich die Zahl solcher Übernahmeersuche im Vergleich zu 2012 mit 35.280 mehr als verdreifacht. Dabei treten aber nun verschiedene Probleme auf: Erstens stimmt nur ein Teil der ersuchten Staaten einer Übernahme zu, 2013 in 21.942 Fällen. Zweitens scheitert die Überstellung selbst bei Zustimmung des Übernahmestaates in der weit überwiegenden Zahl der Fälle, weil den betroffenen Asylbewerberinnen und -bewer-

bern die Möglichkeit eines Eilantrags beim Verwaltungsgericht gegen die Überstellung offen steht oder sie schlicht untertauchen. Insgesamt wurden daher im Jahr 2013 nur 4.741 Überstellungen tatsächlich realisiert. Berechnet man ein „Dublin-Saldo“, zieht man also von der Zahl der von Deutschland überstellten Asylbewerber/innen jene ab, die nach dem gleichen Verfahren von anderen Staaten an Deutschland überstellt werden, ergibt sich für 2013 der ernüchternde Wert von 2.873.¹⁶ Hier zeigt sich sehr deutlich, dass das Dublin-System aufwändig, kostspielig und für die Betroffenen enorm belastend ist, an der Verteilung von Asylbewerberinnen und -bewerbern in Europa aber so gut wie nichts ändert.

Statt an der Fiktion einer gerechten Verteilung von Asylbewerberinnen und -bewerbern durch das Dublin-System festzuhalten, wäre es für alle Beteiligten weit besser, die Unterbringungsbedingungen in Europa zu harmonisieren und Aufnahmestaaten durch Kompensationszahlungen finanzielle Anreize zu bieten, Asylantragsverfahren selbst durchzuführen.

IV. Schluss

Was lässt sich als Fazit festhalten? Tatsächlich ist der weit überwiegende Teil der Zuwanderung nach Deutschland kaum steuerbar. Was man kaum steuern kann, lässt sich aber dennoch gestalten. Im Bereich der EU-Binnenmigration existiert dazu bereits eine Vielzahl von Regeln. Die Zuwanderung richtet sich in diesem Bereich ohnehin hauptsächlich nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und es steht außer Frage, dass sie Deutschland nützt. Im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik sieht das anders aus. Der politische Fokus ist hier weiter darauf gerichtet, Flüchtlinge soweit es geht von einer Einreise nach Deutschland abzuhalten oder an andere EU-Staaten zu überstellen. Beides funktioniert nur leidlich. Weit besser wäre es, das Potenzial dieser Zuwanderinnen und Zuwanderer besser zu nutzen. Bei einer Gesamtschutzquote von nahe 50 % ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der Asylbewerber/innen langfristig in Deutschland bleibt. Es wäre daher nicht nur menschenrechtlich geboten, sondern auch sehr rational, Asylbewerber/innen mit Sprach- und Integrationskursen sowie weiteren Hilfestellungen von Beginn an auf einen langfristigen Aufenthalt in Deutschland vorzubereiten, vorhandene Qualifikationen zu nutzen und Weiterqualifizierung zu fördern. Es bleibt zu hoffen, dass solche langfristig orientierte Konzepte nicht dauerhaft an den zumeist allein defizitorientierten Debatten über Asylbewerber/innen scheitern.

¹⁶ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014): Das Bundesamt in Zahlen 2013. Nürnberg, S. 40.

» völkisch, sendungsbewusst und bio

Rechtsextremismus hatte lange Jahre klare Bilder und feste Orte. Er wurde als eindeutig erkennbar erlebt, schien sich in genau abgrenzbaren Sphären der Gesellschaft zu ereignen und in der Regel griff man zu vergleichsweise einfachen Abwehrstrategien dagegen. Inzwischen aber versuchen viele rechtsextreme Akteure, ihren ideologischen Hintergrund zu verharmlosen, ihre Ziele zu verschleiern. Sie vermeiden dadurch negative Reaktionen und Sanktionen beziehungsweise erhalten sich auf diese Weise möglichst viele Handlungsspielräume. Ihre Strategie ist die des sprichwörtlichen ‚Wolfes im Schafspelz‘ geworden.

I. Die Strategie der Unsichtbarkeit

In den letzten Jahrzehnten wurde eine Reihe rechtsextremer Parteien, Gruppen und Vereine wegen Verfassungsfeindlichkeit verboten. Der Versuch, mit der NPD die derzeit wichtigste rechtsextreme Partei in Deutschland zu verbieten, scheiterte 2003 lediglich aus formalen Gründen und wird seit 2013 in einem zweiten Anlauf erneut betrieben. Diese Verbote blieben in der rechtsextremen Szene nicht ohne Resonanz, denn sie machten den Akteuren deutlich, dass formelle Strukturen und Mitgliedschaften unter Umständen schnell Gegenstand von staatlicher Untersuchung oder Repression werden können. Partei- und Vereinsstrukturen werden nicht aufgegeben, sie bleiben die Voraussetzung für zum Beispiel die Teilnahme an Wahlen oder die Inanspruchnahme von Steuervorteilen und Fördermitteln, unterdessen wurden und werden aber weniger fassbare Strukturen aufgebaut, wie etwa die sogenannten Kameradschaften, die weitestgehend ohne Vereinseinträge, Mitgliedschaften und Ähnliches auskommen. Zwar vermeiden es viele dieser informellen Gruppen damit, sich juristisch greifbare Strukturen zu geben, doch sind sie in der Regel eindeutig als das erkennbar, was sie sind: feste Gruppen überzeugter Rechtsextremistinnen und -extremisten. Juristische Repressionen bleiben hier weitgehend aus, aber die soziale Randstellung der Gruppen ist virulent, da sie offen eine rechtsextreme Haltung vertreten.

Auch aus dieser Erfahrung werden inzwischen Schlüsse gezogen und das Bild des Rechtsextremismus wandelt sich erneut:

Ein beträchtlicher Teil der rechtsextremen Akteure versucht heute nicht mehr nur, eine juristische Greifbarkeit zu vermeiden, sondern ihre Erkennbarkeit als Rechtsextremistinnen

und -extremisten überhaupt zu verhindern, um so weitgehend unbehelligt in Gemeinden und Initiativen mitwirken zu können.

Ein Beispiel dafür sind völkisch-nationalistische Netzwerkstrategien, für die das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zu einem wichtigen Erprobungsgebiet wurde.

II. Rechtsextreme Siedlungsgruppen und ihr regionaler Zulauf

Anfang der 1990er zogen zwei Gemeinschaften mit rechtsextremen Bezügen nach Mecklenburg-Vorpommern: eine Gruppe kaufte Immobilien im Großraum Güstrow. Sie wollte nach eigenem Bekunden dort die Nachfolge der historischen ‚Artamanen‘ antreten, einer völkischen Siedlungsbewegung der 1920er-Jahre, zu deren Anhängern unter anderem SS-Chef Heinrich Himmler und Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß zählten, und die in der Region einen Schwerpunkt hatte. 2005 schilderte die Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘ die Erfolge der Gruppe: „gleichgesinnte Familien“ hätten eine „Siedlungsbewegung“ begründet, die der Umgebung „ihren Stempel aufdrücken“ wolle. Weitere Mitstreiter/innen würden ständig gesucht – sogar per Zeitungsannoncen, denn um wirklich etwas bewegen zu können, sei „eine bestimmte Masse“ notwendig¹.

Ungefähr zeitgleich siedelten führende Köpfe des westdeutschen Rechtsextremismus auch in der Gegend um Lübbtheen. Dort, in der Nähe eines einstigen Musterdorfs der Nationalsozialisten, kaufte der spätere Fraktionsvorsitzende der NPD im Schweriner Landtag 50 Hektar Land: „Deutsche Familien will er ansiedeln: im Park mit den deutschen Eichen, den Buchsbäumen und dem kleinen Weiher, U-förmig um sein rotes Backsteinhaus herum. Sein ganz eigenes deutsches Musterdorf“².

Diese ersten Siedlungsgruppen wuchsen durch Zuzüge weiter an und auch in anderen Regionen kam es zu vergleichbaren Entwicklungen. Die Anzahl und Geschwindigkeit dieser Zuzüge weisen deutlich darauf hin, dass Mecklenburg-Vorpommern eine *Modellregion für völkische Siedlungsstrategie* geworden ist. In den Medien ist mittlerweile

Aus Sicherheitsgründen verzichtet die Autorin auf ein Personenfoto.

Elisabeth Siebert

Evangelische Akademie der Nordkirche
www.akademie.nordkirche.de

Leiterin Regionalzentrum für demokratische Kultur
Landkreis und Hansestadt Rostock

¹ Vgl. Schmidt, M.: Steine sammeln für ein neues Leben. In: Junge Freiheit, 08.04.2005.

² Vgl. Wittrock, P.: NPD-Basis Lübbtheen – Siegeszug der braunen Siedler. www.spiegelonline.de, 26.09.2006.

von einer „Art Wendland oder Toskana der rechts-extremen Szene“³ die Rede, vom „Siegeszug der braunen Siedler“⁴ im Nordosten. Ein Internetportal, das ein Mitglied der NPD-Landtagsfraktion verantwortet, bestätigt die Verbreitung der Gruppen: „Sie leben in festen Gemeinschaften im Landkreis Rostock, in Ludwigslust, Nordwestmecklenburg, Ostvorpommern und selbst auf Rügen. Völkische Siedler erobern jene Regionen, die besonders stark vom Verfall und anhaltender Landflucht betroffen sind. Sie bringen Kinder mit, betreiben ökologische Landwirtschaft, arbeiten im Handwerk und im Baugewerbe. Sie engagieren sich in den Gemeinden vor Ort, pflegen Kultur und üben deutsches Brauchtum“⁵.

Bei den Gruppen handelt es sich um feste, familienähnliche Strukturen. Die Personen sind untereinander gut vernetzt und teilweise auch miteinander verwandt. Die Zugezogenen entstammen mehrheitlich Familien, deren völkisch-nationalistische Ausrichtung häufig seit mehreren Generationen besteht. Die Einbindung in verschiedene völkische Bezüge und die regelmäßige Teilnahme an Treffen sind quasi familiäre Konstanten. So wurden beispielsweise einige der Siedler/innen von ihren Eltern in die 1994 verbotene „Wiking-Jugend“ oder in die 2010 verbotene „Heimattreue Deutsche Jugend“ eingegliedert, wo sie später selbst als Betreuungspersonal wirkten. Ein sogenanntes ‚Sittengesetz‘ gebietet sogar eine ‚gleichgeartete Gattenwahl‘ als Gewähr für ‚gleichgeartete Kinder‘⁶ und tatsächlich haben sich viele Ehepartner in den entsprechenden Strukturen kennengelernt. Sie schicken auch ihre Kinder zu völkischen Schulungen und Fahrten. Um eine Entwicklung der Kinder in gewünschter Weise zu sichern, folgt die Kinderbetreuung und -erziehung in der Regel festen Vorgaben und wird als eine kollektive Aufgabe wahrgenommen.⁷ Wichtigstes Erziehungsziel sind für Mädchen und Jungen gleichermaßen: Opferbereitschaft und Selbstlosigkeit, also die bedingungslose Unterordnung unter Werte und Ziele der Gemeinschaft.⁸

Ein wichtiges Bindeglied der Strukturen sind die klar umrissenen Vorstellungen von einem naturgemäßen und artgerechten Leben, die Unterteilung von Menschen in verschiedene Arten und Wertigkeiten und das Selbstverständnis, selbst zu einer besonders wertvollen Menschenart zu gehören. Ebenso klar sind die Urteile bezüglich der Minderwertigkeit anderer Menschengruppen oder Lebensweisen.⁹ Diese Überzeugungen haben einen religiös anmutenden Stellenwert und werden vor allem durch den Verein „Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung“ repräsentiert. Dieser *eingetragene Verein ist nach eigenen Angaben* die größte heidnische Gemeinschaft Deutschlands. Wegen der Verbreitung völkisch-rassistischer und antisemitischer Gedankenguts wird sie durch den Verfassungsschutz beobachtet. Der Vereinsvorsitzende zog 2009



mit seiner Familie nach Mecklenburg-Vorpommern.

Die Mehrzahl der Siedler/innen entstammte westdeutschen Familien mit völkisch-nationalistischen Hintergründen. Berührungspunkte oder Überschneidungen mit den regionalen rechtsextremen Kameradschaften und ähnlichen Gruppen blieben zunächst eher die Ausnahme. Die kultivierte Volkstumpflüge, das teilweise entbehrungsreiche Familienleben auf dem Lande und der maßvolle Umgang mit Alkohol wirkten zunächst nicht anziehend auf die jungen, erlebnisorientierten Gruppen der Region. Das hat sich offenbar geändert. Zentrale Aspekte der völkischen Weltanschauung, vor allem die Opferbereitschaft und der Gemeinschaftssinn der Netzwerke, sind inzwischen auch in Schriften und auf den Webseiten der regionalen Szene zu vorbildhaften Orientierungsgrößen geworden. Die Gruppengeflechte sind inzwischen bunt zusammengesetzt: aus Familien, Einzelpersonen und Freundeskreisen, die aus allen Teilen der Bundesrepublik, der Schweiz und den Niederlanden zugezogen sind, und aus Einheimischen mit einer rechtsextremen Sozialisation in der Kameradschaftsszene oder in der NPD.

III. Auswirkungen auf das Zusammenleben in den Regionen

Als die neuen Nachbarinnen und Nachbarn begannen, in Sport- und Kulturvereinen, Bürgerinitiativen, Schulen, KiTas, Elterninitiativen, Kirchengemeinden etc. ihre ethische und politische Grundhaltung einzubringen, kam es dort vermehrt zu Diskussionen.

Die zentrale Frage war und ist: Handelt es sich mehrheitlich um Aussteiger/innen, deren Ansichten zwar teilweise provokant und abstoßend sind, die aber im Grunde keinen größeren Schaden anrichten können? Ist nicht auch ihr Recht auf Freiheit der Meinung und Lebensgestaltung zu schützen, im Interesse der demokratischen Freiheitsrechte? Oder verfolgen die neuen Nachbarinnen und Nachbarn einen wohlüberlegten Plan der Infiltration, Unterwanderung und Täuschung und instrumentalisieren sie wohlmeinende Mitmenschen, um fundamentale Menschenrechte anzugreifen? Muss eine wehrhafte Demokratie nicht bereits solchen Anfän-

³ Vgl. Posener, A.: Die netten Ökofaschisten. In: Welt am Sonntag, 12.12.2010.

⁴ Vgl. Wittrock (2006), a. a. O.

⁵ Vgl. <http://www.mup-info.de>, 12.01.2012.

⁶ Vgl. <http://www.asatru.de/das-sittengesetz-unserer-art>

⁷ „Der Einzelne ist angesichts der ‚Miterzieher‘ und ‚Gegenerzieher‘ in Schule, Presse, Fernsehen oft nicht in der Lage, eine artgemäße Erziehung seiner Kinder sicherzustellen.“ (Vgl. <http://asatru.de/infomaterial/inhalt/artgemeinschaft-faq.pdf>)

⁸ „Wir sollten sehr auf unsere Kinder achten, denn die Kollaborateure unserer Feinde sitzen nicht nur in den Kirchen, Funkhäusern und Parteizentralen, sondern auch in den Schulen. Wir dürfen nicht dulden, dass sie sich der Gehirne unserer Kinder bemächtigen. Denn wir wissen: Wenn unsere Kinder uns erst einmal verloren gegangen sind, dann können mutige Taten, oder ganz einfache Taten zur eigenen Selbsterhaltung von ihnen nicht mehr erwartet werden“ (Vgl. <http://asatru.de/infomaterial/inhalt/artgemeinschaft-faq.pdf>)

⁹ „Seit Weiß und Schwarz sich sahen, haben sie eine Abscheu voreinander. Seit sie sich kennenlernten, verachten sie sich. Vor dem Gesetz mögen sie gleich sein, aber sie hassen sich unbändig“ (Vgl. <http://www.asatru.de/die-zukunft-des-artglaubens>)

gen entgegenwirken, bevor erneut eine demokratiefeindliche Bewegung erstartet?

Im Ringen um das richtige Agieren entstehen in den Regionen erhebliche Spannungen. Die Kontroverse polarisiert und eignet sich auch gut, um alte Meinungsverschiedenheiten oder das längst überwunden geglaubte „Wessi-Feindbild“ wiederzubeleben.

Verschwimmende Grenzen, Gerüchte und Misstrauen

Über die neuen Netzwerkstrukturen ist der Rechts-Extremismus Teil der Alltagswelt geworden: die völkische Weltanschauung ist in Bürgerinitiativen, Vereinen, Kirchenstrukturen, Schulen und Kindertagesstätten präsent. „Es herrscht ein Klima des Auserwähltseins. Sendungsbewusst sollen die Menschen in den Dörfern missioniert werden“¹⁰. Die Neuen im Dorf gehören zur Nachbarschaft oder sind Geschäftspartner/innen, die freundlich zu geselligen Abenden einladen. Sie sind kompetente Kolleginnen und Kollegen oder interessante Kundinnen und Kunden. Sie möchten im Chor mitsingen oder einem Verein beitreten. Die Artgemeinschaft empfiehlt auch: „Wir können kleine Gruppen bilden, die wissen, was sie wollen. Persönlich können wir ‚infiltrativ‘ wirken, in Vereine, Gesellschaften, Gruppen gehen und dabei viele Mitmenschen über die erkannten Zusammenhänge nachdenklich machen, ihnen Denkanstöße geben, ihnen naturnahe Ansichten darstellen, sie letztlich ‚zu sich selbst führen‘“¹¹. So stellt sich den Menschen in der Region etwa die Frage: Ist das Interesse am kommunalpolitischen Stammtisch einer Partei oder Bürgerinitiative ehrlich oder müssen die Aktiven bei jedem neuen Gesicht Unterwanderung befürchten? Soll man sich nun freuen, dass endlich ein engagierter Junglandwirt zur Bürgermeisterwahl antritt oder muss einem Angst um die Gemeinde werden, weil seine wirklichen politischen Pläne vielleicht erst später offenkundig werden? Ist der politische Hintergrund der regionalen Initiative gegen Gentechnik oder Massentierhaltung eher „grün“ gefärbt oder doch vielleicht „braun“?

Es gehört zum Alltag in den Regionen, dass rassistische, antisemitische, homophobe oder in anderer Form abwertende Haltungen unerwartet in den verschiedensten Kontexten spürbar werden. Immer wieder wird daher gemutmaßt: ‚Wer gehört da noch dazu?‘ – ‚Was wollen die wirklich?‘ Unsicherheit, Misstrauen, Vereinzelung und Rückzug nehmen zu.

Einschüchterung, Angst und militante rechtsextreme Gruppen

Die mediale Berichterstattung über den Hintergrund der Netzwerke hat in den letzten zehn Jahren viele Fakten recherchiert, Zusammenhänge aufgedeckt und über Motive und Ziele der Gruppen spekuliert und diskutiert. Das entstandene Panorama wirkt auf viele Menschen in den betroffenen Regionen einschüchternd. Inzwischen gibt es vor

Ort auch handfeste Bedrohungs- und Einschüchterungserfahrungen: hartnäckige Kontakt- und Einbindungsversuche, anonyme Bedrohungen und Beleidigungen per Telefon, Email oder Brief, Konfrontationen in Gemeinderatssitzungen oder Elternversammlungen, Verbalattacken oder aggressive „Besucher“ am Arbeitsplatz und zu Hause, rufschädigende Gerüchte im Wohnumfeld, im Bekannten- oder Kollegenkreis sowie juristische Drohkulissen und Beschwerden bei Vorgesetzten. In Einzelfällen mussten Personen sogar schon unter Polizeischutz gestellt werden.¹²

Die Artgemeinschaft bekommt auch Zulauf seitens militanter Neonazis (etwa aus verbotenen Strukturen wie ‚Blood&Honour‘ oder der ‚Nationalistischen Front‘) und laut Medienberichten gibt es auch Verbindungen zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)¹³. Es ist bezeichnend, dass Medien und Wissenschaft vor Ort nur schwer Gesprächspartner/innen finden, die offen über ihre Erfahrungen reden.

Pädagogische Herausforderungen

Der Versuch, eigene Grundschulen zu unterhalten, konnte von den Zugezogenen zunächst nicht umgesetzt werden, aber es gelang, die Kinder an einigen wenigen Einrichtungen konzentriert anzumelden. Vielleicht überrascht es auf den ersten Blick, dass von den neuen Gemeinschaften vor allem kleine, freie Schulen, am besten mit konfessioneller oder reformpädagogischer Ausrichtung, bevorzugt und dafür auch längere Fahrzeiten in Kauf genommen werden. In mehr als einem Fall kam es schon zu erheblichen Auseinandersetzungen mit und innerhalb der Kollegien, der Elternschaft und der Schulträger. Verschiedene Schulwechsel schlossen sich an, Medien sprachen sogar von einem „Schulstreit im Nordosten“¹⁴.

Der Umgang mit den Kindern aus den völkischen Familien ist für die Verantwortlichen in KiTa und Schule, in Hort und offener Jugendarbeit, für Familienhilfe, Erziehungsberatungsstellen und die Jugendämter eine große Herausforderung. So fragt man sich: Ist es vorteilhaft, wenn nur einige wenige Einrichtungen sich der Aufgabe stellen, Kinder aus diesen Familien aufzunehmen, oder ist es sinnvoller, wenn möglichst viele verschiedene KiTas und Schulen kleine Gruppen oder sogar nur einzelne Kinder aufnehmen? Wie können die Kinder in geeignete Strukturen und Institutionen integriert werden? Und wie ist zumindest zu vermeiden, dass diskriminierende Haltungen Teil des Alltags werden? So berichten Schulen und Kindertagesstätten von Müttern, die sich in der Elternvertretung engagieren, für das Schulfest kochen und backen, ehrenamtlich die Theater-AG organisieren oder bereitwillig Fahr- und Betreuungsdienste leisten. Vielen ist aber gar nicht wohl dabei, wenn dabei durch Randbemerkungen oder „Scherze“ immer wieder Aspekte einer ausgrenzenden und abwertenden

¹⁰ Vgl. Röpke, A./ Benkhouf, D. (2012): Braune Biokost – Rechte Siedler im Nordosten. <http://www.ndr.de>, 24.08.2012.

¹¹ Vgl. <http://www.asatru.de/die-zukunft-des-artglaubens>

¹² „Die Artgemeinschaft ist kein ‚Schönwetterverein‘, der friedlich, fröhlich, fromm und betulich bei Kaffee und Kuchen ein wenig von der Vergangenheit schwärmt – vorausgesetzt, er wird von seinen Feinden in Ruhe gelassen. Die Artgemeinschaft ist gezwungen worden, ein Kampfverband zu sein, der um die Möglichkeit einer artgemäßen Lebensführung seiner Menschen kämpfen muss“ (s. o. A.)

¹³ Ende 2012 wurde die Spezialeinheit GSG 9 zur Festnahme eines Bundespolizisten eingesetzt, der Mitglied der Artgemeinschaft war. Laut Medienberichten „(...) war der Rosenheimer seit 2011 im Visier des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Er habe sich in dem rechtsextremen Verein ‚Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung‘ engagiert.“ (vgl. <http://www.rosenheim24.de>, Rechter Polizist „potenziell gewalttätig“, 19.11.2012). Vgl. auch: Röpke, A.: Gefährliche Heidentruppe. In: Blick nach rechts, 27.06.2013.

¹⁴ Vgl. <http://www.deutschlandfunk.de/schulstreit-im-norden>, 13.09.2012.

Weltanschauung präsent sind und die Verantwortlichen schauen lieber zweimal hin, welche Stücke in der Theater-AG auf dem Spielplan stehen. Aber was tun, wenn ein Kind zum Beispiel Puppen mit dunkler Haut übel tituliert und es ablehnt, damit zu spielen? Wie reagieren, wenn ein Mensch mit körperlichem oder geistigem Handicap als ‚lebensunwert‘ bezeichnet wird? Was tun, wenn Kinder wegen alleinerziehender Eltern oder eines gleichgeschlechtlichen Elternpaares beleidigt werden? Vergleichbar komplex ist auch die Aufgabe, die sich den anderen Eltern stellt: Wie können sie ihrer/m Erstklässler/in erklären, dass sie zur Familie ihrer neuen besten Freundin, seines neuen besten Freundes Distanz halten wollen? Darf das eigene Kind zur Sonnenwendfeier oder zum Kindergeburtstag auf einen der Höfe? Wie reagieren auf Sätze wie ‚Mädchen dürfen das nicht‘? Was tun, wenn das pubertierende Kind eine Nähe zu den Siedlungsgruppen als Provokationspotential nutzt?

Verschärft wird diese Problematik durch das professionelle Engagement rechtsextremer Personen im pädagogischen Bereich. Einerseits wird der Aufbau eigener pädagogischer Infrastruktur weiter verfolgt: Die Pläne für eine eigene Grundschule ließen sich zwar bislang nicht realisieren, doch es ist anzunehmen, dass sie weiter vorangetrieben werden. Andererseits sind Institutionen in staatlicher und privater Trägerschaft der Gegenstand rechtsextremen Interesses: nicht nur als Orte für Kinder und Elternengagement, sondern auch durch Bewerber/innen für pädagogische Berufe, die ihr rechtsextremes Weltbild institutionell weitergeben wollen.

Bereits seit längerem wird in rechtsextremen Strukturen dazu aufgerufen, pädagogische Ausbildungen zu absolvieren. Das Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern sah sich inzwischen sogar dazu veranlasst, eine Regelung einzuführen, die versucht sicherzustellen, dass KiTas nicht durch rechtsextreme Strukturen betrieben oder unterwandert werden.¹⁵

Auswirkungen auf wirtschaftliche Bezüge

Niedrige Immobilien- und Landpreise, gute Förderbedingungen, eine vergleichsweise schwache Infrastruktur und daraus resultierende Nischen und Leerstellen machen Mecklenburg-Vorpommern für den Netzwerkaufbau von Rechtsaußen attraktiv. Die völkischen Netzwerke kaufen zusammenhängende Grundstücke und Immobilien. Sie kaufen oder pachten in nennenswerter Größenordnung Acker- und Weideland sowie Waldgebiete. Und so müssen die Menschen der Region auch in wirtschaftlichen Lebensbereichen immer mehr nach ihren Kriterien für Zusammenarbeit und Geschäftsbeziehungen fragen: Ist beim Verkauf von Gemeindegrund-

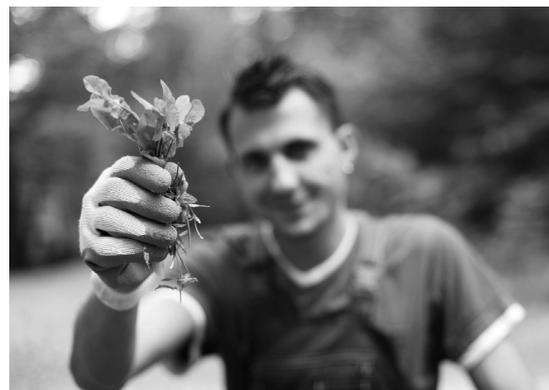
stücken nur die Höhe des Gebots entscheidend, selbst wenn rechtsextreme Gruppen dadurch halbe Dörfer erwerben? Was ist zu tun, wenn die Beantragung von Fördermitteln in immer größerem Rahmen erfolgt, zum Beispiel im Bereich der regenerativen Energien? Ist bei Vergaben von Aufträgen der öffentlichen Hand tatsächlich nur der günstigste Kostenvoranschlag entscheidend, auch wenn dann ein/e Rechtsextremist/in die Software der Gemeindeverwaltung installiert oder die neue KiTa baut? Genügt die fachliche Eignung der Kollegin, des Kollegen oder ist auch ihr/sein ethisch-politischer Hintergrund für das Betriebsklima wichtig?

Zudem konsumieren und produzieren die Netzwerkstrukturen erfolgreich Waren und Dienstleistungen. Sie arbeiten als Handwerker/innen oder Landwirtinnen und -wirte, erzeugen oder vertreiben Bio-Produkte, sind Landschaftsgärtner/innen, Rechtsanwältinnen und -anwälte, Architektinnen und Architekten, Hebammen oder Energietechniker/innen, kaufen und verkaufen Lebensmittel, Bücher, Kleidung, Werkzeug, Baustoffe, Saatgut usw. Und so fragt sich etwa:

Reicht es, dass die Möhre ‚bio‘ ist oder ist nicht auch darauf zu achten, in welche Strukturen der Erlös fließt?

Die rechtsextreme Präsenz droht in den Regionen zu Imageschäden und wirtschaftlichen Einbußen zu führen. Genau lässt sich der bisher entstandene wirtschaftliche Schaden kaum beziffern.¹⁶

Diese Sorge um Imageschäden erschwert aber auch eine offene Diskussion der Problematik. Besonders ist dies in zwei Branchen spürbar, die in besonderem Maße auf ein positives Image angewiesen sind: die Biowirtschaft und der Tourismussektor. Manch ein Hotel oder Bioladen hat (unwissend oder nicht) Lieferanten, auf deren ideologische Ausrichtung viele Gäste und Kunden bestürzt reagieren würden. Und auch bei Kunstausstellungen, auf Mittelalter-, Oster- oder Weihnachtsmärkten sind völkische Akteure vertreten. Immer wieder finden sich dort rechtsextreme Symbole unter den Exponaten und Verkaufsgegenständen.



¹⁵ Seit 2010 müssen alle Träger von Kindertageseinrichtungen schriftlich erklären, dass sie und ihr Personal sich zum Grundgesetz bekennen.

¹⁶ Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern beschrieben 2010 in einer gemeinsamen Broschüre „Die NPD – Eine Gefahr für soziale Marktwirtschaft, Betriebe und Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern“ die Effekte eines rechtsextremen Klimas als negativen Standortfaktor. Allein der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern rechnet vor, dass das Bundesland ohne sein rechtsextremes Images pro Jahr 400.000 Urlauber/innen mehr begrüßen könnte.

» „Geh denken“ – Anforderungsprofil für evangelische politische Bildungsarbeit zu Diskriminierung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit



Martin Becher

Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz
 becher@ebz-alexandersbad.de
 www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de



Grit Hanneforth

Kulturbüro Sachsen e. V.
 Geschäftsführerin
 www.bagkr.de



Dr. Christian Staffa

Studienleiter Demokratische Kultur und Kirche
 Evangelische Akademie zu Berlin gGmbH
 staffa@eaberlin.de

I. Einführung – Das Extremismuskonzept: ein Konstrukt und seine Folgen

„Extremismus“ ist als zentraler Begriff politischer Debatten in den vergangenen Jahren zunehmend in die Kritik geraten. Seit 1974 findet der Begriff „Extremismus“ in den Verfassungsschutzberichten Verwendung und löste damit den des „Radikalismus“ ab. Mit „Extremismus“ und besonders dem Gegensatzpaar „Rechts- und Linksextremismus“ werden unterschiedliche Formen von Kritik, Dissens oder Widerständigkeit gegenüber dem demokratischen System pauschal zusammengefasst. Über die Beschreibung von („linken“ und „rechten“) gesellschaftlichen Rändern findet so die Konstruktion einer Mitte statt, die per se frei von Ausgrenzung, Diskriminierung und Demokratiefeindlichkeit ist. So führt das Konzept in erster Linie dazu, eine politische Normalität zu konstruieren. Gesellschaftliche Kräfte, die nicht der Mitte dieses Definitionsrasters zugeschrieben werden, sind damit de-legitimiert.

Von sozialwissenschaftlicher Seite gab es darauf die Kritik, dass die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus zu einer Bagatellisierung des Rechtsextremismus führe und dieser damit ausschließlich zu einem Phänomen des gesellschaftlichen Rands werde (Stöss, Butterwegge). Widersprochen wird der Eindimensionalität der Begriffskonstruktion, die nicht mit der Komplexität von gesellschaftlichen Entwicklungen in Einklang zu bringen sei. Die Rechts-Links-Achse täusche darüber hinweg, dass antidemokratische Tendenzen in allen politischen Lagern bestehen und entstehen (Neugebauer, vgl. auch die Untersuchungen von Heitmeyer und Brähler/Decker). Darüber hinaus diene der Extremismusbegriff als Ordnungsprinzip zur Legitimation staatlicher Sicherheitsbehörden, insbesondere des Geheimdienstes („Verfassungsschutz“) (vgl. Wippermann). Die Ursachen von

Rechtsextremismus würden so nicht in den Blick genommen (Jaschke).¹

Das Extremismuskonzept selbst bleibt in der Beschreibung von Gesellschaft, ihren Zusammenhängen, Entwicklungen und Problemlagen stumm. Erkenntnisse empirischer Studien zu rechtsextremen Einstellungsmustern und ihrer Ausbreitung finden nicht nur keine Beachtung, sondern werden geradezu verdeckt. Der zentrale ideologische Bestandteil von Rechtsextremismus mit seinen Ungleichwertigkeitsvorstellungen findet in diesem Konzept keinen Platz. Die sogenannte „demokratische Mitte“ ist also scheinbar frei von politischem Extremismus und frei von Ungleichwertigkeitsvorstellungen.

In tagespolitischen Diskursen wird „Extremismus“ dazu verwendet, politische Positionen außerhalb des „Normalen“ zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Damit wird der Begriff im Alltag zum strategischen Instrument der Disziplinierung von Initiativen und Menschen, deren politische Positionen sich kritisch mit dem Handeln des Staates auseinandersetzen. Mit der Diskreditierung als „Linksextremisten“ geht ein Diskursausschluss einher.

II. Drei Handlungsebenen evangelischer politischer Bildung

Ein integriertes Konzept evangelischer politischer Bildungsarbeit, wie wir es hier vorschlagen wollen, kann sich nicht auf diese für staatliche Sicherheitsbehörden operationalisierte Form von Gesellschaftsanalyse beschränken. Uns beschäftigen Formen der Ausgrenzung, Diskriminierung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die durchaus in Rechtsterrorismus (NSU) und einem extrem rechten Denken und Handeln münden können, sich aber nicht nur in diesen „extremen“ Formen äußern. Wir benötigen auch Antworten auf den Rassismus in der „Mitte der Gesellschaft“, die

¹ Diese Darstellung basiert auf der Publikation: Kulturbüro Sachsen e. V. (Hrsg.) (2013): (Dia)Logbuch Sachsen. Prozessorientierte Beratung im ländlichen Raum. Wiesbaden. Hier finden sich auch die entsprechenden Literaturangaben zu den genannten Autoren.

mit ihren Institutionen bei der Aufklärung der NSU-Morde so dramatisch versagt hat. Von daher unterscheiden wir in unserer politischen Bildungsarbeit reaktive, präventive und proaktive Formen.

Dabei steht politische Bildungsarbeit vor der großen Herausforderung, dass sie die Menschen mit diskriminierenden Einstellungen in der Regel nicht direkt erreichen kann – da diese schlichtweg entsprechende Angebote nicht nutzen. Evangelische oder besser christliche Bildungsarbeit ist dadurch gekennzeichnet, dass Aktions- und Reflexionsebene eng aneinander gebunden sind, dass also Bildung nicht rein kognitiv bleibt, sondern auch Handeln und (spirituelle) Persönlichkeitsentwicklung bedeutet.

III. Reaktive Ebene

„Blitzlicht“ 2001 ff.: Der laue Umgang der Stadt Dresden und des Freistaates Sachsen mit dem jährlichen Neonaziaufmarsch um den 13. Februar war bereits ab 2001 ein Handlungsimpuls für die Kirche. Der sich seit 2004 massenhaft und selbstbewusst zeigenden Neonaziszene musste durch Widerspruch aus der Mitte der Gesellschaft entgegengetreten werden. Bis 2008 schwiegen bis auf die Antifa alle – die bürgerliche Mitte („Lasst sie laufen, dann sind sie schnell wieder raus“) und konservative Kreise mitsamt den Kirchen und ihrem Konzept des „Stillen Gedenkens“. Gerade das „Stille Gedenken“ an die „Dresden-Opfer“ der Luftangriffe stärkte die Anschlussfähigkeit der revisionistischen Diskurse der Neonazis an die bürgerliche Mitte der Stadtgesellschaft und die sächsische Geschichtsklitterung.

Ein Bündnis bezog im öffentlichen Raum Position unter dem Motto „GehDenken – diese Stadt hat Nazis satt“. „GehDenken“ ist produktives Gedenken und Herausgehen aus den statischen Formen des Beobachtens, um zu tun und zu lernen, beim „Auf-die-Straße-Gehen“, um beim gewaltlosen Widerstand gegen die Neonazis etwas über sich selbst, Rassismus, die Geschichte, Flüchtlingsarbeit zu lernen. Die AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus der sächsischen Landeskirche, die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR) und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) wurden aktiv und schlugen Friedensgebete als Protestform gegen den Neonaziaufmarsch vor. Unter dem Motto: „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Neonazis stoppen überall“ haben sie Kirchenmitgliedern eine Rolle im öffentlichen demokratischen Raum ermöglicht. Christen haben beim Protest gegen Neonazis eine im biblischen Menschenbild begründete Verantwortung.

„Reaktive“ evangelische politische Bildung: Evangelische Kirche ist in diesem Kontext klassischer zivilgesellschaftlicher Akteur mit einer seismographischen Funktion gegenüber politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Lernen er-

folgt „in der Zivilgesellschaft“ und „im und durch Engagement“.² Politische Bildung soll dieses Handeln ermöglichen – sie muss Aktivitäten strukturieren und reflexiv begleiten.³ Die Akteure benötigen relevante Kenntnisse über Neonazis und ihre Strukturen, Aktionsformen, Rekrutierungsformen und Strategien. Sie wollen etwas lernen über rechtliche und politische Rahmenbedingungen für ihr Engagement: Versammlungsrecht, Polizeirecht, Verfahrenswege.

In der Regel schließt sich daran ein Diskurs über Legalität und Legitimität von politischen Aktionen im Kontext des Widerstands gegen Neonazis an. Politische Bildung muss Positionen vermitteln, dabei Bürger- und Freiheitsrechte zentral herausstellen und zu zivilgesellschaftlichem Handeln ermuntern. Berührt wird dadurch eine ethische Dimension: „Wofür bin ich, wenn ich gegen etwas bin?“ Die Erfahrung zeigt, dass es dadurch zu einem (innerkirchlichen) Generationendiskurs kommt – Widerständigkeit wird von Jüngeren und Älteren in unterschiedlicher Form als Identifikations- und Rollenmuster betrachtet.

Das Alleinstellungsmerkmal evangelischer politischer Erwachsenenbildung lautet: Sie ist durch ihre zivilgesellschaftliche Verankerung in der Lage, schnell auf politische Entwicklungen zu reagieren (Umweltreagibilität). Sie organisiert unkompliziert Fachkompetenz für politische und rechtliche Fragen. Und sie ist kompetent darin, ethische und moralische Auseinandersetzungen, die daraus entstehen, diskursiv zu führen. So wird Evangelische Erwachsenenbildung zum „Ort öffentlicher Auseinandersetzung“ der Beteiligten in diesem gesellschaftlichen Konfliktfeld.⁴

IV. Präventive Ebene

„Blitzlicht“ 2014 f.: Seit Oktober 2014 demonstrieren montags in Dresden mehrere tausend Menschen unter dem Motto „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA), etwa am 12. Januar 2015 mit ca. 20.000 Personen. Am 22. Dezember 2014 versammelten sich 17.000 Menschen, um vor der Frauenkirche Weihnachtslieder zu singen. An ca. 15 weiteren Orten in Deutschland sowie in einigen europäischen Nachbarländern fand PEGIDA bisher Nachahmer. Das Kulturbüro Sachsen bezeichnet PEGIDA (16.12.2014) als „Teil einer neuen chauvinistischen Bewegung“ mit einem „autoritären Demokratieverständnis“, die einen „Resonanzraum für Rassismus“ bietet. Durch PEGIDA ist eine „Gelegenheitsstruktur entstanden, die Einstellungen Einzelner in einer Handlungsebene bündelt“. Weder die Dresdener Organisatoren noch die Mehrheit der Teilnehmenden seien jedoch „neonazistisch“ oder „extrem rechts“.

Diese behaupten eine gefühlte politisch-ökonomische Ausgrenzung und vermissen bürgernahe Erklärungen von Entscheidungen. Hier hat Politik es

² Ebner von Eschenbach, M. (2014): Widerständigkeit als notwendige Voraussetzung für Demokratiekompetenz. In: forum erwachsenenbildung, H. 2, S. 26.

³ Vgl. ebd., S. 27.

⁴ Vgl. den Beitrag von Grit Hanneforth und Dr. Petra Schickert in diesem Heft.

versäumt, das Asylrecht als Menschenrecht zu vermitteln. Zum Erklärungsdefizit politischer Praxis tritt das eklatante Versagen der politischen Bildung. Umso kurioser ist es, dass ausgerechnet die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung plötzlich als Vermittler zwischen den „berechtigten Sorgen“ von PEGIDA und der Landespolitik auftrat. Eine Selbstreflexion zu den eigenen Leerstellen sucht man bis heute vergebens.⁵

PEGIDA ist für organisierte Neonazis in den bundesweiten Ablegern eine „Vorfeldstruktur“, mittels derer sie versuchen, eine Verbindung zu den ressentimentgeladenen Teilen der Bürgerschaft in der Mitte der Gesellschaft herzustellen. Solche Cross-over-Strukturen zur Artikulation von Diskriminierung und Ressentiments nehmen zu. HoGeSa („Hooligans gegen Salafisten“) als selbstständige Plattform scheiterte aufgrund der sofort erkennbaren gewalttätigen Hool-Strukturen. Deshalb versuchen HoGeSa-Ableger, die PEGIDA-Strukturen für sich zu nutzen. Ähnliche Cross-over-Strukturen finden sich im intellektuellen Bereich bis hin zu den klassischen Volksparteien, wo Thilo Sarrazin (SPD) oder Alexander Gauland (früher CDU, jetzt AfD) rassistische Stereotypen und islamfeindliche Haltungen verbreiten.

Diese Entwicklung im politisch-intellektuellen Bereich führt zu einer neuen konformistischen Rechten. Durch den Einzug der AfD in Länderparlamente gibt es einen parteipolitischen Arm zum Protest auf der Straße. Ultrakonservative Haltungen verbinden sich mit neurechten Medien wie Junge Freiheit, Blaue Narzisse, Compact-Magazin und dem „Institut für Staatspolitik“, dessen Zeitschrift „Sezession“ ein Interview mit Lutz Bachmann führte. Die gefühlte Unzufriedenheit von PEGIDA und den neurechten Medien wird von der AfD geteilt und über Netzwerke in ein ultrakonservatives, evangelikales Milieu eingebracht (etwa durch Beatrix von Storch)⁶.

Kirchliche Repräsentanten haben sich sehr eindeutig von PEGIDA distanziert (z. B. die Bischöfe Bedford-Strohm, Marx, Schick, Meister), auch wenn längst nicht alle kirchlichen Repräsentanten diese klaren Positionen vertreten. Beide christliche Kirchen erreichen jene nicht mehr, die mit einer offenen völkischen Haltung die Friedensbotschaft des Weihnachtsfestes in Liedern zum Ausdruck zu bringen meinen. Dagegen bleibt es Aufgabe von Kirche, diejenigen zu stärken, die sich nicht nur der eigenen Familie verpflichtet fühlen, sondern das Gebot der Nächstenliebe auch als „Fernstenliebe“ gegenüber den Schwächsten in unserer Gesellschaft praktizieren. Dieser Gedanke ist das Leitmotiv des christlichen Menschenbildes bei der Auseinandersetzung mit Asyl und Migration in Deutschland. Dass das heute so wenig zum Tragen kommt, ist auch ein Resultat der Schwächung von Regelstrukturen.

„Präventive“ evangelische politische Bildung: Menschen, die an Kundgebungen von PEGIDA teil-



nehmen, Thilo Sarrazins Bücher mit Begeisterung lesen oder rechtspopulistisch wählen, werden durch offene Angebote (politischer Bildung) nicht erreicht. In ihren Rollen als Eltern oder Schüler, als Gemeindeglieder oder Berufstätige, als Feuerwehrleute oder Fußballfans sind sie jedoch sehr wohl an gesellschaftlichen und/oder politischen Kontexten interessiert.

Präventive evangelische politische Bildung definiert sich deshalb in erster Linie über die Adressaten – es sind Akteure in Regelstrukturen, die in beruflichen oder ehrenamtlichen Kontexten als Multiplikatoren auf die oben genannten Menschen treffen. So werden indirekt diese Regelstrukturen gestärkt – was angesichts der schwindenden Identifikation mit dem politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen System, ausgelöst auch durch eine neoliberale und anti-institutionelle Politik, bereits eine Botschaft an sich ist.⁷

Adressaten präventiver evangelischer politischer Bildung gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind also Lehrkräfte an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen, Menschen aus der Jugendarbeit, Seelsorger/innen in allen Lebensbereichen, Erzieher/innen in Kindertagesstätten, Betriebsräte, Verantwortliche in Vereinen und Verbänden (z. B. Sport, Freiwillige Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Fanbetreuer) oder in den Wohlfahrtsverbänden. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Inhaltlich geht es dabei insbesondere um die Vermittlung von Fachinformation über Neonazis und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – also das für die berufliche Rolle notwendige „Kontextwissen“. Dabei werden für die Multiplikatoren rasch eigene Handlungsmöglichkeiten erkennbar, aber auch deren Grenzen („Relationsbewusstsein“).

In diesem Kontext ist uns eine davon unabhängige Bemerkung wichtig: Die klassische politische Bildung führt seit Längerem eine Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz (VS), der mit großer Macht in dieses Feld drängt. Das Selbstverständnis des Geheimdienstes als Akteur politischer Bil-

⁵ Leerstellen sind dort etwa Themen wie „Die Bundesrepublik als Migrationsgesellschaft“, „Asyl als Menschenrecht“, „Perspektiven geflüchteter Menschen und ihre Fluchtgeschichte“ ebenso wie Fragen zum Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Willkommens- und Unterstützerbündnissen, etc.

⁶ MdE für die AfD, Mitglied in ultrakonservativen Lebensschützer-Netzwerken, Gründerin von Zivile Koalition e.V. – gegen den Euroretungskurs der Bundesregierung.

⁷ Vgl. den Beitrag von Ingo Grastorf in diesem Heft.

⁸ Ebner von Eschenbach, M., a. a. O., S. 29.



dung ist in zweifachem Sinn übergreifig: zum einen bedeutet es eine „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas), zum anderen expandiert der staatliche Sicherheitsapparat auf Kosten des öffentlichen Bildungssystems und beeinträchtigt damit die „funktional differenzierte Gesellschaftsbalance“⁸ – ganz zu schweigen vom Skandal, dass Behörden, die in der Aufklärung neonazistischer Strukturen versagt haben (NSU), sich nun anmaßen, im Feld anderer Akteure tätig zu werden.

V. Pro-Aktive Ebene

„Blitzlicht“ 2011: Im November 2011 tagte die erste Ost-West-Konferenz der BAGKR in der Lutherstadt Wittenberg unter dem Titel „Das Ganze verändern, nicht nur die Nische“. Der Tagungstitel richtet sich auf eine zentrale Zielgruppe der Arbeit gegen Diskriminierung: die Mitte der Gesellschaft. Jene also, die sich in der Regel als nicht problematisch sehen, als „ganz normal“, mit den „ganz normalen“ Resentiments, mit den in unserer Geschichte gewachsenen Projektionsmechanismen – somit geht es um uns alle und damit auch um Kirche. Die Enthüllungen über ein mehr als zehnjähriges Versagen der Ermittlungsbehörden (NSU) machten deutlich, dass in der Mitte der Gesellschaft das Problem liegt – und nicht in der Nische. Waren doch die Ermittlungsbeamten, die das Problem „natürlich“ in den Kontexten der „Einwanderungsgesellschaft“ selbst sahen, in der Regel ganz normale Angehörige der Mittelschicht, die eben auch an dem gesellschaftlichen Rassismus teilhat.

Die BAGKR setzt damit das rassismuskritische Potenzial des Begriffes der Gottesebenbildlichkeit in Kontrast zur langjährigen Herrschafts- und Rassismusauffassung der Kirche. Die biblischen Impulse, die das Eintreten für Fremde und Flüchtlinge in vielfältiger Weise zur Sprache bringen, sind zu selten wirklich in Alltagshandeln übersetzt. Jede dieser Reflexionsrichtungen bekommt mit der engen

Verbindung zu konkretem Engagement eine für den Zusammenhang von Tun und Hören, für Herzensbildung und Wissensaneignung zentrale Bedeutung. Tun ohne Hören und Hören ohne Tun würde diesem Lernen die Lebensader kappen. In der Friedensdenkschrift der EKD wird darauf Bezug genommen: „(50) ‚Jeder Gottesdienst kann und soll zum Frieden bilden.‘ – Grundsätzlich kann die christliche Kirche in ihrer Gesamtheit, insbesondere in ihrer evangelischen Gestalt, als Bildungsinstitution verstanden werden, wenn mit Bildung ein nicht auf das Kognitive begrenzter Prozess des Wissenserwerbs, sondern ein ganzheitliches Geschehen der Persönlichkeitsbildung gemeint ist. Dieses Bildungsverständnis richtet sich an der Einsicht aus, dass der Mensch zu Gottes Ebenbild bestimmt ist, meint daher wesentlich ‚Herzensbildung‘ und schließt auch die Bildung und Erziehung zum Frieden ein.“⁹

Proaktive evangelische politische Bildung: „Wir sind erst dann Teil der Lösung, wenn wir erkennen, dass wir Teil des Problems sind“ – dies ist letztendlich die Quintessenz für die Auseinandersetzung evangelischer Bildungsarbeit mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: selbstreflexiv, mit einer gewissen Demut, aber auch mit Optimismus und Tatkraft in Bezug auf die eigene pro-aktive Handlungsfähigkeit. Politische evangelische Bildung ist damit auch Ort kirchlicher Auseinandersetzung. Sofern diese interne Auseinandersetzung erfolgt ist, bedeutet das eine Stärkung evangelischer Akteure im gesellschaftlichen Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Gegenüber anderen (staatlichen!) Akteuren ist es nun möglich, (selbst-) reflexive Diskurse einzufordern, ehe der öffentliche Disput beginnt.

Evangelische politische Bildung steht außerdem vor der Aufgabe, Menschen zum proaktiven Handeln zu befähigen und sie darin zu begleiten – ein derzeit wichtiges Feld ist dabei die Flüchtlingsarbeit (vgl. Broschüre BAGKR: Was tun, damit's nicht brennt? Berlin/Dresden 2014). Benötigt wird also Kontextwissen für die „Anständigen“, die zu „Zuständigen“ werden. Sie benötigen Kenntnisse (z. B. über Asylrecht), sie erhalten Kompetenz (interreligiös, interkulturell, psychologisch, methodisch-didaktisch) und einen Raum zur Selbstreflexion und Rollenklärung bis hin zur Selbstorganisation. Dabei werden auch altbekannte Angebote plötzlich wieder virulent – etwa das „Training zum Umgang mit Stammtischparolen“ (Klaus-Peter Hufer).

Zu diesem Wissen gehört auch eine möglichst genaue Wahrnehmung des eigenen Umfeldes, also der Einstellungen von Mitgliedern der Evangelischen Kirchen. Deshalb beschloss die EKD-Synode im November 2013, eine Studie innerhalb der EKD zu einzelnen Themen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu beauftragen – auch damit evangelische politische Bildungsarbeit zielgerichtet geleistet werden kann.

⁹ Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Günter 2007, S. 36.

» Demut statt Diskriminierung: das Christentum im gesellschaftlichen Kontext

I. Religion en Vogue

Religion und Politik ist heute ein brisantes Thema, denn wohin man blickt, wird aus verschiedensten politischen Perspektiven Religion immer wieder als Ursache von gewaltsamen politischen Konflikten diskutiert. Der Gegensatz zwischen dem Niedergang traditioneller Religion in Teilen des Westens (nicht in den USA; das wird oft übersehen) und dem Beharren auf religiöser Tradition im islamischen Kulturkreis sowie einer dort neu aufkommenden Religiosität, die sich dezidiert als vernunft- und moderneindlich definiert, dieser Gegensatz ist, verbunden mit unaufhaltsamen Migrationsströmen in einer global geöffneten Welt ohne Präzedenz. In dieser Gemengelage wird der (Wieder-)Aufstieg der Religion in Teilen der Welt ein politisch brandheißes Thema. Ja, man betrachtet die Religion geradezu als Speerspitze eines oft heraufbeschworenen ‚Kampfes der Kulturen‘, der nach dem Zusammenbruch der SU angeblich die politische Weltszene prägt. Aus allen Ecken kommen Bücher auf den Markt, die das Risiko oder die Verantwortung der Religionen beschwören und je nachdem von einer Vereinbarkeit oder Nichtvereinbarkeit der kulturell-religiös bedingten Wertesysteme der Gegenwart ausgehen.

Ein bei allen Unvollkommenheiten und Verkürzungen höchst verdienstlicher Beitrag ist das Buch des deutschen Altkanzlers Helmut Schmidt. Man muss nur sein auf Youtube leicht zugängliches Interview zum Thema ‚Europa und der Islam‘ ansehen, um einen verblüffend einfachen Einblick in die Problematik von Religion und Staat im heutigen Europa zu erhalten: Was Helmut Schmidt über seine Unkenntnis der selbstverständlichsten Fakten zum Islam bekennt, ist ebenso erschreckend wie es verdienstlich ehrlich ist; und wenn er am Ende zugibt, dass er sich umso weiter vom Christentum entfernt, je mehr er von anderen Religionen erfährt, so steckt auch darin eine Einsicht, der es sich lohnt nachzugehen.



II. Religion – ein problematischer Begriff in abrahamitischer Tradition

In zahlreichen Beiträgen habe ich dargelegt, wie problematisch es ist, wenn wir Europäer das für uns recht sinnentleerte Wort ‚Religion‘ auf analoge Phänomene anderer Kulturen anwenden. Ich habe erläutert, wie dieses Wort durch Übertragungen vom paganen auf den völlig andersartigen christlichen Bereich eine Bedeutungsentleerung erfahren hat.

Die Rede von ‚Religion‘ ist nicht nur aus gesellschaftlichen Gründen eine All-round-Floskel geworden. Viele alltagssprachliche Konnotationen gehen in sie ein und verstellen den Europäern den Blick auf das jeweils Eigene nicht-europäische Spiritualität.

An dieser Stelle soll der Hinweis genügen, dass die drei sogenannten ‚abrahamitischen Religionen‘ nur eine ganz spezifische Form der Religiosität darstellen, mit Elementen, die anderen Kulturen und in der Tat auch der ‚paganen europäischen Volksreligion‘ völlig fremd sind. Ich möchte nur drei Gedanken wiederholen, die m. E. das Verhältnis des Christentums zum Staat grundsätzlich prägen:

1) Alle drei abrahamitischen Religionen sind Offenbarungsreligionen, die allein schon dadurch, dass sie solche sind, ihrem Gott bestimmte Eigenschaften positiv zuschreiben, vor allem die, dass er sich in seiner Offenbarung den Menschen *liebend zuwendet* und ihnen den Weg weist zu einer unendlichen Sinnerfülltheit ihrer Existenz.

2) Diese drei Religionen haben sich zu Beginn in einem geistigen Umfeld durchsetzen müssen, das stark von griechischer Philosophie geprägt war. Erst in Auseinandersetzung mit derselben entwickelt sich ihre jeweilige Eigenheit und zugleich eine metaphysische Überformung, die alle drei jenseits ursprünglicher Offenbarungsgehalte seit Jahrhunderten prägt. Sie wurden an einem Maßstab gemessen, der im Christentum am schärfsten auf einen Konflikt zwischen einer – ich möchte einmal sagen – ‚Religion per se‘ und ihrer rationalen Bewältigung hinauslief, ein dem Christentum inhärenter Konflikt, der uns ideengeschichtlich als Wider-



Prof. Dr. Hans-Christian Günther

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Seminar für Klassische Philologie



spruch von ‚fides‘ (Glaube) und ‚ratio‘ (Vernunft) überliefert ist.

3) Judentum und Islam sind demgegenüber ‚Gesetzesreligionen‘, die ursprünglich direkt auf staatliche Umsetzung angelegt waren. Deswegen auch kann es in ihnen im Grunde keinen Unterschied zwischen einer öffentlichen und einer privaten Moral geben. Ganz anders das Christentum, welches in all seinen Ausprägungen ursprünglich die Religion einer Gruppe war, der es nicht um Staatsbildung ging und der es aufgrund ihres Status auch gar nicht darum gehen konnte. Sie waren historisch gar nicht in der Lage, sich anders zu definieren als laut dem oft zitierten Herrenwort: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist (Matth. 22: 21).

Christlich-abendländischer Überheblichkeitswahn glaubt im letzten Punkt ein säkulares Staatsverständnis zu entdecken, also jenes Staatsverständnis, das heute unreflektierterweise zum einzigen oder zumindest besten der Welt erklärt wird. Für sich selbst beanspruchen die westlichen Staaten eine ‚vernunftgesteuerte‘ freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung zu besitzen. Und weil es ja das Christentum war, welches den ‚Westlern‘ dies allererst ermöglicht hat, soll es auch konsequent sein, ‚christliche Werte‘ (oder, wie man heute aus verständlichen Gründen lieber sagt, ‚jüdisch-christliche Werte‘) fest in der Rechtsordnung zu verankern. Deswegen auch benötigen fortschrittlich-säkulare Christen die Bibel allenfalls noch dazu, um sich zu versichern, dass die Aufnahme etwa eines so zutiefst mitmenschlichen Artikels wie dem der unterlassenen Hilfeleistung in das Strafgesetzbuch nur von einer Kultur zustande gebracht werden kann, die vom Geist des Gleichnisses vom barmherzigen Samariter geprägt ist.

Doch wäre dies wirklich so, warum bekennt dann ein ganz in jener christlich-freiheitlich-säkularen Gesinnung aufgewachsener Politiker vom Gewicht Helmut Schmidts, die Beschäftigung mit anderen Religionen habe ihn vom Christentum entfernt?

III. Christliche Religion und staatliches Handeln

a) Die Geschichte

Das *Judentum* ist hier insofern von Interesse, als es zeigt, dass eine auf staatliche Umsetzung ausgerichtete Religion auch außerhalb staatlichen Handelns eminente kultur- und einheitsstiftende Funktionen erfüllen kann. Gerade dadurch, dass ihm sehr bald seine staatsbildende Funktion abhanden kam, hat sich das Judentum zu einer wichtigen kollektiven Kraft entwickelt. Trotz der grauenhaften Verbrechen, denen Juden über Jahrhunderte ausgesetzt waren, stiftete die Religion unter ihnen nicht nur eine kulturbewahrende Einheit, sondern hat sie sogar dazu befähigt, einen unverzichtbaren Beitrag zur friedlichen und liberalen Kultur des sie barbarisch verfolgenden christlichen Europas zu leisten. Die jüdische Identität ist religiös mit einer besonders tiefen Wärme und mitmenschlichen Solidarität erfüllt; erst mit der Errichtung eines postkolonialen Staates, mit der Imitation europäisch-säkularer Nationalismus und Kolonialismus, wurde damit begonnen, diese spezifisch jüdische Humanität zu zerstören und gar für Gewalt zu instrumentalisieren.

Der *Islam* wurde als Staatsreligion konzipiert, tritt bis heute vielfach als eine solche auf und definiert sich selbst als eine Religion des Realismus und der (sozialen) Gerechtigkeit. Mohammed war in der Tat auch ein genialer Staatsmann; und die Scharia ist – entgegen auf reiner Böswilligkeit und Ignoranz *ad nauseam* wiederholter Gegenbehauptungen – ein bis heute anwendbares und in ihrer Grundintention höchst realistisches und zur staatlichen Umsetzung ideal geeignetes Gesetzeswerk.

Das *Christentum* nun hat sich, insofern es staatskonstituierend wurde, als vielleicht katastrophalste Religion erwiesen. In jeder Hinsicht scheint es dazu ungeeignet, ein christlicher Staat ist eine *contradictio in adiecto*. Dass die christliche Religion ein säkulares Staatsmodell enthalte, ist ein auf Unwissenheit und heute geradezu auf Infamie hinauslaufender Irrtum. Nicht anders verhält es sich mit der Behauptung, die christliche Schöpfungsgeschichte (die es gar nicht gibt) sei ein Bekenntnis zur Gleichberechtigung der Geschlechter, denn geflissentlich übersieht man dabei die zwei Versionen der jüdischen Schöpfungsgeschichte sowie die Tatsache, dass auch der Islam den Menschen zweigeschlechtlich definiert – wie auch sonst.

Betrachtet man die Geschichte europäischer Staatlichkeit auch nur oberflächlich, so muss jedem

auffallen, dass sie eine Geschichte des Verbrechens, der Gewalt, der Intoleranz und Überheblichkeit ist, die auf der Welt ihresgleichen sucht. Nicht nur das osmanische Reich war den christlichen Imperien an Toleranz weit überlegen, zum Beispiel hat der Islam im Khanat der Krimtataren ein geradezu vorbildliches Staatsmodell entwickelt. Dabei ist es freilich die Tragödie des Christentums und des Islam, dass sie den monotheistischen Absolutheitsanspruch des Judentums, der *stricto sensu* nur für die eigene Gruppe galt, universalisiert und dadurch das ihm inhärente Gewaltpotential freigesetzt haben. Der Islam hat dies allerdings in einer gemäßigten Form getan, wohingegen das Christentum dieses Gewaltpotential rücksichtslos über seinen gesamten Herrschaftsbereich verbreitete.

Sicherlich ist zunächst jene von Anfang an missglückte Version des sich metaphysisch überformenden und so zu einer geradezu absurden Hybridisierung führenden Christentums in erster Linie der Katholizismus. Das heißt, ich spreche hier von einer bestimmten Version des Christentums, nicht vom Christentum schlechthin. Unglücklicherweise musste das Christentum zu Beginn sich in einem geschichtlichen Umfeld behaupten, wo es nur als ‚Fehlgeburt‘ starten konnte, was aber auch nicht heißt, dass es im weiteren Verlauf keine Versuche gab, aus dem katholischen Dogma auszubrechen.

Hier ist in der Tat die *Reformation* eine der wichtigsten positiven Zäsuren in der europäischen Geschichte. Von ihren Hauptexponenten ist nicht zu erwarten, dass sie mit einem Schlag alle Fehlentwicklungen korrigierten, doch durch ihren Rückgriff auf die Heilige Schrift, ihre zumindest partielle Abkehr von metaphysischer Überformung und vor allem durch ihre Abkehr von den extremsten Auswüchsen staatlichen Religionsmissbrauchs haben sie immerhin einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass Europa sich überhaupt kulturell, geistig und staatlich weiterentwickeln konnte. Die Reformation kann sogar das Verdienst für sich beanspruchen, der katholischen Kirche den Anstoß zu einer Erneuerung gegeben zu haben, durch die der Katholizismus sich im französischen 17. Jahrhundert noch einmal an die Spitze der europäischen Kultur setzte und im französischen Absolutismus ein Staatsmodell entwickelte, das in seiner Konsequenz, inneren Stimmigkeit und in seinem zeitweise enormen politischen Erfolg besticht. Doch diese Veränderungen standen auf tönernen Füßen. Seit dem 18. Jahrhundert entwickelt der Katholizismus sich zu einer Fußnote der Geschichte und gleicht einem einzigen Rückzugsgefecht.

Neben dem neuen Staatsverständnis Luthers, das eher Türen öffnete, als in sich selbst Verdienste zu haben, entwickelt die Reformation in Calvins ‚Genfer Gottesstaat‘ tatsächlich ein christliches Staatsmodell, das Respekt abnötigt und durchaus mit erfolgreichen islamischen Staatsmodellen zu ver-



gleichen ist. Leider ist Calvins Leistung dadurch verdunkelt, dass die unglückliche Hinrichtung Servets fast das Einzige ist, was man von seinem Staatsmodell weiß. In seinem Modell verband Calvin echte religiöse Observanz mit einer daraus begründeten sozial verantwortlichen und – trotz Servet – in der Behandlung religiös und politisch Verfolgter tolerant-menschlichen Lebensform. Auch Calvins persönlicher Lebenswandel, seine Integrität und auf echte Frömmigkeit gegründete Menschlichkeit, nötigt Respekt ab, den man zwar manch anderem Christen auch zubilligen kann, doch kaum einem an den Schalthebeln politischer Macht sitzenden Christen.

Der Hauptverdienst der Reformation bestand darin, Europa eine geistige Kultur zu ermöglichen, die nicht in staatlich verordnete und pervertierte Religionsform verstrickt ist. Dazu gab es auch schon früher Ansätze, und nicht erst seit der Renaissance, aber ohne die Zerschlagung des katholischen Monopols auf politische und religiöse Kontrolle konnten sie nicht fruchtbar werden.

b) Moderne Problemlagen

Ich denke, nach dem bislang Gesagten ist deutlich: Der säkulare Staat und die ihn hervorgebrachte Epoche der Aufklärung entsprechen mitnichten einer christlichen Ausrichtung, nein, genau umgekehrt: erst eine Kultur, die sich auf eine pervertierte Religiosität staatlich gründete, bedurfte einer Aufklärung und konnte dann in einem säkularen Staatsmodell explodieren. Eine Religion, die zu staatlicher Umsetzung ungeeignet war, musste irgendwann zu einer nicht mehr religionsverankerten Staatlichkeit führen. Doch es erwies sich als verhängnisvoll, dass Vernunft zur Pseudobegründung einer nicht auf Vernunft gegründeten Religiosität instrumentalisiert wurde, so dass es zu einer radikalen Revindizierung der Vernunft als alleinigem Maßstab menschlichen Denkens kam.

Keine zivile Gesellschaft, keine Vernunftkenntnis konnte auslöschen, dass die europäische Kultur von den Werten ihrer jahrhundertelangen Religiosität geprägt war, weswegen sich nur das Modell eines pseudoreligionsneutralen Staates entwickeln ließ.

Neben einer öffentlich gültigen ‚Minimalmoral‘ sollte sich nun eine private, religiös bedingte Moralität und Sinnbestimmung frei entfalten können. Theoretisch klafften öffentliche und private Moral auseinander, so wie das einst in der klassischen Antike in Europa der Fall war, wo die Religion in ihrer ursprünglichen Funktion als ein Set bloßer Akte des Sakralen zunächst Staatsreligion war, während private Moral allenfalls in einer ‚philosophischen‘ Ausdeutung ihrer prinzipiellen Inhaltslosigkeit gegründet sein konnte. Indes, eben diese theoretische Inhaltslosigkeit ging der christlichen Religion ab, und die säkularen Staaten seit dem 18. Jahrhundert waren auf eine *Kollision öffentlicher und privater Moral* angelegt. In der Praxis führte dies dazu, dass die demokratischen, ‚vernunftgesteuerten‘ Gesellschaften sich immer aggressiver als jüdisch-christlich definieren und der christlichen Religion eine absolute Priorität eingeräumt wird, oft sogar in Form staatlicher Finanzierung ihrer Funktionäre, während andere Religionen allenfalls auf Duldung hoffen dürfen. Von einer Gleichberechtigung anderer Religionen kann im heutigen Europa nicht im Entferntesten die Rede sein.

Unerträglich wird das alles, wenn etwa in Deutschland Kirchenvertreter (die allen Ernstes von Sexualneurotikern erwarten, Wein in Blut zu verwandeln und dies als ‚vernünftig‘ ansehen) maßgeblich beeinflussen können, wie in Kommissionen über ethische Fragen entschieden wird. Wie können sich Kirchenvertreter im Verein mit Politikerinnen und Politikern als demokratisch legitimiert betrachten, Entscheidungen zu treffen, die dem mehrheitlichen Willen diametral entgegenstehen und welche zu beurteilen eigentlich der modernen Naturwissenschaft obliegt? Was an solchen Staaten religionsneutral, demokratisch oder gar vernünftig ist, kann niemand, der bei klarem Verstand ist, erkennen.

So bleibt zunächst einmal festzuhalten: Die Aufklärung in Europa und im Westen ist gründlich gescheitert; sie hat weder religionsneutrale noch vernunftgesteuerte Staaten hervorgebracht, sondern solche, die im Grunde genommen wesentlich unvernünftiger und verbrecherischer sind als mittelalterliche. Unvernünftiger, weil sie noch heute, im Zeitalter moderner Naturwissenschaft, einer Personengruppe, die in einer Art Karnevalskostüm umherläuft und an Wunder glaubt, das Recht einräumt, in gesellschaftlich-politischen Fragen maßgeblich mitzusprechen. Verbrecherischer sind die modernen westlichen Staaten, weil dem westlich-christlichen Überlegenheitswahn heute technische Mit-

tel zur Verfügung stehen, deren Zerstörungskraft jede Vorstellungskraft überschreitet – jedenfalls war Letzteres einmal so, heute scheint Massenmord so selbstverständlich geworden, dass ihn kaum noch jemand wahrnimmt, und Titel renommierter Zeitungen dazu mahnen, die Deutschen müssten das töten lernen – als ob wir nicht zur Genüge gezeigt hätten, das wir das besonders gut können.

c) Gegenwartsanalysen

Bisher habe ich von ehemaligen Auswüchsen der westlich-säkularen Staaten geschrieben, die mit der Vorrangstellung eines zur Farce gewordenen Christentums kooperierten. Inzwischen nun, wo diese Farce immer weniger Rückhalt in der europäischen Bevölkerung findet, hat sich der säkulare Staat selbst an die Stelle der Religion gesetzt und wirkt jetzt sogar noch tyrannischer als die christliche Staatsreligion.

Säkulare Staaten haben die moderne Religion des liberalen Staates und seiner unantastbaren Werte, der Menschenrechte, geschaffen – so, als wären Werte mathematisch beweisbar und könnten tatsächlich wie Naturgesetze universal gültig sein.

Dies aber widerspricht nicht nur der aktuellen Wertpluralität in einer globalen Welt, sondern auch unserem aktuellen westlichen Denken, wenn wir uns nicht belügen.

In seinem neuen Gewand entpuppt sich der säkulare Staat als das, was er eigentlich schon immer war: die Reaktion auf ein von Anfang an missratenes Staatsmodell und zugleich als dessen Zerrbild. Zwar propagiert der angeblich aufgeklärte moderne westliche Staat eine bequeme Scheinfreiheit, etwa wenn konservative Politiker wie die 68er-Generation leben oder evangelische Pastoren in hohen Staatsämtern ihr Freiheitsverständnis demonstrativ als bekennende Ehebrecher zur Schau stellen. Aber in der Praxis hält man es doch so, dass jeder, der sich nicht den zu Kolonialzeiten verkündeten und doch noch immer unbedingt und universal gültigen Menschenrechten fügt, leicht durch Bomben dazu erzogen wird, ein Mensch im Sinne dieser Menschenrechte zu werden. Diese Gewalttätigkeit nach außen ist nicht nur Zynismus moderner Politik, sie ist die unmittelbare Folge des Ursprungs jener Rechte in der Aufklärung, einer Aufklärung, die – so ganz nebenbei – die Überlegenheit europäischer Kultur zementiert und Rassismus und Kolonialismus theoretisch untermauert hat.

Echte Toleranzmodelle sucht man heute besser in ‚unaufgeklärten‘ Kulturen, zum Beispiel im ostasiatischen Raum, wo man ein Dokument echter staatlich sanktionierter Toleranz bereits aus dem 3. Jahrhundert in den berühmten Edikten des Ashoka findet. Einen Vertreter religiöser Toleranz wie Ma-

hatma Gandhi sucht man selbst unter christlichen Theologen, die eine große Offenheit gegenüber anderen Religionen an den Tag legen, vergeblich. Einen wirklich religionsneutralen und vernunftgesteuerten Staat gibt es gegenwärtig etwa in der VR China: Dort ist der Staat tatsächlich areligiös, und er räumt jeder Religion das gleiche Recht ein, sich innerhalb der Verfassung religiös auszuleben, verbittet sich jedoch, dass Religionsvertreter durch Mission den sozialen Frieden stören und moderne Zirkusclowns in ernste politische Entscheidungen hineinreden. Es ist befreiend und wohltuend, wenn man Länder wie China und Japan bereist und feststellt, wie metaphysisch unaufgeregt dort politische Entscheidungen getroffen werden.

IV. Was kann ein reformierter christlicher Glaube heute zu Politik und Gesellschaft beitragen?

Bisher könnte der Leser den Eindruck haben, ich spräche dem Christentum jegliche Fähigkeit, einen positiven Beitrag zu den politischen Problemen der heutigen Welt beizutragen, ab. Nichts aber wäre falscher. Wovon ich schreibe, das ist die Religiosität der offiziellen Kirchen, keineswegs das Christentum an sich.

Äußere Voraussetzung für einen positiven Einfluss des christlichen Glaubens heute ist eine neue, wesentlich radikalere Reformation.

Die katholische Kirche vor allem, aber auch die offiziell protestantische (samt den Evangelikalen, die die Mehrheit der US-Bürger zur Leugnung der Evolution veranlassen, sowie den Lauwarmchristen, die auf eine Art Wellnessmehrwert aus sind) – kurzum: Jegliche metaphysische Religion hat in unserer heutigen Welt nichts mehr verloren. Der Abgang institutionalisierter Kirche ist insofern nur zu begrüßen, erst unter Verzicht auf Privilegierung und gesellschaftliches Establishment können Christen sich wieder auf den Kern ihres Glaubens besinnen.

Ich kann an dieser Stelle nur für mich persönlich schreiben, alles andere wäre mit Einschränkung anmaßend, aber ich hoffe, dass vielleicht auch andere in dem, was ich sage, etwas finden, das ihnen auf ihrem eigenen Weg hin zu etwas, das höher ist als alle Vernunft, hilft. Und da sind wir bereits im Zentrum des Problems:

Das Scheitern institutionalisierter Religion liegt zu einem guten Teil an einer von institutionalisierter Arroganz ausgehenden Diskriminierungspraxis, nämlich am besten oder exklusiv über etwas Bescheid zu wissen, worüber es ein Bescheid-Wissen gar nicht geben kann.

Jede Annäherung an das Religiöse setzt zuallererst Demut, die Erfahrung der eigenen Schwäche, Unvollkommenheit, Fehlbarkeit und Zerbrechlichkeit als Indiz des eigenen Verwiesenseins auf ein Höheres voraus. Diese Demut verbietet auch jeden Anspruch auf Priorität der eigenen Religion gegenüber einer anderen. Das bedeutet nicht einen Verzicht auf absolute Zuwendung zu der je eigenen Form von Religiosität, es bedeutet, diese absolute Zuwendung als eine je eigene zu erfahren, die zum Anderen hin öffnet, ihn nicht vereinnahmt oder diskriminiert. Gerade Religionen, die einen Absolutheitsanspruch beinhalten, wie das Christentum oder der Islam, lassen in diesem Anspruch Raum für das Anerkennen des Anderen. Die absolute Zuwendung, die diese Religionen fordern, versteht sich ja aus der absoluten Zuwendung des sich in Liebe offenbarenden Gottes zu dem so ganz anderen, von Schwäche und Fehlbarkeit geprägten Menschen. Erstere ist die Antwort auf jene so unerhörte Einladung des Absoluten, dem Menschen in all seiner Schwäche einen Weg zur Erfahrung der göttlichen Vollkommenheit zu eröffnen. Diese Erfahrung des Von-Gott-angenommen-Seins öffnet den Menschen zur Annahme des Mitmenschen als das in all seiner Andersheit gleich Wertvollen, sie fordert in ihrer letzten Konsequenz geradezu eine Einstellung wie diejenige Gandhis, der religiöse Toleranz vielleicht so prägnant wie kein anderer in das Wort gefasst hat: ‚Meine Religion ist meine Mutter, und so ist sie für mich die beste und schönste. Und ebenso ist die Religion des anderen dessen Mutter und deshalb für ihn die beste und schönste.‘

Echte religiöse Erfahrung ist mit jedem Ausschließlichkeitsanspruch einer bestimmten religiösen Ausprägung unvereinbar. Die Erfahrung eines alle menschliche Macht Überschreitenden führt zu der Einsicht, dass jede Religion und alles, was sie jeweils einzelnen Menschen geben kann, nur unendlich kleines Stückwerk ist im Angesicht einer unendlichen göttlichen Wahrheit. Sie führt weg von Arroganz und Überlegenheitsanspruch zu Demut und Anerkenntnis, weg von Missionierung, hin zum Bedürfnis, von anderen religiösen Erfahrungen zu lernen, und zur Einsicht, wie verschiedene Religionen komplementäre Perspektiven und Erscheinungsformen eines nie Fassbaren, immer neu zu Erringenden sind. Es ist nach dem oben Beschriebenen offenkundig, dass es eine solche Demut im ‚christlichen‘ Europa mehr als in jeder anderen Kultur neu zu entdecken gilt.

Damit eröffnet sich die Frage, was das Spezifische des christlichen Fensters auf die göttliche Wahrheit ist. Ich kann diese Frage hier nur sehr oberflächlich angehen, doch auf eine Formel gebracht würde ich zunächst formulieren: Das Christentum ist die Religion der Aufhebung des Leides im Leid. Der christliche Gott ist der Gott, der sich seiner Macht begibt, der Leid nicht in seiner Allmacht hinwegnehmen,



sondern nur im Mit-Leiden aufgehoben sein lassen kann. Wer ihn auffordert, vom Kreuz zu steigen, und sich als der Allmächtige zu offenbaren, für den bleibt dieser Gott stumm. Er bleibt mit seinem Leid und seiner Verzweiflung allein. Nur derjenige, dem es gelingt, in der Ohnmacht Gottes eine unerhörte Zuwendung Gottes zum Leid der fehlbaren, zerbrechlichen Menschen zu erfahren, der kann erfahren, dass nicht er als einzelner, sondern dass Gott in seinem Leid leidet. In jenem Blick auf das Leid des ohnmächtigen Gottes am Leid der Welt verwandelt sich das eigene Leid in das Leid der Welt. Nicht das Leid wird hinweggenommen, hinweggenommen wird das Ich; und ein ichloses Leid ist ein leidloses Leid. Das ichlose Leid ist kein privates Leid, es ist das Leid der anderen, es ist ein Leiden an der Welt. Die *Erfahrung des ichlosen Leidens als das Leid der Welt an der Welt* ist der Kern des Mit-Leidens im christlichen Sinne, die Essenz des menschengewordenen Gottes des Christentums, der sich überall dort ereignet, wo eine Kreatur leidet, und jedem Menschen in der Aufgabe des Ichs den Weg zu jenem leidlosen Leid der Welt zeigt.

Dass eine derart gestaltete Religion gerade in unserer heutigen Welt eine ungeheuer wichtige Rolle spielen könnte, ist nur allzu offenkundig, denn trotz aller technischen Fortschritte, ja bei allem technischen Fortschritt hat das Leid nie dagewesene Dimensionen angenommen und wird immer mehr Menschen immer mehr bekannt. Eine entscheidende Rolle wird die christliche Religion künftig aber nur spielen, wenn sie ihren Kern wiederfindet, alle

institutionalisierten Diskriminierungsneigungen aufgibt und sich vor allem ausdrückt in den Versuchen der einzelnen ‚Christen‘, sich dem Leid anderer Menschen zu öffnen, deren Leid nicht zu übersehen, sondern den Blick ganz auf das allgegenwärtige Leid anderer Menschen zu richten. Eine solche Religiosität kann mit keiner Kultur und anderen Religion in Konflikt geraten, sie ist etwas rein Privates, aber gerade in diesem rein Privaten kann sie eine ungeheuer tief reichende gesellschaftliche Kraft stiften, eine Macht, die sich nicht von oben, sondern im Gegenteil von unten her, in tätiger Solidarität mit dem Schwachen, dem Leidenden, versteht.

Das Christentum verdankt seine Stelle als Weltreligion vor allem der Leistung eines Mannes: des Apostels Paulus, der aus einer sehr beschränkten Religionsgemeinschaft eine Religion für alle Menschen formte. Geglückt ist es Paulus, weil er seinen Blick auf das Wesentliche einer speziellen Erfahrung Gottes richtete. Ein spiritueller Blick auf das Wesentliche kann gerade auch den Blick für die je aktuellen Bedürfnisse der Welt öffnen. Immer wenn ich die Briefe des Apostels Paulus lese, kann ich bei ihm diese einmalige Verbindung von Weltklugheit, pragmatischem Realismus und Spiritualität nur bewundern. Paulus hat den Kern der christlichen Religiosität zu einer Antwort auf die Probleme der Menschen seiner Zeit und seines Lebensraums gemacht.

Ob das Christentum in unserer heutigen Welt überlebt, hängt davon ab, ob es zu jenem Geist einer Besinnung auf das Wesentliche zurückkehren kann, zu einem Sinn, der spirituelle Einsicht und pragmatischen Realitätssinn verbindet.

Nur ein solcher Sinn wäre zu einer Reformation ‚an Haupt und Gliedern‘ fähig. Einen Mann wie den Apostel Paulus hat das Christentum in seiner langen Geschichte nicht mehr gesehen. Die Reformation war im Vergleich zu seinem Reformwerk eine Fußnote. Eine heute wirksame Reformation müsste über Paulus hinaus und noch hinter ihn zurückgehen. Dennoch möchte ich mit einem berühmten Wort dieses Mannes am christlichen Dreh- und Angelpunkt schließen, ein Wort, das mir in unvergleichlicher Prägnanz auszudrücken scheint, welcher Geist das Christentum heute wieder gesellschaftlich tragen könnte:

„Einer trage des anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen (Galater 6:2).“

» Christliche Religiosität und Diskriminierungstendenzen – der empirische Kenntnisstand

Für die Laizist_innen¹, Atheist_innen und viele Agnostiker_innen ist die Sache klar: „Gott ist gefährlich“². Das Dogma, der Kern der Religion, sowie die hiermit verbundenen Wahrheitsansprüche führen nicht nur zur Diskriminierung Andersgläubiger, sondern zu deren Abwertung. Andere attestieren der Religion, und ganz besonders dem Christentum, eine spezifische Ethik, die Diskriminierung und Ausgrenzung verbietet. Letztere Position finden wir nicht nur in den Glaubensgemeinschaften, sondern auch in Wissenschaftsdiskursen um Sozialkapital und Zivilgesellschaft, die etwa ein besonders hohes Engagement von Mitgliedern der christlichen Kirchen³ sowie einen positiven Zusammenhang zwischen Religiosität und Vertrauen in Mitmenschen empirisch feststellen⁴. Bisherige empirische Erkenntnisse zum Zusammenhang von Religiosität und Vorurteilen sind nicht eindeutig. In den wenigen Studien, die sich mit dieser Fragestellung befassen, werden Religiosität, Diskriminierungstendenzen und Vorurteile uneinheitlich definiert. Lässt sich mittlerweile dennoch ein vorläufiges Bild aus den Daten skizzieren?

I. Was ist Religiosität?

Religiosität hat durch Enttraditionalisierung, Säkularisierung und Individualisierung einen Bedeutungswandel erfahren: religiöse Einstellungen und damit verbundene Theorie oder Praxis sind nicht mehr einhellig, sie sind nicht bloß konfessio-

nell und kulturell stark verschieden. Religiosität wird deshalb im Religionsmonitor in sechs unterscheidbaren Kerndimensionen abgebildet, die in einem Index der Zentralität zusammengefasst werden können (vgl. Abbildung 1). Wenn dieser Summenindex auch stark mit der in Bevölkerungsumfragen üblichen Selbsteinschätzung der Religiosität korreliert, so verweist das Modell doch darauf, welche individuell unterschiedlichen Vorstellungen sich hinter diesem einen Begriff verbergen. Unsere Frage nach dem Zusammenhang von christlicher Religiosität und Diskriminierungstendenzen sollte diesen unterschiedlichen Dimensionen der Religiosität Rechnung tragen.

II. Was sind Diskriminierungstendenzen?

Wörtlich heißt Diskriminierung zunächst nichts weiter als Unterscheidung. Menschen treffen fortwährend Unterscheidungen, teilen ein, kategorisieren ihr Gegenüber. Soziologie wie Sozialpsychologie verweisen auf deren Notwendigkeit, um Routinen entwickeln, spontan reagieren, sich auf Rituale verlassen zu können – kurz, um (Verhaltens-)Sicher-



Dr. phil. habil.
Hilke Rebenstorf

Soziologin, wissenschaftliche Referentin am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD
hilke.rebenstorf
@si-ekd.de

	Allgemeine Intensität der Kerndimensionen		Intensität spezifischer religiöser Themen
KERNDIMENSIONEN	Theistische Semantik	Pantheistische Semantik	
Intellekt	Interesse an religiösen Themen		Religiöse Reflexivität; religiöse Suche; Theodizee; spirituelle und religiöse Bücher
Ideologie (Glaube)	Glaube an Gott oder etwas Göttliches		Gottesbilder; Weltbilder; religiöser Pluralismus; relig. Fundamentalismus; sonstige relig. Vorstellungen
Öffentliche Praxis	Gottesdienst, Gemeinschaftsgebet, Tempelbesuch, spirituelle Rituale		
Private Praxis	Gebet	Meditation	Pflichtgebet; Hausaltar
Erfahrung	Du-Erfahrung	Einheits-Erfahrung	Religiöse Gefühle
Konsequenzen	Allgemeine Alltagsrelevanz der Religion		Relevanz der Religion in elf Lebensbereichen
ZENTRALITÄT	Summenindex zur Zentralität theistischer und pantheistischer Semantik		Religiöses und spirituelles Selbstkonzept

Quelle: Huber, Stefan (2009): Aufbau und strukturierende Prinzipien des Religionsmonitors, in: Religionsmonitor 2008. Herausgegeben von der Bertelsmannstiftung, Gütersloh, S. 21.

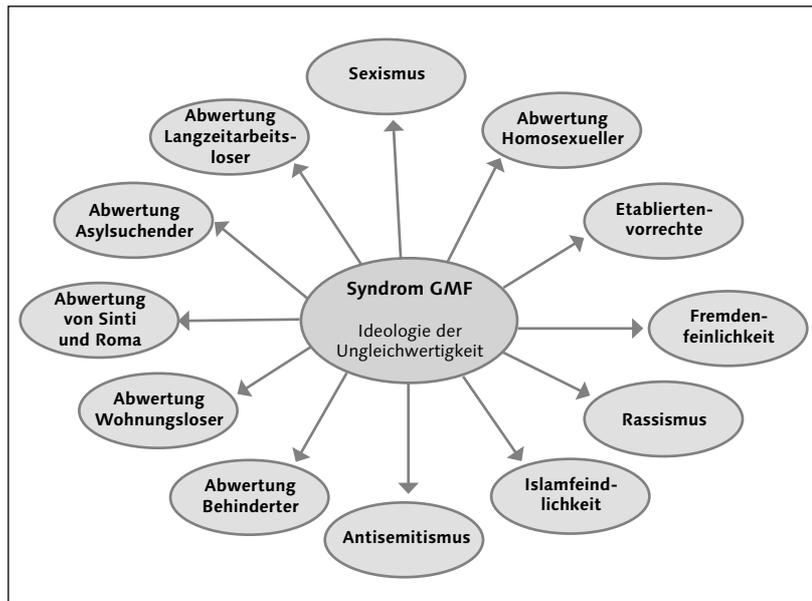
Abbildung 1: Dimensionen der Religiosität

¹ Auf Wunsch der Autorin wurde in diesem Beitrag eine von den übrigen Artikeln abweichende Gender-Schreibweise verwendet.

² So der Titel eines Beitrages von Ulrich Beck in der ZEIT vom 20.12.2007.

³ Siehe z.B. Seidelmann, S. (2012): Evangelisch engagiert – Tendenz steigend. Hannover; Lidhegener, A./Werkner, I.-J. (Hrsg.) (2011): Religion zwischen Zivilgesellschaft und politischem System. Wiesbaden; Pickel, G. (2014): Religiöses Sozialkapital – Integrationsressource für die Gesellschaft und die Kirchen? In: E. Arens (Hrsg.): Integration durch Religion? Baden-Baden, S. 41–61.

⁴ Pollack, D./Müller, O. (2013): Religionsmonitor – verstehen was verbindet. Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland.



Quelle: Zick, Andreas/Klein, Anna (2014): Fragile /Mitte-Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, Bonn, S. 64.

Abbildung 2: Das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit 2014

⁵ Die Arbeiten von Erving Goffman und Alfred Schütz stehen beispielhaft dafür.

⁶ Vgl. für einen Kurzüberblick: Küpper, B. (2010): Zum Zusammenhang von Religiosität und Vorurteil. Eine empirische Analyse. In: Ethik und Gesellschaft, 2/2010, S. 5f.

⁷ Küpper a.a.O., S. 6–11.

⁸ Bis 2012 waren als verantwortliche Wissenschaftler Oliver Decker und Elmar Brähler beteiligt, die Studie 2014 führten sie ohne Kooperation mit der FES durch. Die FES kooperierte 2014 mit dem IKG Bielefeld (vgl. FN 9).

⁹ Primärforscher waren Wilhelm Heitmeyer und Andreas Zick, siehe auch: http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF_Survey.html

¹⁰ Küpper, B./Zick, A. (2014): Schützt Religiosität vor Menschenfeindlichkeit oder befördert sie sie? In: A. Bieler/H. Wrogemann (Hrsg.): Was heißt hier Toleranz? Neukirchen-Vluyn, S. 160.

¹¹ Küpper, B./Zick, A. (2010): Religion and Prejudice in Europe. New empirical findings. London. Online frei verfügbar.

heit zu entwickeln und sozialen Umgang pflegen zu können⁵. Problematisch werden Unterscheidungen, wenn sie mit Wertungen, Vorurteilen, Herabsetzungen und Benachteiligungen einhergehen, wofür der Begriff der Diskriminierung nun seit Jahrzehnten steht. Von Diskriminierung betroffen sind demnach Menschen, die einer ethnisch, religiös oder auf andere Art sozial definierten Gruppe zugehören.

Ein elaboriertes Konzept zur Vorurteilsforschung wurde am Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld erarbeitet. Ausgehend von der Erkenntnis, dass ein Vorurteil selten allein kommt, entwickelte die Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer das „Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF). Im Zentrum steht dabei die Ideologie der Ungleichwertigkeit, die sich in unterschiedlichen Einstellungen und Phänomenen äußert, zum Beispiel in Sexismus, Antisemitismus, Homophobie und Islamfeindlichkeit, wie auch in der Abwertung Obdachloser, Langzeitarbeitsloser oder Behinderter (vgl. Abbildung 2). Auch Vorurteile erfüllen Funktionen, dienen der Stabilisierung – aber, im Unterschied zur einfachen wertneutralen Unterscheidung, auf Kosten Dritter⁶.

III. Empirische Studien zum Verhältnis von Religiosität und Diskriminierungstendenzen

a) Ein Überblick

Studien aus den USA zeigen meist, dass mit zunehmender Religiosität auch die Vorurteile gegenüber spezifischen Gruppen (Homosexuellen, Angehörigen anderer Religionen) ansteigen⁷. Für Deutschland gibt es wenige Daten zu diesem The-

ma. Neben der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus), die alle zwei Jahre mit wechselnden Schwerpunkten Einstellungen zu Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Ähnlichem erhebt, gibt es zwei Langzeitbeobachtungen, die sich dezidiert mit Ungleichwertigkeitsideologien befassen: zum einen die sogenannten „Mitte-Studien“, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) seit 2004 jeweils im 2-Jahres-Abstand durchgeführt werden⁸ und die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in der Bundesrepublik im Zeitverlauf nachzeichnen. Zum zweiten die bereits erwähnte Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), die von 2002 bis 2012 ebenfalls mit Erhebungen im Abstand von jeweils zwei Jahren am IKG in Bielefeld durchgeführt wurde⁹. Vorurteile beziehungsweise Diskriminierungstendenzen und Religiosität wurden in diesen Studien jeweils unterschiedlich operationalisiert, so dass die Ergebnisse nicht unmittelbar vergleichbar sind. Es ist jedoch möglich, innerhalb der jeweiligen Studien verschiedene Gruppen miteinander zu vergleichen und in einer Zusammenschau Tendenzen herauszuarbeiten. Allerdings ist in keiner dieser Untersuchungen Religiosität nur annähernd so komplex erfasst, wie es entsprechend des Modells im Religionsmonitor erfolgen müsste.

In den Mitte-Studien der FES wurde lediglich die Konfessionszugehörigkeit erhoben, so dass nur zwischen Christ_innen und nicht konfessionell Gebundenen unterschieden werden kann. In den Untersuchungen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurde die Religiosität als Selbsteinschätzung mit einer 4-stufigen Skala erhoben. Zusätzlich wurde noch versucht, religiösen Fundamentalismus zu erfassen mit den Fragen: „Meine Religion ist die einzig wahre“ beziehungsweise „Mein Glaube ist den anderen überlegen“¹⁰. In einer europäischen Vergleichsstudie¹¹ wurde noch zusätzlich die Kirchengangshäufigkeit erfragt.

Der Allbus 2012 (Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften) mit dem Schwerpunkt Religion und Glauben erhob noch zahlreiche weitere Merkmale wie zum Beispiel die Wichtigkeit von Religion im Leben, die Häufigkeit des Betens, die Gottesvorstellung (persönlicher Gott – höhere Macht/geistiges Wesen – gibt es gar nicht). Die European Values Study (EVS) von 2008 ist ähnlich dem Allbus 2012 strukturiert.

b) Die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung In den Mitte-Studien gibt es vier Dimensionen des Rechtsextremismus, die als gleichbedeutend mit Diskriminierungstendenzen gelten können: Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus. Die Verteilung dieser Einstellung zwischen den Angehörigen der christlichen Konfessionen und Konfessionslosen ist uneinheitlich. Im Jahr 2010 stimmten die Kirchenmitglieder allen vier Dimensionen stärker zu als Konfessi-

onslose, im Jahr 2012 war das genaue Gegenteil der Fall.

c) Der GMF-Survey 2007

Die Daten des GMF-Survey 2007 wurden durch Beate Küpper dezidiert unter der Perspektive des Zusammenhangs von Religiosität und Vorurteilen analysiert¹². Ein deutlicher Zusammenhang besteht demnach zwischen Religiosität und Sexismus, Homophobie, Rassismus und der Abwertung Langzeitarbeitslosen. Je religiöser die Befragten sich selbst einstufen, umso stärker ist ihre Diskriminierungstendenz gegenüber Frauen, Homosexuellen, Menschen anderer ethnischer Zugehörigkeit und Langzeitarbeitslosen. In Bezug auf Fremdenfeindlichkeit und die Abwertung Behinderter sind es nicht die „sehr religiösen“, sondern die „eher religiösen“ Menschen, die besonders ablehnend sind. Der Antisemitismus findet gleichermaßen Zustimmung unter sehr religiösen und den gar nicht religiösen Personen. Keinen Zusammenhang gibt es zwischen Religiosität und Islamfeindlichkeit sowie der Abwertung Obdachloser.

Die Vorurteilsforschung hat nachgewiesen, dass Diskriminierungstendenzen auf ein ganzes Bündel von Ursachen zurückzuführen sind. Deshalb hat Küpper die Bedeutung der Religiosität zur Erklärung von Vorurteilen im Vergleich zu anderen bekannten Einflussfaktoren berechnet. Wie Abbildung 3 zu entnehmen ist, stellt Religiosität nur einen recht kleinen Teil bei der Erklärung von Vorurteilen beziehungsweise Diskriminierungstendenzen (4,5 %). Deutlich größer sind die Anteile, die weitere Persönlichkeitsmerkmale wie Autoritarismus oder Ideologien wie Nationalstolz, soziodemografische Faktoren und Indikatoren sozialer Desinte-

gration wie Anomie, Machtlosigkeit, finanzielle Zukunftsängste und Ähnliches beitragen. Hinter der einfachen Frage „Würden Sie sich persönlich als sehr religiös, eher religiös, eher nicht religiös oder überhaupt nicht religiös bezeichnen?“, verbergen sich eben sehr unterschiedliche Formen von Religiosität (vgl. Abbildung 2), von denen manche mit Diskriminierungstendenzen eher einher gehen mögen, andere nicht. In der Auswertung der in acht europäischen Ländern vergleichend durchgeführten Studie „Religion and Prejudice in Europe“ halten Küpper und Zick denn auch fest:

„... the more religious Europeans are, the more prejudiced they are on average. However, the positive correlation between religiousness and intolerance is not very strong, which means that even though this is the average trend, there are plenty of individuals who are religious and not prejudiced. [...] it is important to note that not every type of religiousness is equally problematic.“¹³

Es ist weniger die Selbsteinstufung als religiös, die problematisch ist, als vielmehr die Einstellung, die eigene Religion sei anderen überlegen.

d) Die European Values Study 2008 und Allbus 2012

Religiosität ist ein komplexes Phänomen und wie eben gezeigt, trägt eine religiöse Selbsteinstufung relativ wenig zur Erklärung von Vorurteilen bei. Eine eigene Auswertung¹⁴ der Daten der European Values Study 2008 und des Allbus 2012 können helfen, noch etwas präziser der Frage nachzugehen,

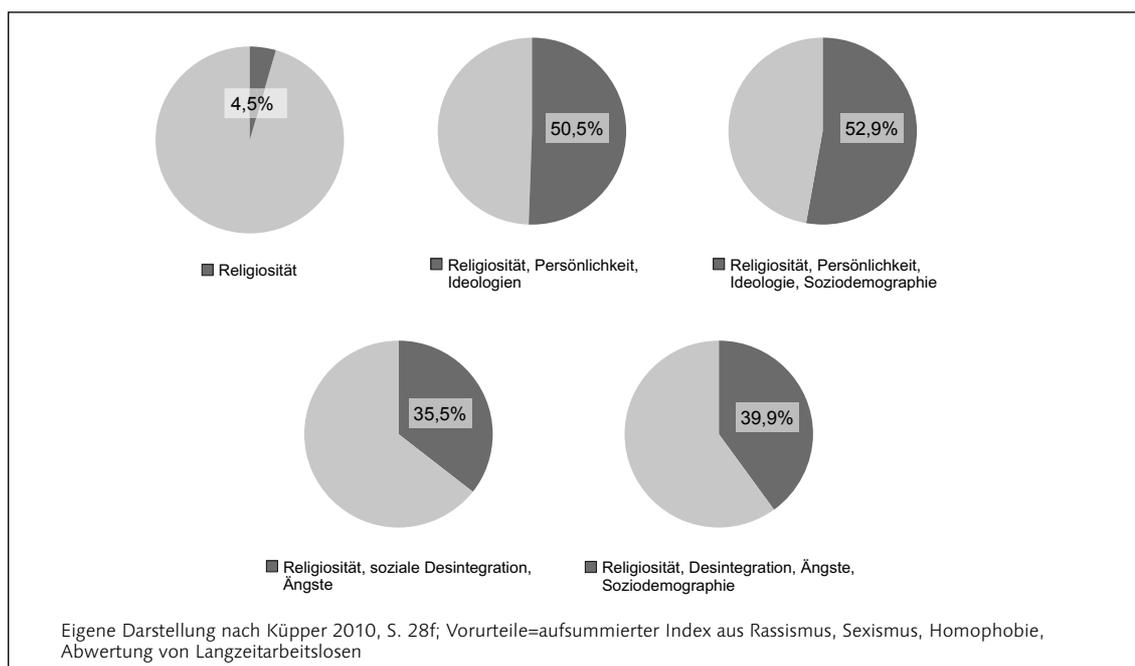


Abbildung 3: Erklärung von Vorurteilen durch Religiosität und andere Faktoren auf Basis von Daten des GFM-Projektes (multiple Regressionsanalyse; erklärte Varianz)

¹² Vgl. Fußnote 6: Küpper (2010).

¹³ Siehe Fußnote 11: Küpper/Zick (2010), S. 44.

¹⁴ Die Analyse wurde durchgeführt als Teil der EKD-Studie zu Vorurteilsstrukturen und menschenfeindlichen Einstellungen unter Kirchenmitgliedern, entsprechend eines Beschlusses der EKD-Synode 2013.

welche Art von Religiosität problematisch ist – und welche vor Diskriminierungstendenzen schützt. Religiosität wurde in diesen Studien gemessen über die Frage zur Konfessionszugehörigkeit, der subjektiven Religiosität und der Kirchengangshäufigkeit. Die Kerndimension Ideologie (Glaube) wurde mit zwei Fragen erfasst:

Religiöse Wahrheit:

- Es gibt nur eine wahre Religion.
- Es gibt nur eine wahre Religion, aber auch in anderen Religionen finden sich grundlegende Wahrheiten.
- Es gibt nicht nur eine wahre Religion, sondern in allen großen Weltreligionen finden sich einige Grundwahrheiten.
- Keine der großen Religionen bietet irgendwelche Wahrheiten.

Glaube an Gott / Überzeugungen

- Es gibt einen persönlichen Gott.
- Es gibt irgendein höheres Wesen oder eine geistige Macht.
- Ich weiß nicht richtig, was ich glauben soll.
- Ich glaube nicht, dass es einen Gott, irgendein höheres Wesen oder eine geistige Macht gibt.

Anhand einiger Beispiele lässt sich zeigen, unter welchen Bedingungen auch christliche Religiosität Diskriminierungstendenzen fördert und welche auch christlichen religiösen Haltungen hiervoor schützen.

Homophobie in der einfachen Variante, dass Homosexuelle in der Nachbarschaft nicht erwünscht sind, ist besonders ausgeprägt bei Menschen, die meinen, es gebe nur eine wahre Religion und denen, die häufig in die Kirche gehen (Abbildung 4). Während von allen Befragten „nur“ 17 % keine Homosexuellen in der Nachbarschaft wünschen, ist es bei diesen Gruppen jeweils rund ein Drittel. Deutlich unterdurchschnittlich verbreitet ist die Ablehnung unter den religiös toleranten Personen (jede Welt-

religion enthält grundlegende Wahrheiten), die sogar deutlich offener sind als diejenigen, die meinen, keine Religion enthalte irgendwelche Wahrheiten. Einen deutlichen Unterschied gibt es auch unter Mitgliedern der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche: Katholiken lehnen Homosexuelle in der Nachbarschaft in stärkerem Maße ab als Protestanten. Diese Gruppen überlagern sich natürlich zum Teil: Wer der Ansicht ist, nur eine Religion sei wahr, geht in der Regel auch häufiger in die Kirche.

Eine gleichzeitige Prüfung des Einflusses der Einstellungen zur Religion sowie weiterer soziodemografischer Merkmale, von denen man weiß, dass sie Diskriminierungstendenzen beeinflussen, zeigt: Die Ablehnung von Homosexualität wird befördert durch den Glauben, es gebe Wahrheit nur in einer Religion, durch häufigen Kirchengang, durch höheres Alter und männliches Geschlecht. Gegenteilig wirken die Überzeugung, dass alle Weltreligionen Grundwahrheiten enthalten, das Leben in größeren Orten und höhere Schulbildung.

Auf die Ablehnung jüdischer Nachbarschaft hat die Tendenz zum religiösen Fundamentalismus den gleichen Effekt wie auf Homosexualität. Die Ablehnung ist jedoch auch besonders hoch unter Menschen, die eher atheistische Überzeugungen vertreten („es gibt weder einen Gott noch ein höheres Wesen oder eine geistige Macht“, „keine Religion enthält irgendwelche Wahrheiten“). Die antijüdische Haltung ist unter Konfessionslosen sowie ehemaligen Mitgliedern der evangelischen oder römisch-katholischen Kirche deutlich höher als unter Kirchenmitgliedern (vgl. Abbildung 5).

Eine simultane Prüfung des Einflusses von religiösen Haltungen mit soziodemografischen Variablen auf einen komplexeren Antisemitismusindex¹⁵

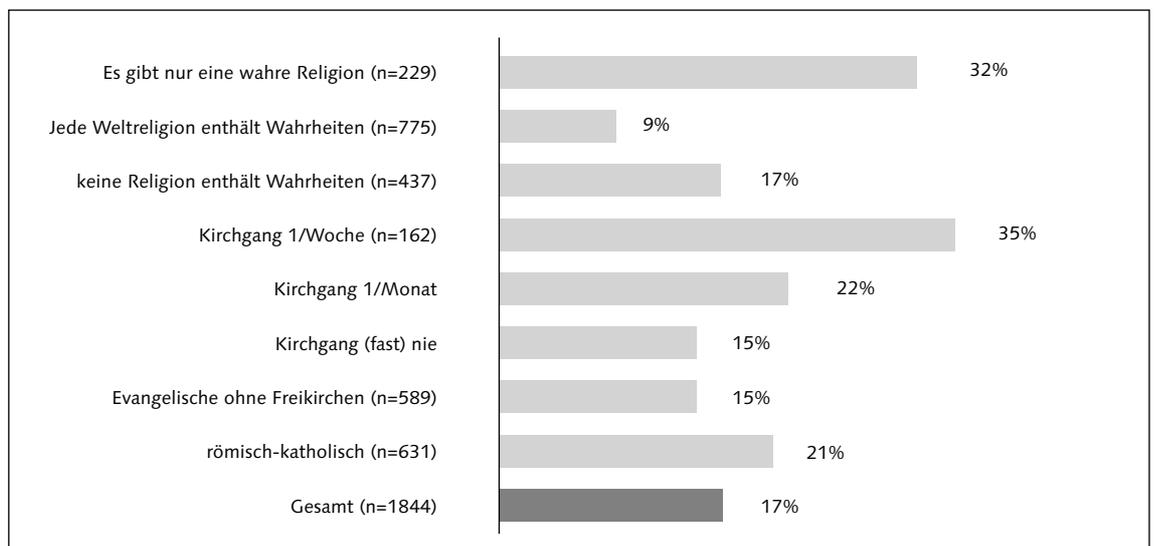


Abbildung 4: Homosexuelle als Nachbar_innen nicht erwünscht – nach religiöser Toleranz, Kirchengangshäufigkeit und Konfession (EVS 2008)

¹⁵ Zusammengesetzt aus drei Aussagen: Juden haben zu viel Einfluss auf der Welt, Juden nutzten die Vergangenheit schamlos aus, Juden sind nicht ganz unschuldig an ihrer Verfolgung. Allbus 2012.

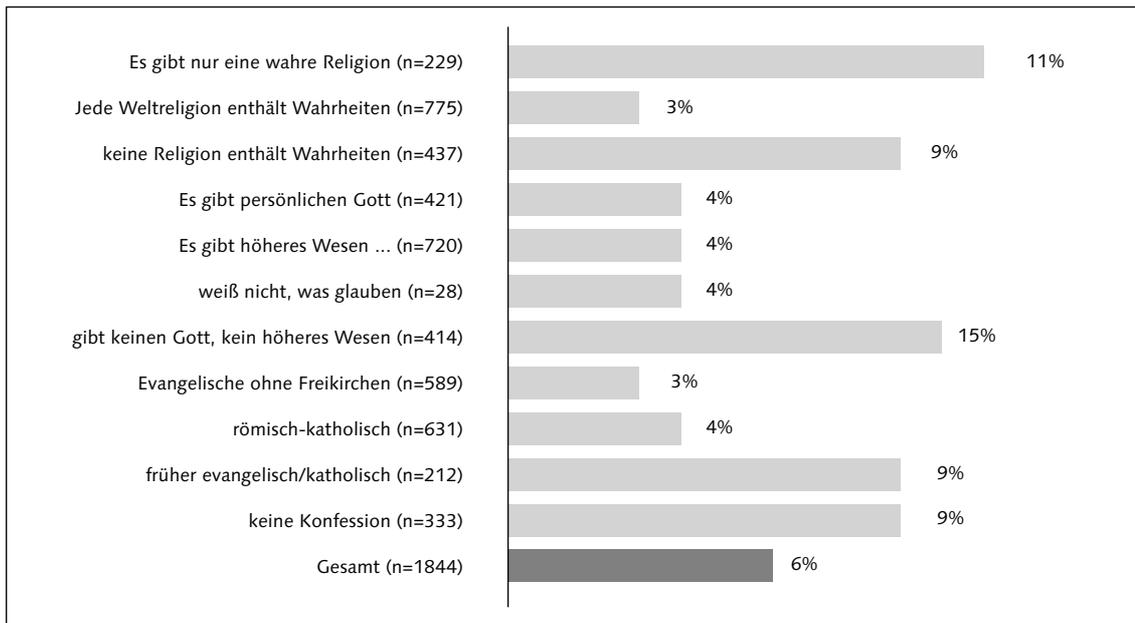


Abbildung 5: Jüdische Nachbar_innen nicht erwünscht – nach religiöser Toleranz, Gottesglauben und Konfession (EVS 2008)

modifiziert dieses Ergebnis ein wenig. Den stärksten Einfluss auf antisemitische Einstellungen haben dann Bildung und Alter: Je niedriger die Bildung und je höher das Alter, umso stärker antisemitisch. Auch die Wichtigkeit, an Gott zu glauben, befördert antisemitische Haltungen, doch die Einstellung, alle Weltreligionen enthalten Grundwahrheiten, wirkt wiederum protektiv.

Bei der Einstellung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund zeigt sich ein durchwachsendes Bild (vgl. Abbildung 6): Insgesamt sind 48 % der Bevölkerung 2008 der Ansicht, dass bei knapp werdenden Arbeitsplätzen „Arbeitgeber Deutsche gegenüber Ausländern bevorzugen“¹⁶ sollten.

Überdurchschnittlich häufig sind Personen dieser Ansicht, die meinen, Wahrheit gebe es nur in einer Religion, aber auch Personen, die meinen, keine Religion sei wahr. Es sind Mitglieder der römisch-katholischen Kirche als auch Konfessionslose, es sind häufige Kirchgänger_innen wie auch Kirchgangsabstinente. Unterdurchschnittlich häufig wird diese Ansicht geteilt von Menschen, denen Religion in ihrem Leben sehr wichtig ist, die weniger häufig in die Kirche gehen und die der Ansicht sind, jede Weltreligion enthalte Grundwahrheiten.

Bei gleichzeitiger Prüfung von Merkmalen der Religiosität und Soziodemografie auf einen komple-

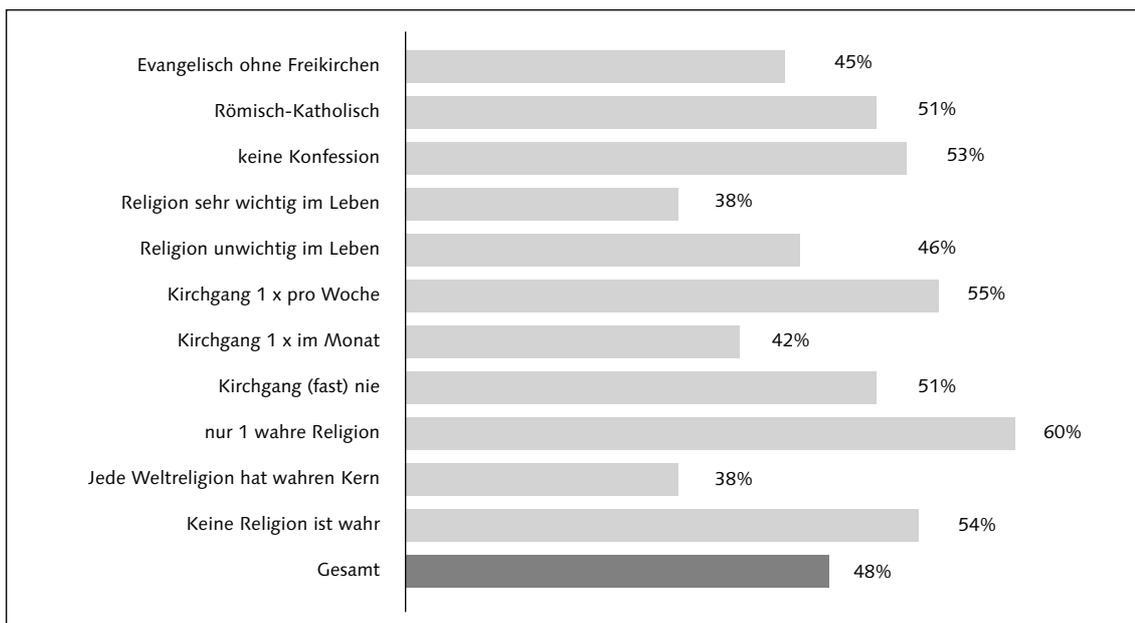


Abbildung 6: „Wenn die Arbeitsplätze knapp sind, sollten die Arbeitgeber Deutsche gegenüber Ausländern vorziehen“ (EVS 2008)

¹⁶ So die Formulierung im Fragebogen.

¹⁷ Vier Aussagen im Allbus 2012.

xeren Index zur Ausländerfeindlichkeit¹⁷ zeigt sich erneut, dass Bildungsabschluss und Alter die stärkste Erklärung zukommen: Je niedriger der Bildungsabschluss und je höher das Alter, umso feindlicher gegenüber Migranten_innen. Auch ostdeutsch zu sein, erhöht die Ausländerfeindlichkeit. Im Hinblick auf die Religiosität wirken verstärkend auf die Ausländerfeindlichkeit sowohl die Überzeugung, es gebe Wahrheit nur in einer Religion wie auch die Ansicht, in keiner Religion gebe es irgendeine Wahrheit.

Ein ähnliches Erklärungsmuster wie für die Ausländerfeindlichkeit findet sich auch bei der Islamophobie: Moslems in der Nachbarschaft werden überdurchschnittlich häufig abgelehnt von Konfessionslosen, von Menschen, denen Religion im Leben unwichtig ist, und von denjenigen, die meinen, keine Religion enthalte Wahrheiten. Ebenfalls überdurchschnittlich ablehnend sind die häufigen Kirchgänger_innen und wer meint, es gebe Wahrheit nur in einer Religion. Protektiv wirkt wiederum: „Jede Weltreligion enthält Grundwahrheiten“ und „Religion ist im Leben sehr wichtig“. Auch dieses Bild bestätigt sich bei der Prüfung des gleichzeitigen Einflusses von religiösen und soziodemografischen Merkmalen auf einen komplexen Index „Islamfeindlichkeit“.

IV. Zusammenfassung

Die Frage nach dem Zusammenhang von christlicher Religiosität und Diskriminierungstendenzen lässt sich auf Basis des bisherigen Erkenntnisstandes im Grunde genommen auf drei fast schon banal klingende Formeln reduzieren:

1. (Christlich) religiöse Menschen haben stärkere Vorbehalte gegenüber Homosexuellen und beugen der Gleichheit der Geschlechter reservierter als nicht (christlich) religiöse Menschen.
2. (Christlich) religiöser Fundamentalismus („Wahrheit gibt es nur in einer Religion“), der meist auch noch in engem Zusammenhang mit der Vorstellung von einem persönlichen Gott steht, befördert Diskriminierungstendenzen. Religiöse Toleranz („in allen großen Weltreligionen finden sich einige Grundwahrheiten“), die in engem Zusammenhang steht mit der Vorstellung von einem höheren Wesen/einer geistigen Macht, schützt hingegen davor.
3. Ausländerfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit werden durch dezidierten Atheismus: „Keine der großen Religionen bietet irgendwelche Wahrheiten“, der in Zusammenhang steht mit der Ablehnung irgendeines Gottesglaubens, etwa gleich stark gefördert wie durch fundamentalistische christliche Religiosität.

Auch christliche Religiosität unterscheidet sich insofern nicht von anderen Glaubens- und Überzeugungssystemen, die, sobald sie einen Absolutheitsanspruch enthalten, intolerant gegenüber ‚Anderen‘ werden und Diskriminierungstendenzen befördern.

Es handelt sich bei christlicher Religiosität um ein komplexes Phänomen von Glauben und Praktiken, das bislang noch nicht in ausreichendem Maße mit Vorurteilsstrukturen empirisch geprüft wurde.

» Diskriminiert wegen fehlender Bildungschancen

Prominente Forschungen über die Selektivität des Bildungssystems gibt es heute zuhauf¹ und alle Befunde kommen überein: Das Phänomen bleibt resistent. Umso mehr wundert es, dass diese Studien sich bei Aussagen über strukturelle und institutionelle Diskriminierungen zurückhalten und nur sehr vorsichtig Programmangebote für sozial Benachteiligte anstoßen. Das war schon einmal anders. Paradigmatisch stehen hierfür die Befunde der empirischen Erwachsenenbildungsstudie „Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein“ von 1966.² Die Ergebnisse dieser Studie sind sehr offensiv und problemorientiert formuliert und noch immer relevant für die Diskussionen in der Erwachsenenbildung, auch wenn sich heute vor allem auf das sogenannte ‚abgehängte Drittel der Gesellschaft‘ konzentriert wird. So resümiert die Studie:

„Aus einer gehobenen Sozialschicht und günstigen ökonomischen Verhältnissen zu stammen, Eltern mit höherer Schulbildung (...) zu haben, in einer mittleren bis großen Stadt zu wohnen, männlichen Geschlechts und evangelisch oder konfessionslos zu sein, erleichtert sicher nicht in jedem Einzelfall, wohl aber im ganzen die Wahrnehmung der prinzipiell allen offenstehenden Bildungschancen. Umgekehrt häufen sich die Hindernisse für die Angehörigen der unteren Sozialschicht und bei ungünstigen finanziellen Bedingungen, bei relativ kurzfristiger Schulbildung und beruflicher Immobilität der Eltern, bei Bewohnern kleiner und kleinsten Ortschaften, bei Katholiken sowie Frauen und Mädchen. (...) In eine erste Schicht der Bildungshindernisse wird ein Mensch gleichsam hineingeboren (...) In einer zweiten Schicht (...) erweist sich die Tatsache, keine weiterführende Schule besucht zu haben, (...) als ein neues Bildungshindernis im Hinblick auf die Weiterbildung. Die geringe Weiterbildungsbeteiligung der ehemaligen Volksschulbesucher hat das in aller Deutlichkeit gezeigt. In solcher Lage vermag die Weiterbildung, die dann noch möglich ist, kaum etwas an dem Lebensschnitt der Menschen zu ändern. (...) Eine dritte Schicht wird durch das meistens erst später im Berufsleben eintretende Frustrationserlebnis markiert, durch den Augenblick, in dem das Gefühl der Benachteiligung durch ungenügende Schulbildung und als Folge davon die Unerfüllbarkeit bestimmter Berufswünsche und Lebenspläne als end-

gültig erfahren wird. Dieses Frustrationserlebnis (...) ist ein Bildungshindernis von besonders nachhaltiger und tiefgreifender Wirkung.“³

In den letzten fünfzig Jahren ist hier wenig passiert. Die Charakterisierung der sozialen Oberschicht sowie derjenigen, die aufgrund ihres Bildungsabschlusses nicht nur geringe Aufstiegschancen, sondern zudem ein biografisch sich verfestigendes Desinteresse an Weiterbildung haben, trifft weitgehend auch für die Gegenwart zu. Lediglich bei den Bildungschancen von Frauen, der ländlichen Bevölkerung und der berufstätigen Arbeiterschaft sind positive Veränderungen zu konstatieren. Das Bild der katholischen jungen Frau vom Land, die benachteiligt ist, stimmt heute nicht mehr, doch die Aussagen über Geringverdienende, Arbeitslose, Rentner und Sozialhilfeempfänger, die dauerhaft von Erfahrungen gesellschaftlichen Ausschlusses geprägt sind, sind aktuell. Diese systematisch ausgegrenzten Gruppen sitzen in gewisser Weise immer noch in der schon 1966 empirisch erwiesenen Abwärtsspirale und geben ihre lebensgeschichtlich erworbene Resistenz gegenüber Bildungsangeboten weiter.

Es ist vor allem diese durchgreifende Exklusion, die den inneren sozialen Zusammenhalt nachhaltig bedroht und in Krisenzeiten schließlich sogar die Solidarisierung und Aufstiegsideale zu zerstören droht. Sie hat in weiten Teilen der Bevölkerung kollektive Ängste und Aggressionen zur Folge, die heute vermehrt auch wieder in Form aufklärungsresistenter Vorurteile und Xenophobie auftreten. Damals wie heute lauten die Fragen: Was sind die effektiven Angebote der Erwachsenenbildung gegen solche Diskriminierungen und Vorurteile? Wie gelingt es die seit langem konstatierten Tiefenschichten von Enttäuschung und Selbstblockade zu reduzieren? Wie lassen sich die seit 1966 empirisch nachgewiesenen ‚Bildungshindernisse‘ und deren besonders nachhaltig negative Wirkung überwinden?



Klaus Heuer

Deutsches Institut für
Erwachsenenbildung
Leibniz-Zentrum für
Lebenslanges Lernen e.V.
Bonn
heuer@die-bonn.de

¹ Adult Education Survey 2012, nationaler Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2014“ u.a.

² Strzelewicz, W./Raapke, H.-D./Schulenberg, W. (1966): Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein. Göttingen.

³ S. o. A.: S. 608f.

» Bildungcontrolling – ungenutztes Potenzial



Burkard Fuchs

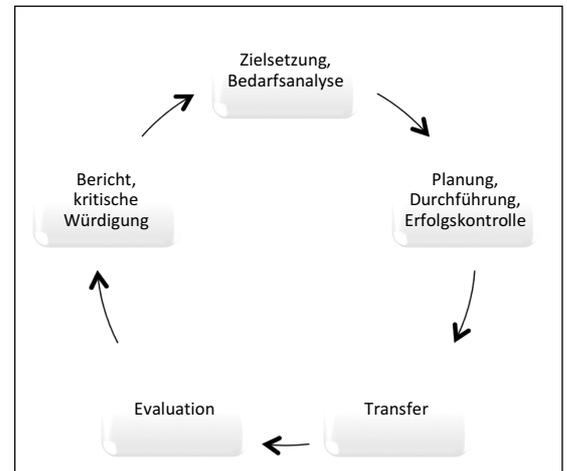
Erwachsenenbildung (M.A.)
Stadt Würzburg / Integrationsarbeit von Asylbewerbern und Flüchtlingen
info@burkhard-fuchs.de
www.burkhard-fuchs.de

Bildungscontrolling (BC) als Ansinnen, den Erfolg oder vielmehr das Ergebnis von Bildung messen und bewerten zu wollen, ist ein relativ neues Phänomen. Unter BC versteht man die Anwendung von Controllingmethoden, -prinzipien und -mechanismen auf den gesamten (Weiter-)Bildungsprozess mit der Intention, diesen unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zu optimieren. Planung, Durchführung und Evaluation von Maßnahmen beruflicher Weiterbildung erfordern dabei sowohl eine Bewertung der Ausgangssituation als auch der ablaufenden Prozesse und der erzielten Ergebnisse. Als umfassendes Personal- und Organisationsentwicklungskonzept soll mit Hilfe von BC die Effizienz und Effektivität von Qualifizierungsaktivitäten erfasst, gesteuert und gegebenenfalls verbessert werden. Die Fachdiskussion um Bildungscontrolling ist aktuell wieder deutlich virulenter geworden, nachdem sie einige Jahre weniger lebhaft geführt wurde. In der praktischen Umsetzung des Konzeptes BC fehlt jedoch, trotz einer breiten theoretischen Fundierung und einer Vielzahl von Anwendungsmodellen, die letzte Konsequenz.

Erstaunlich ist die Beobachtung, dass Unternehmen, die Initiatoren und Finanzgeber von Bildungsaktivitäten sind, oftmals das Ergebnis ihrer Qualifizierungsaktivitäten nicht weitergehend zu interessieren scheint. Es ist zwar schwierig, umfassende und valide Informationen über die breite Anwendung von Bildungscontrolling in Organisationen zu gewinnen, die Mehrzahl der Autoren gelangt jedoch zu dem Ergebnis, dass Bildungscontrolling bisher in Unternehmen in nahezu allen Sparten signifikant unterrepräsentiert ist. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen führen BC entweder überhaupt nicht oder nur fragmentarisch durch. Die Gründe hierfür liegen offensichtlich nur zum Teil in der Komplexität des Bildungscontrollings beziehungsweise in dem Umstand begründet,

Bildungscontrolling findet in Unternehmen nicht statt

Erstaunlich ist die Beobachtung, dass Unternehmen, die Initiatoren und Finanzgeber von Bildungsaktivitäten sind, oftmals das Ergebnis ihrer Qualifizierungsaktivitäten nicht weitergehend zu interessieren scheint. Es ist zwar schwierig, umfassende und valide Informationen über die breite Anwendung von Bildungscontrolling in Organisationen zu gewinnen, die Mehrzahl der Autoren gelangt jedoch zu dem Ergebnis, dass Bildungscontrolling bisher in Unternehmen in nahezu allen Sparten signifikant unterrepräsentiert ist. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen führen BC entweder überhaupt nicht oder nur fragmentarisch durch. Die Gründe hierfür liegen offensichtlich nur zum Teil in der Komplexität des Bildungscontrollings beziehungsweise in dem Umstand begründet,



Bildungskreislauf

dass oftmals in kleinen und mittleren Betrieben die personellen und finanziellen Ressourcen für die Implementierung fehlen.

Vielmehr steht zu vermuten, dass in Organisationen über die Ziele, die mit einer Weiterbildung erreicht werden sollen, oftmals keine Klarheit herrscht. Der Kreislauf, der einer Qualifizierung zu Grunde liegt, beginnt aber mit der Definition eines Bildungsziels, das sich zwingend aus organisationalen Zielen ableiten muss. Er endet entsprechend mit einer kritischen Würdigung, also der Frage, in welchem Grad dieses Ziel erreicht wurde. Eine Frage, die sinnvollerweise nur derjenige beantworten kann, der eingangs das Ziel definiert hat. Fehlt es nun bereits an der Zieldefinition, muss es nicht verwundern, wenn kein Interesse an der Feststellung und Beurteilung des Erreichungsgrades besteht.

In Zeiten aber, in denen sich jedwede Investition an Kriterien der Effektivität und Effizienz messen lassen muss und der Return on Investment die Kalkulation bestimmt, bleibt ein derartiges Desinteresse am Erfolg von Qualifizierungsaufwendungen eher irritierend.

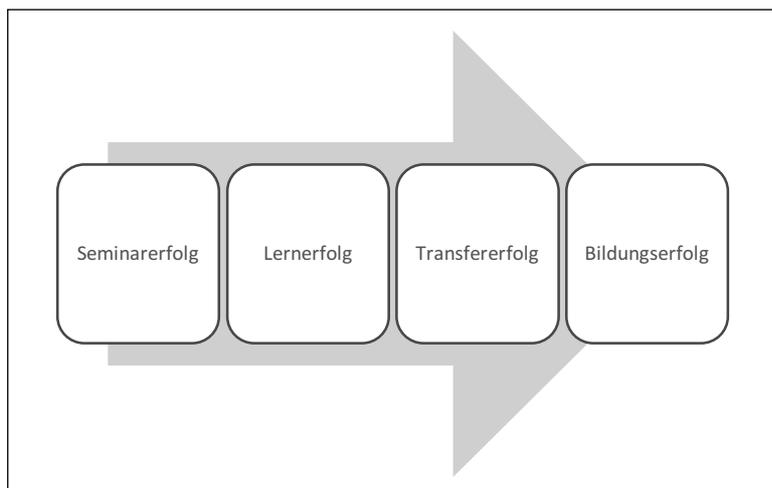
Wenn Bildungscontrolling doch angewendet wird, dann wird es falsch angewendet

Der Bildungsprozess stellt das zentrale Objekt des Controllings dar, wobei Bildungscontrolling, eben weil es an den gesamten Organisationszielen ausgerichtet ist, neben operativen Perspektiven zusätzlich die der strategischen Organisations- und Personalentwicklung umfasst. Das bedeutet, dass über den

Vorgang der Wissensvermittlung hinaus auch die Anwendung des Gelernten im Funktionsfeld und die mittel- bis langfristigen Auswirkungen der Bildungsmaßnahme auf die Organisation berücksichtigt werden müssen. Es werden hierbei also deutlich mehr Faktoren als die eigentliche Qualifizierungsmaßnahme betrachtet. In diesem Zusammenhang sind Aspekte wie beispielsweise Kostentransparenz, Steuerung, Information und Kontrolle zu nennen. Das Controlling zielt auf die Feststellung der strategischen, langfristigen Wirkungen ab und ist mit hin am Outcome orientiert. Um dieses ermitteln zu können, gibt es verschiedene Tools. Das bekannteste dieser Modelle ist das 4-Ebenen-Modell von D. Kirkpatrick. Er unterscheidet darin die nebenstehenden Erfolgsstufen für eine Bildungsmaßnahme. Aus Organisationsperspektive ist dabei die einzige Ebene, auf der Outcome beurteilt werden kann, diejenige des Bildungserfolges. In der Praxis erheben die wenigen Unternehmen, die ihre Bildungsaktivitäten hinterfragen, jedoch üblicherweise nur in der Form Informationen, als – etwa 30 Minuten vor Seminarende – sogenannte „Happy Sheets“ ausgeteilt werden, die die Teilnehmenden ausfüllen müssen. Hierin sind in der Regel Fragen etwa nach der Qualität der Bildungseinrichtung, dem zeitlichen Ansatz der Veranstaltung, der persönlichen Zufriedenheit oder der wahrgenommenen Kompetenz der Referenten gestellt. Diese Unterlage wird dann als Grundlage für eine Nutzenbeurteilung der Bildungsveranstaltung herangezogen. Wenn auf solche Weise überhaupt etwas festgestellt werden kann, dann allenfalls auf der Stufe des Seminarerfolges, keinesfalls jedoch können daraus Aussagen über den Bildungserfolg aus Sicht des Unternehmens abgeleitet werden.

Konservative Organisationsstrukturen verhindern Bildungserfolge

Qualifizierungsmaßnahmen werden üblicherweise mit der Absicht durchgeführt, dass die Teilnehmenden etwas Neues lernen. Veränderte Rahmenbedingungen, Personalentwicklung, Wissensmanagement, Anpassung des Qualifikationsstandes sind einschlägige Gründe hierfür. Nun ist die Adaption an neue Erkenntnisse ein Erstes, der Transfer vom Lern- ins Funktionsfeld ein Zweites und die dauerhafte Transformation, also Persönlichkeits- und damit auch Organisationsentwicklung, ein Drittes. Organisationen stellen Systeme dar, die tendenziell eine konservative Grundeinstellung auszeichnet. Dabei gilt: Je größer, desto träger und konservativer sind sie. Neuerungen werden in der Regel nicht gern gesehen, eher gilt die Regel: „Was war, ist wahr“. Dies trifft vor allem dann zu, wenn Bildungsziele nicht definiert und kommuniziert wurden, folglich Transparenz über die Entwicklungsabsichten fehlt und Vorgesetzte wie Teilnehmende nicht zeitnah eingebunden wurden.



4-Ebenen-Modell

Vor diesem Hintergrund zu qualifizieren erscheint nachgerade paradox. Dennoch: Jede/r, die/der eine Bildungsmaßnahme besucht hat, kennt die Situation. Der/die Teilnehmer/in kehrt voller Elan und neuen Impulsen in die Organisation zurück und muss dort die Erfahrung machen, dass diese nicht immer willkommen sind. Sie stören die eingeschliffenen Denk- und Arbeitsprozesse, erfordern Reorganisation, überfordern Kolleginnen und Kollegen oder Vorgesetzte. Nicht selten werden aus diesen Gründen die angestrebten Transfererfolge verhindert und sowohl Personal- wie auch Organisationsentwicklung (Bildungserfolg) im Nachhinein und unabhängig von der Qualität der Bildungsveranstaltung zunichte gemacht.

Resümee

Der Umstand, dass Bildungscontrolling in Organisationen signifikant unterrepräsentiert ist, stellt im Grunde genommen nicht das zentrale Problem dar, verweist jedoch darauf. Das zentrale Defizit besteht in der mangelnden Auseinandersetzung der Organisation mit den organisationalen Zielen, die eine Qualifizierung erreichen soll. Es fehlt in der Folge an einer exakten Definition der zu qualifizierenden Zielgruppe und an der Ermittlung des Deltas von bestehender zu gewünschter Kompetenz. Würden diese Aufgaben, die der obersten Leitungsebene obliegen, erledigt, ergäben sich die nachfolgenden Ansätze für ein funktionales BC fast zwangsläufig. Bleiben diese jedoch unerledigt, lässt sich mangels Bestimmung des zu erreichenden Zieles ein BC sinnvollerweise nicht mehr durchführen. Erschwerend kommt hinzu, dass konservative Organisationsstrukturen das Wirksamwerden von qualifizierungsinduzierter Veränderung am Arbeitsplatz behindern. Investition in Bildung wird auf diese Art und Weise zu einem ungenutzten Potenzial.

FAMILIENBILDUNG

» „Elternkompetenzen in der Migrationsgesellschaft stärken – Bildungsprozesse von Kindern fördern und begleiten“



Paula Lichtenberger

Zentrum Bildung der
EKHN Darmstadt
Erwachsenenbildung und
Familienbildung
paula.lichtenberger.zb@
ekhn-net.de

Der familiäre Hintergrund ist von großer Wichtigkeit für Bildungschancen und -erfolge. Vor allem Kinder aus prekären Verhältnissen – darunter auch viele Kinder mit Migrationshintergrund – haben es im deutschen Bildungssystem nicht einfach.

Familien mit Migrationshintergrund wünschen sich ebenso wie andere Familien, dass ihre Kinder erfolgreich sind. Ihnen ist eine gute Bildung ihrer Kinder wichtig, weil sie wissen, dass dies der Schlüssel zum beruflichen Erfolg ist.

Eltern in ihrer Vielfalt und mit ihren Ressourcen zu sehen und sie als Expertinnen und Experten in Erziehungsfragen einzubinden, stellt für Bildungseinrichtungen nicht selten eine Herausforderung dar. Wie eine kooperative Elternarbeit „auf Augenhöhe“ mit einer heterogenen Elternschaft realisiert werden kann, war Thema der Fachtagung des Fachbereichs Erwachsenen- und Familienbildung im Zentrum Bildung der EKH Darmstadt, die in Kooperation mit der Diakonie Hessen – Bereich Flucht, Interkulturelle Arbeit, Migration, Frankfurt, des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V., Bundesgeschäftsstelle Frankfurt, und des Diakonischen Werkes Frankfurt, Arbeitsbereich Kindertagesstätten, am 24. November 2014 im Haus der Volksarbeit in Frankfurt am Main veranstaltet wurde und an der zahlreiche Mitarbeiter/innen aus Kindertageseinrichtungen, aus dem Bereich der Familienbildung und der Beratung teilgenommen haben.

Wie können Eltern gestärkt werden, um sich intensiver am Bildungsverlauf ihrer Kinder zu beteiligen? Wie wirken interkulturell unterschiedliche Erziehungsvorstellungen der Familien in die Bildungseinrichtungen hinein? Welches Handwerkszeug benötigt das pädagogische Fachpersonal? Wie können Barrieren im Bildungssystem überwunden werden?

Dies waren zentrale Fragen, die im Rahmen der Referate und Workshops bearbeitet wurden.

Frau Dr. Leyendecker, Professorin an der Fakultät für Psychologie der Ruhr-Universität Bochum,

belegte u. a., dass Familien mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Familien ohne Migrationshintergrund höheren Alltagsbelastungen ausgesetzt sind: Sie verfügen über ein geringeres Einkommen, der Bezug von Transferleistungen ist hoch, das Bildungsniveau ist geringer. Dies führe dazu, dass häufig Erziehungsaufgaben an die Bildungsinstitutionen delegiert würden bzw. eine zeitaufwendige und bildungsintensive Förderung im Elternhaus nicht möglich sei. Gleichzeitig habe im Migrationskontext die Familie einen hohen Stellenwert, verbunden mit einer engen Eltern-Kind-Beziehung.

Sie führte weiter aus, dass bilingual aufwachsende Kinder, die eine gemeinsame Sprache sowohl mit den Eltern als auch der Umgebung pflegen, durch stärkere familiäre Kohäsionen/Zusammenhalte geprägt sind, eine hohe Sozialkompetenz aufweisen, selbstbewusster sind und weniger depressive Symptome zeigen.

Zu beachten sei jedoch auch die Vielfalt der Erziehungsziele. Hier gelte der Satz: „Eltern sind wie alle Eltern, wie viele Eltern, wie manche Eltern, wie keine anderen Eltern“. Gemeint ist damit z. B., dass alle Eltern wollen, dass ihre Kinder erfolgreich sein sollen, dass es aber auch unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, was ein Kind zu einem erfolgreichen Mitglied der Gesellschaft macht.

Frau Prof. Leyendecker kam zu dem Schluss, dass eine erfolgreiche Elternbeteiligung nur möglich wird, wenn drei Aspekte verzahnt ineinander wirken: Die Lernmotivation der Kinder müsse erhalten bleiben, die Eltern gelte es zu motivieren, sie müssten „abgeholt“ und ihre Stärken anerkannt werden. Und auf diesen Stärken müsse aufgebaut werden, ebenso wie auf einer positiven Besetzung familiärer Bindungen und der Wertschätzung bilingualer Kompetenzen.

Frau Prof. Dr. Boos-Nünning, Leiterin von zahlreichen Forschungsprojekten zu Migrationsfragen und emeritierte Professorin der Universität Duisburg-Essen, kritisierte zunächst in ihrem Vortrag, dass von Familien mit Migrationshintergrund ein bestimmtes Bild vorherrsche: Sie würden nicht leisten, was von ihnen erwartet oder gefordert wird, und sie seien schwer erreichbar. Gleichzeitig aber, so die Referentin, würden Untersuchungen belegen, dass sie hohe Bildungsansprüche an ihre Kinder stellen, und dass sie mit einem Bildungserfolg der Kinder einen sozialen Aufstieg der Familie verbinden. Der Bildungserfolg entspreche jedoch in

vielen Fällen nicht den Bildungsvorstellungen, vielmehr sei eine Bildungsbenachteiligung durch zahlreiche Indikatoren belegbar.

Wenn nach den Perspektiven der Familien mit Migrationshintergrund gefragt werde, so geben viele Eltern an, dass sie zwar bemüht seien, ihren Kindern eine gute Bildung zu ermöglichen, diese aber aufgrund unzureichender Sprachkenntnisse nicht ausreichend unterstützen könnten. Auch zeige sich, dass sie bezogen auf das Thema Zweisprachigkeit oft gespalten seien. Sie möchten, dass ihr Kind gut Deutsch spricht, und legen wenig Wert auf die eigene Sprache. Mehrsprachigkeit werde oft nicht als eine wichtige Ressource wahrgenommen. Aber auch Desinteresse auf Seiten des pädagogischen Personals, ein Gefühl der Unterlegenheit und des Nichternstgenommen-Werdens würden ebenso wie ein fehlendes Vertrauen zwischen Eltern und Bildungseinrichtung eine Elternzusammenarbeit „auf Augenhöhe“ erschweren.

Eine weitere Herausforderung für Eltern mit Migrationshintergrund liege darin, dass sie die zugewiesenen Aufgaben der Bildungseinrichtungen alleine zu meistern hätten, es also hierbei an Unterstützung mangle, und zwar nicht nur bei der Förderung ihrer Kinder, sondern auch bei der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen. Nach Frau Boos-Nünning fehle es nach wie vor an einer ernstgemeinten interkulturellen Öffnung und einer gewollten Beteiligung von Organisationen, die Familien mit Migrationshintergrund vertreten.

In den verschiedenen Workshops hatten die Teilnehmer/innen dann die Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen, die eigene Arbeit zu reflektieren und Anregungen für die Praxis mitzunehmen.

Folgende Workshops wurden angeboten:

- Workshop I:
„FuN“ – ein präventives Familienprogramm
Bernd Brixius, Leiter des Institutes präventive Pädagogik „praepaed“
- Workshop II:
„Stark für Kinder – Väter in interkulturellen Familien“ – Ein Blick auf ihre Erziehungsbeteiligung
Anja Treichel, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, Leipzig
- Workshop III:
„Migranteltern als Erziehungspartner, Elternprojekte des Heidelberger Zentrums „HeiMat“
Prof Dr. Havva Engin, PH Heidelberg
- Workshop IV:
„Welche Kompetenzen brauchen Fachkräfte in Zusammenarbeit mit Migrantenfamilien?“
Senka Turk, Internationales Familienzentrum, Frankfurt

Auch wenn die Workshops das Thema Elternzusammenarbeit aus unterschiedlichen Perspektiven betrachteten, so kristallisierte sich doch bei al-



len die zentrale Frage heraus, wie man die Eltern gut erreichen kann. In einer Abschlussrunde stellten die Workshop-Leiter/innen die zentralen Ergebnisse vor.

Aus dem *Workshop I* berichtete Bernd Brixius vom Projekt FuN, einem präventiv wirkenden Familienbildungsprogramm zur Förderung der Elternkompetenz. Sein Ziel sei es, einmal pro Halbjahr das Projekt in einer pädagogischen Einrichtung durchzuführen, unter der Voraussetzung, dass dies auch gewollt und gewünscht sei. Im Workshop war man sich einig, dass Elternarbeit manchmal sogar wichtiger sei als die direkte Arbeit mit dem Kind. Durch das Programm des FuN-Projektes werde ein gemeinsamer Lern- und Erfahrungsort für Eltern mit ihren Kindern geschaffen.

Im *Workshop II* beschäftigte man sich mit den Fragen, ob Väter mit Migrationshintergrund ein spezifisches Angebot brauchen und wie man Väter mit und ohne Migrationshintergrund überhaupt erreichen und für eine Zusammenarbeit gewinnen kann. Das Ergebnis lautete: Ja, Väter mit Migrationshintergrund könne man erreichen, aber es sei



nicht einfach und bedürfe der Freiräume und vertrauensbildender Maßnahmen für die Väter. In vielen sozialen Einrichtungen herrsche eine erhebliche Frauendominanz vor. Einig war man sich im Workshop darüber, politisch und gesellschaftlich darauf hinzuwirken, dass mehr Männer in sozialen Einrichtungen tätig werden und Väter mit Migrationshintergrund in der Elternzusammenarbeit stärker als Zielgruppe berücksichtigt werden.

Prof. Dr. Havva Engin berichtete vom *Workshop III*, dass die Eltern für die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen verlässliche Strukturen bräuchten, d. h. Menschen, Orte und Angebote, auf die sie sich verlassen können und die nicht nach zwei Wochen oder einem Monat wieder verschwinden. Sie sollten als nachhaltige Angebote institutionalisiert sein und kultur- und sprachsensibel angeboten werden. Dieselbe Sprache zu sprechen bedeute nicht, das Gleiche zu meinen, denn Erfahrungshintergründe seien nun einmal unterschiedlich. Man müsse ressourcenorientiert an die Arbeit gehen und mit den Eltern und Kindern gemeinsam auf einer anderen, vielleicht für sie neuen Ebene zusammenarbeiten.

Auch multiprofessionelle Teams seien sehr wichtig. Hier müsse für die Politik, aber auch die Ar-

beitgeber noch einiges an Überzeugungsarbeit geleistet werden, denn was man früh in Eltern- und Bildungsarbeit investiere, könne später eingespart werden.

Im *Workshop IV* berichtete Senka Turk über die einzelnen Probleme, mit denen die Fachkräfte konfrontiert werden. Dazu gehörten sprachliche Schwierigkeiten wie auch Verständnisschwierigkeiten aufgrund kultureller Unterschiede. Zusammenfassend betonte man in diesem Workshop, dass die informelle Kommunikation mit den Eltern ein sehr wichtiger Aspekt sei und dass es dafür der Mitarbeiter/innen mit entsprechenden sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen bedürfe. Auch wurde im Workshop reflektiert, mit welchen Mitteln man die Wertschätzung gegenüber den Eltern deutlicher machen könnte.

Als zentrales Ergebnis der Tagung kann man festhalten, dass neben einer fachlichen Professionalität der pädagogischen Fachkräfte, die interkulturelle Kompetenzen mit einschließt, auch die strukturellen Rahmenbedingungen und eine gewollte Öffnung für Familien mit Migrationshintergrund und ihrer Organisationen eine fundierte Basis für eine erfolgreiche Elternzusammenarbeit sind.

Einige Stimmen der Teilnehmer/innen:

Herr X.

Für welchen Workshop haben Sie sich entschieden? Welche Anregungen erhoffen Sie sich durch den Workshop?

Da ich selbst Vater bin und in einer binationalen Partnerschaft lebe, interessiert mich *Workshop II* privat, aber auch beruflich. Es wäre hilfreich, bestimmte Instrumente und Methoden kennenzulernen, z. B. wie man Väter mit Migrationshintergrund beraten kann oder wie es gelingen kann, eine Vätergruppe aufzubauen.

Frau D.

Was war für Sie eine zentrale Aussage der beiden Vorträge?

Die Quintessenz des ersten Vortrags war für mich, dass ein ressourcenorientierter Blick sehr wichtig ist. Es gibt viel mehr Ressourcen, als man denkt, und die man nutzen kann. Diese Aussage wurde gut im zweiten Vortrag abgerundet: Man muss eine positive innere Haltung zu den Ressourcen finden.

Für uns in der Familienbildung sind Elternkompetenzen ein wichtiges Thema. Wir haben Elternspielgruppen, bei denen einige Eltern sehr verunsichert sind, andere Eltern sind belesen und

bringen viele fachliche Kenntnisse mit, aber gleichzeitig fühlen sie sich immer wieder verunsichert. Sie suchen nach Antworten, nach eigenen Rezepten. Wir wollen sie begleiten und bei solchen Fragen entsprechend beraten können. Dabei benötigen wir auch ihre Erfahrungen und Kompetenzen.

Frau S.

In welchem Berufsfeld sind Sie tätig und welche Fragen haben Sie heute zu der Veranstaltung mitgebracht?

Ich arbeite in einer Kita, die auch ein Familienzentrum ist. Wir haben viele Flüchtlingskinder in unserer Einrichtung. Die Hauptfrage für mich ist, wie man Familien mit Migrationshintergrund für eine aktive Mitarbeit in der Kita gewinnen kann, wie man einen besseren Zugang zu den Familien bekommt. Und was wir verändern können, um die Eltern besser zu erreichen und zu motivieren.

Welche Erfahrung haben Sie persönlich in der Zusammenarbeit mit Eltern gemacht?

Es sind eigentlich ganz unterschiedliche Erfahrungen. Wir haben Eltern mit

Migrationshintergrund, die sehr engagiert sind, aber auch Eltern, zu denen wir überhaupt keine Beziehung aufbauen können. Die sieht man morgens, wenn sie die Kinder bringen, und mittags, wenn sie sie abholen. Sie kommen nicht zu Elterngesprächen oder zu unseren Eltern-Kind-Tagen. Da stellt sich natürlich die Frage, warum das so ist, was können wir verändern, damit sich auch diese Eltern wohler und angesprochen fühlen?

Frau P.

Was waren für Sie wichtige Ergebnisse aus der heutigen Fachtagung?

Mir gefällt der Austausch an solchen Tagungen, man erfährt viel über verschiedene Haltungen, Sichtweisen und Ideengestaltung. Dies finde ich meist noch wichtiger als den theoretischen Teil. Man lernt viele Institutionen, Verbände, Gruppen etc. kennen. Persönlich fand ich den *Workshop IV* am besten, weil man hier selbst aktiv werden konnte.

Die Interviews führte Özlem Efe, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V., Frankfurt am Main.

STANDPUNKT



Pegida +

Von unterschiedlichen Arten, Sorgen wahr- und ernstzunehmen

I. Von einer Überraschung, die keine sein muss

Nun ist der größte Schreck über Pegida überwunden, die Bewegung teilt sich, andere sagen, zerlegt sich, und die Medien schweigen. Verwundert reibt man sich die Augen und fragt sich, wohin denn die Riesenwelle sich verlaufen hat? Hat sie sich verlaufen? Die Demonstrationen gehen mit verminderter Besetzung weiter und die Menschen, die sich nicht an der Zwielfichtigkeit der Demoanmelder/innen und den rassistischen Parolen stören, gibt es noch. Interessant ist, dass der Schreck über etwas entstanden ist, was man hätte wissen können. Denn mit den medial so aufmerksam verfolgten Demonstrationen bestätigte sich, was (nicht ganz selten) von Kennerinnen und Kennern gesagt und von Forschungsinstituten in der Regel herausgestellt wird: Die Mitte ist fragil. Die Zahlen schwanken zwischen ca. 20 % (Antisemitismus, unabhängig von der Frage nach der Politik Israels im Nahen Osten) und mindestens 65 % (feindliche Einstellungen gegen Roma und Sinti, auch mit Recht Rassismus genannt). Das hat sich durch Pegida nicht geändert. Geändert hat sich die Lage der Angefeindeten: Die Zahl der Übergriffe in Sachsen auf Menschen anderer Herkunft haben sich seit Beginn der Pegida-Demonstrationen verdoppelt.

II. Von Erklärungsmustern, die rechtfertigen, statt zu erklären!

Und wieder einmal werden die alten Erklärungsmuster reanimiert: Mal sind es die Abgehängten (Ost von West), mal die, die sich fürchten, Angst vor Abstieg, Angst vor Neuem, Angst vor Armut, Angst vor Terrorismus, aber auch und immer gerne genommen: Politikverdrossenheit. Diesen Erklärungsmustern ist gemeinsam, dass sie die aggressive Haltung der Demonstrationsteilnehmer/innen auf deren Selbstverständnis als Opfer zurückführen. Selbstbeschreibungen als Opfer kennen wir von den „Tabubrecherinnen und -brechern“, die das sagen, was so viele denken, aber angeblich durch „political correctness“ daran gehindert werden. So tönt es nicht erst seit Pegida. Sarrazin war der letzte prominente Vertreter dieses Genres.

III. Der reflexartige Verweis auf „die Anderen“

Ich will nicht übergehen, dass es auch andere Stimmen gab, die sehr entschieden auf den Rassismus

der Pegida-Anhänger und weniger -Anhängerinnen hinwiesen. Darunter gab es leider auch viele, die es als Problem des Ostens beschrieben, das so in Dortmund oder Köln nicht vorkommen könnte, dabei aber geflissentlich übersahen, dass es in Dortmund eine angeblich „national befreite Zone“ und in Köln „pro Köln“ gibt.

Der Ost-West-Reflex in dieser Diskussion mit den schon länger bekannten Polen Empathiever such mit Rechtfertigungscharakter auf der einen und erstaunliche Überheblichkeit auf der anderen Seite scheinen mir einer gesonderten Betrachtung wert. Dabei will ich nicht in Abrede stellen, dass es mit Dresden eine besondere Bewandnis hat. Aber dass es im Westen keine pegidaförmigen Denk- und Handlungsweisen in einer relevanten Größenordnung gäbe, entspricht weder den Umfrageergebnissen noch meiner Erfahrung.

IV. Vom Unsinn der Sorge

Die Quintessenz der Motivsammler/innen: Die Menschen haben Sorgen und die gälte es ernst zu nehmen. Wie aber lassen sich Sorgen ernst nehmen, die so offenkundigen Unsinn beschreiben wie die Angst vor der Islamisierung Dresdens oder gar Sachsens mit 0,1 % muslimischer Bevölkerung? Nun wird gesagt, die sogenannte Angst vor der Islamisierung sei Angst vor der Globalisierung, auf jeden Fall natürlich nicht vor der Islamisierung Dresdens, sondern der Welt, und Angst vor islamistischem Terror. Dazu käme die Angst vor sozialem Abstieg. Und hinter der Parole „Wir sind das Volk“ verberge sich nicht etwa Nationalismus und Rassismus, sondern die Sorge um die Zukunft, um das Gemeinwohl wegen der Schere zwischen Arm und Reich und mangelnde Partizipationsmöglichkeiten – also, so wollen es diese Interpretinnen und Interpreten wohl scheinen lassen, lauter ehrenwerte und verständliche Motive, die nicht im Entferntesten egoistisch seien. Die nicht repräsentative Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (Prof. Dr. Dieter Rucht) hat die Demonstrierenden nach



Dr. Christian Staffa

Studienleiter
Demokratische Kultur
und Kirche
Evangelische Akademie zu
Berlin gGmbH

ihren Ängsten und Sorgen gefragt, allerdings nur 123 der insgesamt 25.000. Sie antworteten, sie hätten Angst

... vor dem Verlust nationaler Identität und Kultur (80 %);

... davor, dass es den kommenden Generationen in Deutschland eher schlechter gehen wird (80 %);

... davor, dass unser Land immer mehr in die Europäische Union einzahlt (78 %).

V. Von der Verteidigung, die ein Angriff ist

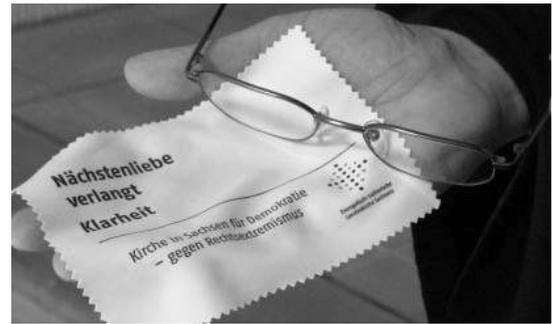
Da schon so viel über die Gründe und Grundlosigkeiten der genannten Befürchtungen geschrieben wurde, möchte ich einen Aspekt herausgreifen, der nur selten thematisiert wird: Die Angst vor dem Verlust der nationalen Identität scheint mir ein Motiv dafür zu liefern, warum sich diese „Furcht“ an eine so wenig erfahrbare Wirklichkeit wie die Islamisierung heftet. Exekutieren die Pegidisten an den Fremden, der Politik, der EU, der Zukunft nicht gerade das Fehlen der eigenen Identität? Oder noch schärfer gefragt: Ist das Stichwort der Islamisierung nicht vielmehr Ausdruck des eigenen Wunsches nach noch stärkerer kultureller Hegemonie? Vielleicht wäre das auch der Grund für die völlig absurde Inanspruchnahme des Christlichen, in dem diese Demonstrantinnen und Demonstranten ausweislich ihrer Unkenntnis von traditionell christlich verankertem Kulturgut (wie Weihnachtsliedern) nicht wirklich zu Hause sind. Könnte das Christentum also nur die Chiffre für althergebrachte weltumspannende Hegemonieansprüche sein? Steht dafür das schwarz-rot-goldene umwickelte Kreuz, das in der Kirchengeschichte häufig schon zu einem Kampfinstrument wurde? So könnte das Pathos der Verteidigung des Abendlandes nicht das erste Mal in Wahrheit der Attacke dienen. Hierin läge dann auch die Erklärung für das aggressive Verhalten und die Verweigerung öffentlicher Kommunikation.

Übrigens: Es ist nicht der Islam, der weltweit die stärksten Wachstumsraten aufweist, sondern es sind die Pfingstkirchen.

VI. Von herrschaftlichen oder geschlossenen Identitätskonstruktionen

Suchen wir vor diesem Hintergrund nach Handlungsoptionen von Kirchen, von kirchlicher Bildungsarbeit, dann fallen mir zwei wichtige Elemente ein:

Das angemessene Ernstnehmen dieser Sorgen, der Sorge der Pegidisten nämlich um die eigene Herrschaft, müsste also ein Widerspruch gegen ihr Verständnis eines heute noch immer hegemonialen christlichen Abendlandes sein. Auch die apologetische und gleichzeitig – oder gerade deshalb – aggressive Verbindung von nationaler Identität und sogenanntem christlichem Abendland sollte Gegenstand einer kritischen und aufklärerischen kirchlichen Bildungsarbeit sein. Nation ist eine Erfindung



des 19. Jahrhunderts und sicher keine biblisch und kirchlich begründbare Kategorie. Aus christlicher Perspektive ist hier Widerspruch notwendig, um solche paganen hermetischen Identitätskonstruktionen zumindest zu irritieren. Soweit das Negative, aber wo bleibt das Positive?

Aus biblischer Perspektive werden wir nicht fertig, nicht mit uns, nicht mit der Welt, nicht als Person. Das heißt, dass wir nicht einfach die sind, die wir sind, sondern je anders werden – wie z. B. Paulus, den Griechen ein Grieche, den Juden ein Jude, oder wie Abraham und Sara noch im hohen Alter Eltern, oder, oder, oder.

Zudem: Gott erkennt uns, wir aber kennen uns nur bruchstückhaft.

Christliche Identität ist durchlässig und orientiert an der Ebenbildlichkeit Gottes, nicht nur im Ansehen der eigenen, sondern auch und besonders der anderen Person. Könnte es sein, dass wir dieses biblische Bild nicht laut genug kundtun, verkündigen in geistiger und materieller Gestalt? Können wir es vielleicht selbst kaum glauben und geben deshalb immer wieder dem Bedürfnis nach, das Ich und Wir zu beschwören und gerade nicht vom Anderen her zu denken, sondern vom Ego, das nach Emmanuel Levinas Krieg bedeutet?

Christlich gesprochen ist solches Denken Sünde. Das sollten wir auch sagen, nicht überheblich, sondern als Teil der Gemeinschaft der Sünder/innen, die auf die Gnade Gottes angewiesen sind, von der die hebräische Bibel und das Neue Testament zu erzählen wissen.

Hier ist eine Bildungsaufgabe für Kirche beschrieben, attraktiv zu machen und zu leben: im Offenen Heimat finden zu wollen und eben etwas altmodisch zu behaupten, dass Heimat das ist, wo noch niemand war, oder anders gesagt, in dieser Welt, aber nicht von ihr.

VII. Widerstand

Es ist wichtig wahrzunehmen, wie viele Menschen gegen die verschiedenen patriotischen Verteidiger des Abendlandes aufgestanden sind. Sie stellten auf der Straße die Mehrheit. Diese sind das Volk, deren Sorgen um die Bedrohung des Abendlandes und dem dort mühsam errungenen und noch immer unvollendeten und umkämpften Humanum durch Pegida aller Ernstnahme wert wären und sind. Davon wäre kirchlich zu reden.

DISTANCE LEARNING



Wie Bildung gerechter werden kann

Der Anti-Bias-Ansatz in der Erwachsenenbildung



Dr. Gertrud Wolf

Leiterin der Ev. Arbeitsstelle
Fernstudium im Comenius-Institut
wolf@comenius.de
www.fernstudium-ekd.de



Constanze Schwärzer

Anti-Bias-Trainerin
ZSIMT (Zentrum für soziale Inklusion,
Migration und Teilhabe) Berlin
www.zsimt-berlin.de

Immer wenn man als Pädagogin, Kursleiter, Dozentin oder Coach vor eine Gruppe tritt, hat man einen stillen Begleiter dabei: das Vorurteil. Und was immer man tut, es ist schon da, ehe man etwas gesagt oder getan hat. Vorurteile basieren, wie wir mittlerweile wissen, auf durchaus sinnvollen Mechanismen unseres komplexen Gehirns. Mit Hilfe von sog. impliziten Assoziationen sind wir nämlich in der Lage, Situationen blitzschnell zu erfassen und zu reagieren. Leider schleichen sich dabei allerdings auch solche Beurteilungsmaßstäbe ein, die es uns erschweren, in einer Welt mit unterschiedlichen Menschen und pluralen Lebensformen friedlich zusammenzuleben. Vorurteile wirken sehr subtil, arbeiten quasi im Geheimen und beeinflussen unsere Wahrnehmungen häufig, ohne dass wir es merken, ja sogar gegen unsere expliziten Überzeugungen. Gute Bildungsarbeit kann deshalb nur leisten, wer seinen Vorurteilen auf die Schliche kommt und sie dort abbaut, wo sie Begegnungen verhindern statt fördern. Wir ergänzen deshalb unseren Grundkurs Erwachsenenbildung mit einem Themenheft zu Anti-Bias; in der ersten Präsenzphase haben wir unser neues Studienmaterial schon einmal auf die Probe gestellt.

Vorurteile und implizite Assoziationen

Malcolm Gladwell ist ein Journalist, der sich gern mit kniffligen Themen auseinandersetzt. Seine Bücher haben eine jugendliche Frische, die der fast Fünfzigjährige auch in seinem Erscheinungsbild verkörpert. In seinem Buch über Intuition beschreibt er ein Testverfahren zur Erkennung impliziter Assoziationen (IAT). Mit Hilfe dieses Tests lassen sich auch Vorurteile erkennen. Malcolm Gladwell hat den Rassismus-IAT selber gemacht und herausgefunden, dass er leichte Vorurteile gegen Schwarze besitzt. Gladwell war anschließend

mehr als verwundert, denn er ist selbst schwarz, seine Mutter ist Jamaikanerin. Das Beispiel von Gladwell zeigt, wie subtil Vorurteile wirken, denn Gladwell ist fest davon überzeugt, dass er kein Rassist ist. Ähnlich wie ihm dürfte es vielen Menschen gehen: Obwohl wir eindeutige antirassistische Überzeugungen besitzen und weit davon entfernt sind, Menschen bewusst diskriminieren zu wollen, haben sich gewisse Bewertungsmuster bei uns eingeschlichen.

Das kommt daher, dass die konkreten Inhalte der impliziten Assoziationen sozial erlernt sind, d. h. dass wir sie in unserer Sozialisation lernen, durch Eltern und Kinderbücher, aber auch, indem wir uns unsere Umwelt und z. B. die Gesellschaftsstrukturen erklären. Sie bilden dann die erste Interpretationsfolie für unsere Wahrnehmungen und somit für unsere Vorurteile. Unreflektierte Vorurteilsbildungen können jedoch fatale Folgen haben, wie der Fall des aus dem westafrikanischen Guinea in die USA eingewanderten Amadou Diallo zeigt. Diallo wurde in den frühen Morgenstunden des 4. Februar 1999 in New York von 19 Polizeikugeln niedergestreckt, obwohl er völlig unbewaffnet war und keinerlei kriminelle Absichten hatte. Die vier Polizisten hatten ihn allein aufgrund seiner Hautfarbe als verdächtig eingestuft, was zu einer Verkettung von Handlungen führte, an deren Ende ein Unschuldiger mit dem Leben bezahlte. Auch in Deutschland kommen immer wieder schwarze Menschen durch die Polizei unter Umständen zu Tode, die ohne eine Erklärung mit rassistischen Vorurteilen schwer verständlich sind. Hier sei nur der Fall von Ndeye Mareame Sarr genannt, einer Frau aus dem Senegal, die 2001 in Aschaffenburg bei dem Versuch, das gemeinsame Kind von einem Umgangstermin beim getrennt lebenden Ehemann abzuholen, von einem Polizisten



Constanze Schwärzer und Dr. Prasad Reddy beim ersten Anti-Bias-Workshop der Evangelischen Arbeitsstelle

erschossen wurde. Dieser rechtfertigte sich damit, Sarr sei ihrem Ehemann und ihm „physisch überlegen“ gewesen – ein verbreitetes Vorurteil gegen schwarze Frauen. Aber auch Pädagoginnen und Pädagogen sind gegen Vorurteile nicht gefeit, wie die sog. Vornamen-Studie belegt, bei der Lehrerinnen und Lehrer bezüglich ihrer möglichen Voreingenommenheit gegenüber bestimmten Schülernamen befragt wurden. Positiv besetzt erschienen dabei die Namen Charlotte, Sophie, Nele, Marie sowie Alexander, Maximilian, Simon, Lukas und Jakob, während Namen wie Chantal, Mandy, Kevin, Justin, Marvin und Maurice als problematisch eingeschätzt wurden. Wie würde es Ihnen gehen, wenn Sie wüssten, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen Ihren Namen problematisch finden, dass ihnen vielleicht die Nackenhaare hochstehen, wenn Sie sich am Telefon melden?

Keiner von uns möchte sich dem Vorwurf ausgesetzt sehen, dass er Vorurteile hat – und doch haben wir alle welche, denn ohne die Fähigkeit, in Form von impliziten Assoziationen schnell abrufbare Muster zu bilden, wären wir gar nicht handlungsfähig. Menschliches Miteinander ist überkomplex; sobald wir einem Menschen begegnen, empfangen wir hunderte von Informationen, die wir blitzschnell verarbeiten müssen. Unsere Kommunikation ist weitaus vielschichtiger als die von Tieren: Schon aufgrund unserer Sprachfähigkeit zerfallen Signale in Körper- und Symbolsprache. Wir können dabei mit unserer Sprache etwas völlig Gegenteiliges ausdrücken, als unser Körper signalisiert, und unsere Gesprächspartner/innen müssen auch solche Informationen noch deuten können. Deshalb bilden wir dauernd innere Theorien, die uns dabei helfen, in Sekundenschnelle Vorhersagen über das Verhalten einer Person zu treffen; implizite Assoziationen helfen uns dabei. Oft bauen unsere impliziten Assoziationen auf Stereotypen auf. Das sind Zuschreibungen bestimmter Eigenschaften aufgrund

eines Merkmals oder einer sozialen Gruppenzugehörigkeit. Zum Problem wird dieser Mechanismus dann, wenn implizite Assoziationen unser Bild von anderen Personen derart prägen, dass wir diese in eine „Schublade“ packen und nicht mehr in ihrer Individualität wahrnehmen, oder wenn wir unsere Handlungen nach Vorurteilen ausrichten und deshalb Menschen benachteiligen, also diskriminieren. Neueren Forschungsergebnissen zufolge führen unbewusste Vorurteile leichter zu diskriminierenden Handlungen als bewusste. Sich die eigenen Vorurteile bewusst zu machen, ist also der erste Schritt zu deren Abbau oder Entschärfung. Wenn wir verstehen, dass Vorurteilsbildungen dauernd passieren, können wir uns auf eine Auseinandersetzung mit diesen leichter einlassen. Die Beschäftigung damit ist dann nicht nur unangenehm, sondern eröffnet vor allem Entwicklungsmöglichkeiten und erweitert das Handlungsspektrum in einer pluralen Gesellschaft.

Anti-Bias

Aus diesem Grund haben wir uns für den Anti-Bias-Ansatz entschieden. Anti-Bias ist ein Ansatz der Bildungsarbeit gegen Vorurteile und Diskriminierung, der verschiedene Diskriminierungsformen einbezieht und sich an alle Menschen in ihren vielfältigen Zugehörigkeiten und Erfahrungen richtet. Anti-Bias geht davon aus, dass jeder Mensch schon einmal Vorurteile sowie Diskriminierung erlebt hat – und sei es als Kind durch Erwachsene –, dass jeder Vorurteile hat und schon einmal andere diskriminiert hat und deshalb Zugang zu beiden Perspektiven finden kann. Anti-Bias wurde Ende der 1980er-Jahre in den USA für kleine Kinder entwickelt und in Südafrika für Erwachsene adaptiert, als nach der Abschaffung des rassistischen Apartheid-Systems die Institutionen z. B. im Bildungs- und sozialen Bereich vor der Herausforderung standen, eine gleichberechtigte und friedliche Zusammenarbeit von schwarzen und weißen Menschen, Männern und Frauen, Menschen mit und ohne Behinderungen etc. zu gestalten. Ende der 1990er-Jahre kam der Anti-Bias-Ansatz aus Südafrika durch das von Dr. Prasad Reddy geleitete Projekt „Vom Süden lernen“ der entwicklungspolitischen Organisation INKOTA-netzwerk e. V. nach Deutschland. Es fiel hier auf fruchtbaren Boden, da angesichts der massiven Zunahme rassistischer Gewalt und der anhaltenden Polarisierung zwischen Ost- und Westdeutschen ein konsequenter Ansatz der Antidiskriminierungspädagogik gefragt war, der mehrere Merkmale einbezieht und die Erfahrungen aller Teilnehmenden ernst nimmt.

Bias lässt sich übersetzen mit Vorurteil, Voreingenommenheit, Einseitigkeit oder Schiefelage. Damit sind verschiedene Ursachen von Diskriminierung angesprochen: einerseits persönliche Meinungen, Vorlieben oder Abneigungen, die oft auch mit gesellschaftlich verbreiteten Stereotypen oder Vorur-

teilen zu tun haben, andererseits die Orientierung an einseitigen Normen, die zu Schiefen führt und all diejenigen benachteiligt, die diesen Normen nicht entsprechen. *Anti-Bias* heißt der Ansatz deshalb, weil er davon ausgeht, dass sich Vorurteile und Diskriminierung nicht einfach durch Aufklärung oder guten Willen beseitigen lassen, sondern dass es aktiver Anstrengungen bedarf, um Vorurteile und Diskriminierung zu erkennen und zu vermeiden oder abzubauen. Dabei kann jede und jeder bei sich selbst anfangen, was nicht heißt, dass es dabei bleiben sollte.

Es gibt Anti-Bias-Übungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Anti-Bias-Methoden für Erwachsene sind erfahrungsorientiert und sprechen sowohl die kognitive als auch die emotionale Ebene an. Es gilt sowohl die Mechanismen von Diskriminierung zu verstehen, um sie durchbrechen zu können, als auch einen Prozess des persönlichen Verlernens dieser Mechanismen anzustoßen. Es geht darum, sich eigene Vorurteile bewusst zu machen, damit wir unser Handeln nicht unbewusst von diesen leiten lassen, und eigene Machtpositionen und Handlungsspielräume – sei es aufgrund der gesellschaftlichen Position oder der beruflichen Rolle – in einer Weise zu nutzen, die nicht zu Diskriminierung führt oder noch besser zu deren Abbau beiträgt. Da wir viele Vorurteile bereits in der Kindheit erlernen und sie uns deshalb oft als selbstverständlich oder gar wahr erscheinen, gilt es dabei auch teils liebgewonnene vermeintliche Gewissheiten aufzugeben. Auch das Sprechen über die eigene gesellschaftliche Machtposition ist meist schwierig: So wird manchen Teilnehmenden klar, dass sie

sich nicht alles in ihrem vergleichsweise guten Leben selbst erarbeitet haben, sondern vieles einer guten Startposition in dieser Gesellschaft verdanken, vielleicht sogar Privilegien genossen haben, also Vorteile, die durch die Benachteiligung anderer ermöglicht wurden. Andere Teilnehmende stehen vor der Herausforderung, sich aus einer gesellschaftlich relativ schwachen und benachteiligten Position heraus dennoch Handlungsspielräume zu erobern. Um diese verunsichernden und teils schmerzhaften Prozesse aufzufangen, ist eine Arbeit an der persönlichen Identität sehr wichtig, mit dem Ziel, eigene Privilegierungs- oder Diskriminierungserfahrungen anzuerkennen, sich aber nicht darüber zu definieren.

Diskriminierung wider Willen

Für unser Anti-Bias-Modul, mit dem wir den Grundkurs Erwachsenenbildung zukünftig erweitern wollen, haben wir Dr. Prasad Reddy für die theoretischen Teile zum Anti-Bias-Ansatz in der Erwachsenenbildung und die Berliner Anti-Bias-Trainerin Constanze Schwärzer gewonnen, die ihren Ansatz bereits in unserem Fernkurs zur Nachhaltigkeit erprobt hat. Beide arbeiten methodisch recht nahe am südafrikanischen Ansatz, indem sie großen Wert auf Erfahrungs- und Handlungsorientierung legen. Gleichzeitig unterfüttern sie das Werkzeug des Anti-Bias-Ansatzes jedoch mit aktuellen theoretischen und empirischen Erkenntnissen. Eine Besonderheit dabei ist es, dass Constanze Schwärzer den Anti-Bias-Ansatz für verschiedene Handlungsfelder des beruflichen und ehrenamtlichen Engagements speziell fundiert und adaptiert hat, z. B.

Ein neuer Anfang

Übung:

Sie werden auf eine bisher unbewohnte Insel geschickt, um dort eine neue Gesellschaft aufzubauen. Sie dürfen 7 Personen mitnehmen. Suchen Sie diese 7 Personen aus dieser Liste aus.

- rumänischer Maurer
- Hausfrau
- türkeistämmiger Bundeswehrsoldat
- alkoholabhängiger Arzt
- Koch, obdachlos
- älterer Landwirt
- islamischer Religionslehrer
- schwangere Schülerin
- blinder Flüchtling
- Agraringenieurin aus Peru
- alleinerziehende Hartz-IV-Empfängerin mit Kind
- Neonazi, Rollstuhlfahrer
- afrodeutsche Bankmanagerin
- homosexueller Erzieher
- protestantische Pfarrerin

Hinweise zur Übung in Gruppen:

Entscheiden Sie sich zunächst alleine für 7 Personen. Einigen Sie sich dann in Kleingruppen oder Paaren auf 7 Personen. Besprechen Sie in der Gruppe, wie die jeweiligen Entscheidungen und die Einigungsprozesse in den Kleingruppen zustande kamen.

Ziele der Übung:

Es geht vor allem darum, die Gründe für unsere Entscheidungen, weshalb wir manche Menschen oder soziale Gruppen bevorzugen und andere ausgrenzen, herauszuarbeiten, z. B. einseitige Information, Erfahrungen, Stereotype, Vorurteile, Werte und Gefühle. In der Liste sind jeweils nur wenige Merkmale der Personen genannt, so dass sie leicht stereotype Assoziationen abrufen.

(Übung adaptiert von Constanze Schwärzer und Karun Dutta nach: Early Learning Resource Unit (Hrsg.) (1997): *Shifting Paradigms. Using an anti-bias strategy to challenge oppression and assist transformation in the South African context.* Lansdowne, S. 125ff.)

für Beratung, soziale Arbeit, Erwachsenenbildung und Justiz. Im Zentrum steht dabei die sog. „Diskriminierung wider Willen“. Dies beschreibt die Arten, wie besonders in pädagogischen und sozialen Berufen oft trotz bester Absichten Machtgefälle verfestigt werden, die zu Diskriminierung führen können – z. B. durch aufgedrängte oder bevormundende Hilfe seitens der Professionellen, aber auch durch übertriebene Distanz und Vermeidung bestimmter Themen. Solche Handlungsweisen wirken oft zusammen mit teils sinnvollen, teils kontraproduktiven Selbstschutz- und Vermeidungsstrategien der von Diskriminierung Betroffenen. Im Anti-Bias-Ansatz werden sie unter „verinnerlichter Dominanz“ und „verinnerlichter Unterdrückung“ zusammengefasst. Ebenso gut kann es sich dabei aber auch um die Auswirkungen struktureller Schief lagen auf der zwischenmenschlichen Ebene handeln. Sie alle führen zu Ungerechtigkeiten in Bildungsprozessen, die durch geeignete Reflexionsmaßnahmen abgebaut oder zumindest verringert werden können.

Vorurteile abbauen via Fernkurs

Ziel des Anti-Bias-Moduls, das aus einem Themenheft und einer Präsenzphase bestehen wird, soll die Kenntnis und Anwendung des Anti-Bias-Ansatzes und einiger seiner zentralen Methoden sein. Die Teilnehmenden sollen dazu befähigt werden, Vorurteile und Diskriminierung in ihrem Leben und in ihrem Einflussbereich zu erkennen, zu reflektieren und erste Schritte zu deren Abbau zu unternehmen. Es geht also um die Anwendung im jeweiligen Arbeitskontext der Teilnehmenden, nicht um eine Weiterbildung zu Anti-Bias-Multiplikatoren und -Multiplikatorinnen, die deutlich mehr Zeit beanspruchen würde.

Das bisher erarbeitete Studienmaterial wurde in einem einführenden Anti-Bias-Workshop für Erwachsene erprobt. Dabei erarbeiteten sich die Teilnehmenden mit den Moderatoren und Moderatorinnen gemeinsam ein erfahrungsgestütztes Verständnis von Diskriminierung, aufbauend auf die Reflexion und den Austausch der Lebenserfahrungen der Teilnehmenden und unterstützt durch wissenschaftliche Erkenntnisse über Diskriminierung, ihre Ursachen und Wirkungen. Auch die theoretischen Modelle wurden dabei interaktiv mit den Teilnehmenden entwickelt, denn diese sollen sich ein Verständnis von Diskriminierung und den Möglichkeiten zu ihrem Abbau erarbeiten, das sie teilen und in ihrem Alltag umsetzen können. Diesen Prozess vollzogen die Teilnehmenden des Seminars mit Constanze Schwärzer in komprimierter Form. Reflexionsübungen, Erfahrungsaustausch, Brainstormings und kurze Inputs zu den Themen Vorurteile, Machtpositionen, Diskriminierung und Sozialisation ermöglichten den Teilnehmenden, ihr Erfahrungswissen zu diesen Themen zu heben und mit den Erfahrungen der anderen und

wissenschaftlichen Erkenntnissen abzugleichen. Auf Wunsch der Teilnehmenden, von denen einige bereits im Bildungsbereich tätig und manche als Anti-Bias-Multiplikatoren und -Multiplikatorinnen ausgebildet waren, wurde außerdem einer kritischen Diskussion über die einzelnen Übungen Raum gegeben. Diese zeigte, dass jede Übung sowohl das Potenzial für große Erkenntnisgewinne als auch spezifische Risiken und Nebenwirkungen hat. In diesem Zusammenhang wurde vor allem über den Umgang mit vorurteilvollen oder beleidigenden Äußerungen in Seminaren gesprochen sowie über mögliche Effekte, die bestimmte Übungen auf Personen mit starken eigenen Diskriminierungserfahrungen haben können. Dabei wurde sehr deutlich, dass Anti-Bias-Arbeit dann am besten funktioniert, wenn sowohl eine vertrauensvolle Atmosphäre als auch eine gewisse Heterogenität im Sinne von Erfahrungsbreite in der Gruppe vorhanden ist. Ein Anti-Bias-Workshop sollte unbedingt von erfahrenen Trainern und Trainerinnen – besser noch: von einem erfahrenen Trainerteam – durchgeführt werden, da alte Diskriminierungserfahrungen auch als traumatische Trigger wirken können und konflikthafte Situationen einen professionellen Umgang erfordern. Klare Regeln helfen, solche Situationen zu verhindern.

Der Weg hin zum vorurteilsbewussten Denken und diskriminierungsfreien Handeln, aber auch das Verarbeiten eigener Diskriminierungserfahrungen ist ein lebenslanger (Lern-)Prozess. In einem Anti-Bias-Workshop erhalten die Teilnehmenden auch eine Momentaufnahme von sich selbst in ihrer jeweiligen Lebensphase und Umgebung, einschließlich ihrer Interpretationen der Erfahrungen aus der Vergangenheit. Es kann als sehr stärkend erlebt werden, ein paar Jahre später die gleiche Übung zu wiederholen und z. B. festzustellen, wo man sich trotz benachteiligter Startpositionen Handlungsspielräume erobert hat; oder wo man eigene Vorurteile abgebaut hat, mit seinen Machtpositionen sorgfältiger umgeht und diese positiv einsetzt. Anti-Bias kann nicht alle Diskriminierungsformen aus der Welt schaffen, schon allein deshalb nicht, weil wir immer mit neuen impliziten Assoziationen, also Vorurteilen, konfrontiert sein werden. Es kann aber helfen, eine reflexive und offene Atmosphäre zu schaffen und so zum stetigen Abbau von Diskriminierung beizutragen.

Mit Hilfe des Themenheftes sollen sich die Teilnehmenden zum einen theoretisch auf das Thema vorbereiten können, zum anderen soll das Studienmaterial aber auch dazu dienen, später mit diesem Ansatz das eigene Tätigkeitsfeld reflektieren zu können. Deshalb wird der Studienbrief auch einen kleinen „Methodenkoffer“ enthalten, der solche aufschlussreichen Übungen wie etwa das Inselfield enthält, das wir hier beispielhaft vorstellen. Das neue Modul kann dann ab Juli 2015 gebucht werden.

» Publikationen



Ulrich Chaussy

Oktoberfest – Das Attentat

Wie die Verdrängung des Rechts-
terrors begann

€ 19,90, 272 S., Berlin 2014

Christoph Links Verlag

ISBN: 978-3-86153-757-1

Am 23. November zeigte die Ev. Akademie zu Berlin im Kino Babylon den Film „Der blinde Fleck – Täter, Attentäter, Einzeltäter?“ (D 2013, 99 Min.). Nur wenige Tage später verkündet der Generalbundesanwalt Harald Range, dass der Wiederaufnahmeantrag des Opferanwaltes Werner Dietrich 30 Jahre nach Abschluss der Ermittlungen durch Generalbundesanwalt Rebmann Erfolg hatte: „Wir werden allen Ansatzpunkten erneut und umfassend nachgehen.“



Glückwünsche zu einer so prompten Reaktion der Ermittlungsbehörden waren allerdings in meinen Augen unangebracht. Hat doch allein der unglaubliche Durchhaltewille einiger Opfer des Anschlags, ihres Anwaltes und des investigativen Journalisten Ulrich Chaussy zu dieser lange überfälligen Entscheidung des Bundesanwaltes geführt.

Der Film indes spielte bei der Wiederaufnahme des Verfahrens sehr wohl eine Rolle. Nachdem er in

den Kinos und dann in der ARD gelaufen war, meldeten sich neue und alte Zeuginnen und Zeugen. Eine Zeugin hatte am Tag nach dem Oktoberfestattentat im Schrank eines Neonazis Waffen und gedruckte Nachrufe auf Gundolf Köhler entdeckt. Zu diesem Zeitpunkt war Köhlers Name noch nicht veröffentlicht gewesen. Die Zeugin wandte sich an die Polizei und wurde dort aber abgewiesen. Sie ist eine von zahlreichen Zeuginnen und Zeugen, deren Aussagen die Festlegung der Ermittlungsbehörden auf die Einzeltäterschaft von Gundolf Köhler für das schwerste Attentat in der Bundesrepublik seit 1945 massiv in Zweifel ziehen.

Worum geht es? Am 26. September 1980 tötete ein Sprengsatz am Haupteingang des Oktoberfestes in München dreizehn Menschen; 211 Erwachsene und Kinder wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Für das Bayerische Landeskriminalamt und den damaligen Generalbundesanwalt galt der beim Attentat ebenfalls getötete Bombenleger Gundolf Köhler schon nach wenigen Tagen als Einzeltäter – trotz seiner engen Verbindungen zur neonazistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ und trotz zahlreicher Indizien und Zeugenaussagen, die auf weitere Beteiligte hindeuteten. Der Film „Der blinde Fleck“ (mit Benno Fürmann, Nicolette Kre-

bitz, Heiner Lauterbach u. a.) zeichnet die Recherchen des Journalisten Ulrich Chaussy nach und wirft die offenen Fragen nach Verantwortlichen und Drahtziehern auf – deren Beantwortung die Angehörigen der Toten und die Verletzten seit mehr als drei Jahrzehnten einfordern.

Der damalige Generalbundesanwalt Günter Rebmann hatte die Ermittlungen nach möglichen Drahtziehern und Mittätern des 21-jährigen Studenten Gundolf Köhler nur zwei Jahre nach dem Attentat im November 1982 eingestellt, mit der Begründung, ein Anfangsverdacht auf Beteiligung mehrerer Täter habe sich nicht erhärten lassen. 1997 wurden dann alle Asservate zum Anschlag bei den Ermittlungsbehörden vernichtet. Eine am Tatort gefundene Hand, die nicht zum Täter gehörte, aber auch sonst keinem Opfer zugeschrieben werden konnte, verschwand. Sie hätte wohl einen Hinweis auf mindestens eine/n weitere/n Täter/in geben können.

Die sogenannten Ermittlungsspannen ähneln in mancher Hinsicht denen bei den Ermittlungen zu den NSU-Morden. Das Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, war wohl oft genug Leitmotiv der Ermittlungen.

Dem Film zugrunde liegt das mehr als lesenswerte Buch „Oktoberfest – Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann.“ Es beschreibt natürlich sehr viel ausführlicher und in einem wunderbar intensiven und reflektierten Stil das Umfeld Gundolf Köhlers, die Situation der Opfer, den oder besser die Wege der Erkenntnis, die Ulrich Chaussy durchläuft. Auf den 272 Seiten nimmt er die Leser/innen mit in die Wirrungen der Ermittlungen, in seine eigenen Versuche, sich das Ungeheuerliche dieser unzulänglichen Ermittlungen klarzumachen. Dabei widersteht er allen Versuchungen, sich einer Verschwörungstheorie anzuschließen, die genau zu wissen meint, wer denn wann und vor allen Dingen warum die Einzeltäterthese aufgestellt und durchgeführt hat. Zweifel, so sagt er bei einer Lesung in Berlin, sei das Instrument, das ihn immer weitergetragen habe durch die ganzen 34 Jahre. Im Zweifel liege die Kraft der Aufklärung, nicht in der Festlegung auf eine politisch plausible Ableitung der Tat und ihrer Ermittlungen. So bleibt auch im Buch unklar, warum Köhler diese Bombe gezündet hat. Dennoch geht Chaussy nach Interviews mit den überlebenden Opfern, mit den Angehörigen Köhlers und nach der Beschreibung der Ermittlungen vor der ersten Fassung seines Buches 1985 und danach bis 2014 durchaus auf die heute gespenstisch wirkende Strategie der NATO ein, die für den Fall eines erfolgreichen Angriffs des Warschauer Paktes Waffendepots anlegte und Kämpfer ausbildete. Damit wird das Umfeld Köhlers und insbesondere die Wehrsportgruppe Hoffmann in Zusammenhang gebracht. „Klar ist: Auch in Deutschland waren in den fünfziger Jahren rechtsextreme Gruppen und Einzelpersonen beim Aufbau der Gladio/Stay-behind-Strukturen rekrutiert worden ... Dazu gehört die unappetitliche Begleiterscheinung, dass eine staatliche geheimdienstliche Strategie demokratiefeindliche, rechtsextremistische Gruppen und Personen toleriert und alimentiert hat, dass schließlich gewaltbereiten Extremisten militärisches Training und der Zugang zu Waffen und Sprengstoff ermöglicht worden ist.“ (S. 222) Obwohl manches darauf hinweist, dass die offenkundig falsche Einzeltäterthese für den Oktoberfestanschlag zur Verdeckung solcher staatlicher Aktivitäten dienen konnte, hält Chaussy fest: „Ein Bindeglied zwischen Lemkes Sprengstoffvorräten (die im

Zuge der Stay-behind-Strategie angelegt worden waren) und Köhlers Bombe ist nicht gefunden. Es fehlt – zumindest bisher.“ (S. 223)

Eine faszinierende Lektüre sowohl in der Beschreibung der einzelnen Charaktere und deren Spannungen wie auch in den immer wieder neu ansetzenden Versuchen, zu verstehen.

Am 4.2.2015 wurde der Film erneut in der ARD gezeigt, ergänzt durch eine Dokumentation aller Erkenntnisse, die sich nach dem Film durch Zeuginnen und Zeugen ergeben haben, die sich bei Ulrich Chaussy meldeten. Plötzlich taucht eine Krankenschwester auf, die 1980 in Hannover einen Mann mit einer fehlenden Hand behandelt hat. Der verschwand wieder, aber offensichtlich hatten die damaligen Ermittler es nicht für nötig gehalten, in deutschen Krankenhäusern nach solchen Verletzungen zu fragen. Der Mann war spurlos verschwunden, wie auch die Hand selbst und alle an-

deren Asservate. Angeregt durch den Film, erklärte sich ferner ein Mann dazu bereit, sich die Bombensplitter von 1980 aus dem Körper operieren zu lassen, um sie heutigen Ermittlungsmethoden zur Identifizierung zur Verfügung zu stellen. Diese Geschichte ist also noch nicht zu Ende. Es ist eine Geschichte des produktiven und durchgehaltenen Zweifels und der Solidarität einiger weniger Engagierter mit den Opfern und der ebenso unpopulären Auseinandersetzung mit dem rechtsextremen Terror und seiner Verdrängung.

Dr. Christian Staffa

Studienleiter Demokratische Kultur und Kirche
Evangelische Akademie zu Berlin gGmbH
staffa@eaberlin.de



Christian H. Stifter

Zwischen geistiger Erneuerung und Restauration.

US-amerikanische Planungen zur Entnazifizierung und demokratischen Neuorientierung österreichischer Wissenschaft 1941–1955

€ 49,90, 755 S., Wien, Köln, Weimar

2014, Böhlau Verlag

ISBN: 978-3-205-79500-1

Der Direktor des Österreichischen Volkshochschularchivs, Christian H. Stifter, legt hier ein wissenschaftliches Filetstück zur Forschung in historischer Erwachsenenbildung vor: Nicht nur militärisch den kriegstreibenden Faschismus in Europa zu besiegen, sondern im Bewusstsein der Menschen eine „Re-Orientierung“ zu bewirken, war erklärtes Ziel der üblicherweise als Reeducation bezeichneten Maßnahmen der Alliierten des Zweiten Weltkriegs. 1942 formulierte Präsident Roosevelt aufgrund der Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg: „World events and the needs of all humanity have joined the culture of Asia with the culture of Europe and the Americas to form for the first time a real world civilisation.“ (zit. S. 136) Das intensive Quellenstudium in den USA begründet den Aufbau von Stifters Werk. In wesentlicher Erweiterung der bereits vorliegenden Untersuchungen zur Reeducation (Bungenstab, K-E. (1970): Umerziehung zur Demokratie?; Lange-Quassowski, J.-B. (1979): Neuordnung oder Restauration?; Heinemann, M. (Hrsg.) (1981): Umerziehung und Wiederaufbau; Benz, W. (2005): Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung; Kotthaus, J.: Reeducation in den besetzten Zonen. <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/nachkriegsdeutschland/die-fruehe-besatzungszeit/165.html>) beginnt er mit den gegenseitigen Vorurteilen zwischen Amerika und Europa und der Rückbesinnung auf die Werte der freien Welt in den USA zwischen 1941 und 1945. Unter dem Stichwort „Education for Victory“ wurde inneramerikanisch eine Bewusstseinsentwicklung angesto-

ßen, die das Ziel eines post-totalitären Europas durch einen langfristigen Reorientierungsprozess zu erreichen suchte. Die Würde und der Wert des einzelnen Menschen, intellektuelle Redlichkeit, Kritik- und Meinungsfreiheit, soziale Verantwortung, gegenseitiger Respekt, Weiterbildungsbereitschaft sowie – letztlich – „der Glaube an die Herrschaft eines gemeinsamen Gottes“ (S. 121) wurden als „american way of life“ im Gegensatz zu Faschismus und der Gesellschaftsformierung in den Achsenmächten formuliert. Obgleich die zivilen gegenüber den militärischen Überlegungen oftmals zurückstehen mussten, bildeten die „spezifischen Verknüpfung(en) von friedensliebendem Humanismus, sozialer Toleranz und maximalen individuellen Entfaltungsmöglichkeiten mit ökonomischer Freiheit beziehungsweise durchschlagendem wirtschaftlichen Erfolg und technischer Effizienz“ (S. 558) ein erfolgreiches Konzept, gerade weil es nichts überstülpen wollte.

Das umfangreichste 4. Kapitel behandelt die Umsetzungsphase vom Kriegsende bis 1946. Hier werden die Grenzen der Entnazifizierung ebenso deutlich wie die der Mentalitätsänderung. Obgleich besonders das zeitgenössische akademische Denken Österreichs entblättern, bieten die Schilderungen auch deutschen Leserinnen und Lesern mannigfaltige Erkenntnisse, weil Österreich seitens der USA nur als eine etwas veränderte Anwendung der Maßnahmen aus der US-Zone in Süddeutschland gesehen wurde. Noch fruchtbarer ist die bewundernswürdige Detailfülle: Aus den 2.740 Anmerkungen könnte ein biografisches Lexikon zu rund 1.000 Personen erstellt werden; die Quellenzitate im Text und das 60-seitige Literaturverzeichnis bieten Hinweise für weitere Forschungen. Letzteres gilt vor allem für das 5. Kapitel, das den „Frühen Kalten Krieg“ 1947–1950 behandelt und verdeutlicht, wie durch den Antikommunismus die demokratisierenden Elemente relativiert wurden, indem gezielt Inhalte übergestülpt wurden, statt einen Diskurs zu eröffnen. Das vorgelegte Buch von Christian Stifter könnte auch die m. E. heute wieder nötige Diskussion um die politische Erwachsenenbildung zwischen 1950 und 1970 in der Alt-BRD befruchten.

Dr. Georg Fischer

Kernmühlweg 2
74850 Schefflenz



Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft

hg. v. Klaus Ahlheim. 10 Bände.
Hannover 2009–2015. Offizin-Verlag

Bd. 1: K. Ahlheim: *Erinnern und Aufklären*. 2009, € 13,80, 156 S.

Bd. 2: A. Bernhard: *Biopiraterie in der Bildung*. 2010, € 13,80, 157 S.

Bd. 3: K. Ahlheim/M. Heyl (Hrsg.): *Adorno revisited*. 2010, € 13,80, 157 S.

Bd. 4: K. Ahlheim/H. Mathes (Hrsg.): *Utopie denken – Realität verändern*, 2011, € 13,80, 155 S.

Bd. 5: K. Ahlheim: *Sarrazin und der Extremismus der Mitte*. 2011, € 13,80, 155 S.

Bd. 6: K. Ahlheim/J. Schillo (Hrsg.): *Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung*. 2012, € 13,80, 187 S.

Bd. 7: W. Filla: *Die Alternative politische Bildung*. 2013, € 14,80, 181 S.

Bd. 8: K. Ahlheim: *Rechtsextremismus – Ethnozentrismus – Politische Bildung*. 2013, € 9,80, 99 S.

Bd. 9: K. Ahlheim/R. Ahlheim (Hrsg.): *Frühe Bildung – früher Zugriff?* 2014, € 15,00, 208 S.

Bd. 10: K. Ahlheim: *Zwischen Arbeiterbildung und Erziehung zur Volksgemeinschaft*. 2015, € 16,80, 160 S.

Der Erziehungswissenschaftler und Theologe Klaus Ahlheim (Jg. 1942) lehrte bis 2007 an der Universität Duisburg-Essen und zuvor in Marburg. Er zählt zu den renommiertesten Vertretern der politischen Erwachsenenbildung in Deutschland und ist Autor zahlreicher Publikationen zu ihren Grundfragen, wie z. B. die Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Seine empirischen Studien und seine hermeneutischen Analysen zeichnen ihn als einen Wegweiser in dieser Disziplin aus.

Wie in akademischen Milieus oftmals anzutreffen, ist der formale „Ruhestand“ vielfach der Einstieg in eine neue intellektuelle Schaffensphase. So auch bei Ahlheim. 2009 gründete er als Herausgeber die Reihe „Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft“. Gleichsam programmatisch erschien als erster Titel eine Aufsatzsammlung von Ahlheim zum Thema „Erinnern und Aufklären“ (Bd. 1).

Die politische Bildung ist derzeit nach wie vor stark vom sogenannten „Beutelsbacher Konsens“ geprägt. Demokratiepädagogische Impulse und die Idee der Zivilgesellschaft operationalisieren diesen Mainstream für eine postmoderne Pädagogik. Entstanden ist dabei eine wohlmeinende, staatstragende und wissenschaftlich aktive Theorie und Praxis politischer Bildung. Hier setzt Ahlheim an und fragt nach der aktuellen Verfasstheit dieser politischen Bildung und danach, ob dieser Mainstream noch zeitgemäß sein kann und einer demokratieorientierten Daseinsvorsorge dient. Er wendet sich gegen ihre Distanziertheit und gegen Formierungstendenzen. Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule ist für ihn dabei eine wichtige Orientierung (Bd. 3).

Die bislang erschienenen Bände betonen vor allem die kritische Rolle der Pädagogik bzw. politischen Bildung und

wenden sich gegen affirmative Tendenzen, die Ahlheim in der Anwendung des Beutelsbacher Konsenses beobachtet. Immer wieder klingt sowohl in Ahlheims Texten als auch in denen der anderen Autoren die Idee von Adornos „Erziehung nach Auschwitz“ (1966) an, die in diesem Sinne im ersten Band „Erinnern und Aufklären“ und vor allem auch in „Adorno revisited“ (Bd. 3) interpretiert wird.

Diese Buchreihe, in der der Erziehungswissenschaftler Armin Bernhard und der Vorsitzende der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung, Wilhelm Filla, als Buchautoren und Johannes Schillo, Horst Mathes, Matthias Heyl und Rose Ahlheim als Mitherausgeber/innen von Sammelbänden auftreten, geht aber auch über die politische Bildung im engeren Sinne hinaus und fragt nach der Rolle einer kritischen Erziehungswissenschaft insgesamt.

Ahlheim und seine Autoren halten fest an der alten europäischen Idee der Emanzipation, Mündigkeit und Aufklärung und versuchen sie für das 21. Jahrhundert anschlussfähig zu halten.

Hier sehe ich auch einen zentralen Impuls der Buchreihe: Sie kreist um die Frage, wie und ob die Idee der Aufklärung auch in der Postmoderne noch eine Expertise und Leuchtkraft besitzt? Ist es noch möglich und sinnvoll, im Zeitalter systemtheoretischer, konstruktivistischer oder evolutionstheoretischer Dominanzen in den Sozialwissenschaften normative Begründungen für die Praxis zu fordern? Ist ein solcher Diskurs überhaupt noch zeitgemäß? Im erziehungswissenschaftlichen Kontext scheint diese Frage entschieden zu sein – zumindest wenn man die Forschungspraxis und Publikationslandschaft betrachtet. Die Autoren der Buchreihe geben sich damit jedoch nicht zufrieden und stellen Fragen, die für den Mainstream unbequem sind bzw. in ihm marginalisiert werden.

Ein wichtiges und schon klassisches Thema bei Ahlheim ist der Themenkomplex Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Ihm widmet er einen eigenen Band mit einer Replik auf Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ (2010) und nennt diesen „Sarrazin und der Extremismus der Mitte“ (Bd. 5). Ahlheim beschreibt hier weitsichtig ein Phänomen, das seitdem noch schlimmer geworden zu sein scheint und mit der Europa-Wahl 2014, der AfD und PEGIDA-Bewegung 2014/2015 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Religionshetze sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen und auch parlamentsfähig geworden. Und in Deutschland wurde Sarrazin, so Ahlheim, der „neue Held einer verunsicherten Mitte“ (Bd. 5, S. 9).

Welche pädagogischen Interventionsmöglichkeiten hat eine offene Gesellschaft dabei? Der Beutelsbacher Konsens in der politischen Bildung scheint nur eine begrenzte Reichweite zu haben. Johannes Schillo ergänzt in Band 6 die Kritik am Beutelsbacher Konsens mit der Rolle wichtiger Fachdidaktiker aus dem aktuellen Diskurs, wie z. B. Wolfgang Sander, Walter Gagel und Joachim Detjen (Bd. 6, S. 93–106).

Ebenfalls kritisch mit der Disziplin der politischen Bildung befasst sich Paul Ciupke, wenn er Themen wie Innovation, Qualitätssicherung, Evaluation und Kompetenz (ebd., S. 156–172) diskutiert. Mit diesen Begriffen wird, seiner Meinung nach, eine neue Formierung und Normierung von Erwachsenenbildung umschrieben, die Inhalte in den Hintergrund rückt und die Bildungsarbeit administrativ und finanziell unter Druck setzt. Bildungsinhalte werden nicht mehr an gesellschaftlichen Bedarfen und Bedürfnissen gemessen, sondern an abstrakten Qualitätsstandards. Die Verwertbarkeit für den ökonomischen, sozialen und politischen Mainstream wird belohnt, jedoch nicht eine pädagogische „Suchbewegung“ (vgl.

Tietgens' „Erwachsenenbildung als Suchbewegung“, 1986) bzw. die kritische Distanz.

Jedoch, und dies ist das Credo der gesamten Reihe: (Politische) Bildung braucht Mut zur Positionierung, Mut zur Konfrontation und Mut zum Widerstand.

Ahlheim wendet sich gegen den Beutelsbacher Konsens (Bd. 6) ebenso wie gegen die Sozialpädagogisierung der politischen Bildung in Form einer „akzeptierenden Jugendarbeit“ (Bd. 5). Dagegen geht es ihm immer wieder um „Erinnern und Aufklären“ (Bd. 1) und um „Interventionen zur historisch-politischen Bildung“ (ebd.): Der Holocaust und die NS-Verbrechen bleiben ein zentrales Thema politischer Bildung (Bd. 3).

Ahlheim definiert politische Bildung jedoch nicht nur in einem weiten historischen Zusammenhang, sondern auch in einem breiten erziehungswissenschaftlichen Kontext. In Band 9 widmet er sich der frühkindlichen Bildung und fragt nach dem aktuellen „frühen Zugriff“ und „allzu frühen Zumutungen“. Er möchte die aktuelle pädagogische Euphorie hinsichtlich früher Bildung abbremsen und spricht daher von einer „pädagogischen Verfolgung“ (Bd. 9, S. 177).

Ganz in der Tradition von Oskar Negts Ansatz der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen“ (1968) wird in Band 4 die Bildungsarbeit in den Gewerkschaften beleuchtet und im Kontext des „Marktradikalismus“ und einer damit einhergehenden „Marginalisierung“ und „Domestizierung“ von Bildung diskutiert (ebd., S. 12).

Der jüngste Band mit dem Titel „Zwischen Arbeiterbildung und Erziehung zur Volksgemeinschaft“ (Bd. 10) blickt

in die Geschichte und widmet sich der weitgehend vergessenen Tradition der protestantischen Erwachsenenbildung in der Weimarer Zeit. Er zeigt die Vielfalt und Gegensätzlichkeit dieser Richtung auf: Auf der einen Seite die religiösen Sozialisten um Emil Blum, Emil Fuchs und Carl Mennicke und auf der anderen Seite der christlich-nationale Vertreter der „Dorfkirchenbewegung“, Hans von Lüpke.

Bei aller Ernsthaftigkeit der Themen und analytischen Tiefe der Beiträge spürt man bei Ahlheim seine Lust am Querdenken, die Lust, gegen den Strich zu bürsten und das erziehungswissenschaftliche Establishment zu hinterfragen. Obgleich er auch zu ihm gehört, hat er die Souveränität, sich und seiner Disziplin einen Spiegel vorzuhalten. In dieser Deutlichkeit kommt dies derzeit immer seltener vor. Ahlheim ist eben nicht „nur“ Wissenschaftler, er ist ebenso Bürger, versteht sich als Citoyen und nicht als Bourgeois. Seine akademische Souveränität hat hier ihre Wurzeln und ihren Humus.

Die Buchreihe von Ahlheim ist in dieser Intention in der deutschen Publikationslandschaft fast einmalig und passt in den Offizin-Verlag von Michael Buckmiller. Dieser und ähnliche Nischenverlage in den Sozialwissenschaften sind oftmals die kleinen Leuchttürme, die kritischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in rauer See immer wieder Orientierung und Hoffnung auf „Land in Sicht“ bieten.

Prof. Dr. Ulrich Klemm

Honoraryprofessor für Erwachsenenbildung
an der Universität Augsburg
klemm@vhs-sachsen.de



Tetyana Kloubert

Aufarbeitung der Vergangenheit als Dimension der Erwachsenenbildung.

Polnische, russländische und ukrainische Perspektiven

€ 107,-, 719 S., Frankfurt a. M. 2014,

Peter Lang Edition

ISBN 978-3-631-65101-8

In diesem voluminösen Band (eine gekürzte! Dissertation) von 719 Seiten geht es um die Aufarbeitung der Vergangenheit als Dimension der Erwachsenenbildung. Spezifisch pädagogische bzw. erwachsenenpädagogische Formen des Umgangs mit der Vergangenheit stehen im Mittelpunkt. In den Blick genommen werden polnische, russländische und ukrainische Perspektiven. Die Arbeit verortet sich als Beitrag zur Erziehungswissenschaft und gewinnt auch von dort her ihre Kategorien. Angelegt ist sie als empirische Untersuchung. Das Material wird gewonnen aus Interviews mit 91 Erwachsenenbildnerinnen und -bildnern aus den drei Ländern. Damit kommt die Sicht der Akteurinnen und Akteure sowie der Gestalter/innen der pädagogischen Praxis in den Blick. Nach den Prinzipien der Grounded Theory werden induktiv Kategorien entwickelt, die Fragen der Aufarbeitung der Geschichte systematisieren und strukturieren, z. B. im Zusammenhang mit Prozessen gesellschaftlicher Transformation und Integration sowie mit Demokratieentwicklung.

Zur Zielsetzung schreibt die Autorin: „Diese Arbeit soll die Suche nach spezifisch pädagogischen bzw. erwachsenenpädagogischen Formen des Umgangs mit der Vergangenheit in den Mittelpunkt stellen.“ (S. 8) Es wird nach Merkmalen gesucht, durch die die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als „pädagogisch/andragogisch“ definiert werden kann, um dann eine spezifisch pädagogische Diskussion um den Umgang mit der Vergangenheit weiterzuentwickeln. Es geht um kulturelle Erinnerung aus der Perspektive der Erziehungs- und Bildungswissenschaft. In der Arbeit wird immer wieder auf deutsche Diskurse Bezug genommen. Der deutsche Fall wird als heuristisches und analytisches Modell aufgefasst, denn dort hat die Vergangenheitsbewältigung eine breitere und zeitlich länger andauernde Auseinandersetzung erfahren. Dies kann zur Analyse, Systematisierung und Kategorisierung in den bearbeiteten Kontexten beitragen.

Die Arbeit hat sich drei Aufgaben gestellt:

- die Kontexte, Formen, Mittel, Errungenschaften und Probleme sowie Entwicklungstendenzen des Umgangs mit der Vergangenheit in Bildungseinrichtungen in Polen, Russland und der Ukraine darzustellen, zu analysieren und zu vergleichen;
- auf Grundlage der verwendeten Beispiele nach dem theoretischen Raster zu fragen, welches die Funktionen und Grundbestandteile des Bildungsprozesses in Bezug auf den Umgang mit der Vergangenheit in seiner Komplexität systematisch aufzeigt;
- die gewonnenen Ergebnisse zu verallgemeinern und für theoretische Diskussionen über den pädagogischen Umgang mit der Vergangenheit brauchbar zu machen.

Der Band gliedert sich in vier große Kapitel:

Im ersten Kapitel geht es um die Einführung der Fragestellung und die Darstellung zentraler Begriffe. Wie geht die

Aufarbeitung der Vergangenheit individuell und in Gruppen vonstatten? Zentrale Begriffe sind dabei: Holocaust- versus Gulag-Gedächtnis; „Strategie des Schlussstrichs“ in vielen ost- und mitteleuropäischen Gesellschaften als möglicher Weg; eine „Erinnerungskultur“ wird als interdisziplinär zu untersuchender Bereich eingeführt; verwiesen wird auf Theodor Adornos Aussage bzw. Richtschnur für Bildung und Pädagogik – „Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung“ –, deren Resonanz und mögliche reflektierte Adaption thematisiert wird.

Das zweite Kapitel bietet eine theoretische Einführung in den Stand der Forschung zur Aufarbeitung der Vergangenheit und fasst zusammen, was bisher im Bereich der Erwachsenenbildung zu diesem Aspekt entwickelt wurde.

Im umfangreichsten dritten Kapitel werden die empirischen Daten zu den drei Ländern dargestellt und analysiert. Auszüge aus Interviews werden analysiert und interpretiert und entsprechende theoretische Modelle zu den herausgearbeiteten Kategorien herangezogen.

Schließlich werden im vierten, abschließenden Kapitel die gewonnenen Ergebnisse miteinander verglichen und Schlussfolgerungen aus der Arbeit für die Erwachsenenbildung wie auch für die Disziplin Erziehungswissenschaft gezogen.

Ein umfangreiches Literaturverzeichnis (62 S.) schließt den Band ab.

Was sind die zentralen Themen des Bandes? Allgemein geht es um Fragen der gesellschaftlichen Erinnerungspraxis und des kollektiven Gedächtnisses. Und im Konkreten geht es um den pädagogischen Aspekt des Umgangs mit Geschichte, insbesondere im Bereich der Erwachsenenbildung. Dabei steht die Sicht der Akteure und der Gestalter der pädagogischen Praxis im Zentrum.

Im Kontext *Polen* erweist sich die Frage der polnischen Staatlichkeit zentral in der Aufarbeitung der Vergangenheit; Identität beruht auf einem mehr oder weniger verbindlichen Wissenskanon und die katholische Religion erweist sich als zentrales Merkmal polnischer Identität. Das Trauma des Bedroht-Seins von den Nachbarn, die „Erinnerung gefährdeter Staatlichkeit“ ist ein zentraler Bestandteil des Umgangs mit der Vergangenheit im Rahmen von Bildungsprozessen. „Es darf nie wieder eine Teilung Polens geben“ (S. 190). Auschwitz als Formel für den Identifikationsprozess erweist sich als schwierig für Polen, nicht zuletzt durch die Gefahr, dass andere Verbrechen in Polen dadurch vergessen werden (z. B. Katyń als Polens zentraler *lieu de mémoire*). Zentral und bemerkenswert ist, dass die „Europagesinnung“ für mehrere Respondenten als Schlüssel zur Gesamtorientierung der Bildungsarbeit angesehen wird (S. 193). In Polen ist die Bürgerbildung ein fest etablierter Bestandteil der pädagogischen Praxis in der Mehrheit der Einrichtungen. Patriotismus und demokratische Bildung werden als Dienst und Engagement für den Staat aufgefasst. Weitere Themen/Kategorien: die/der Bürger/in und der Staat, Zerfall des Kommunismus und die Schulfrage. Insgesamt befindet sich die polnische Pädagogik, ähnlich wie die der anderen postkommunistischen Länder, in der Phase ihrer Identitätssuche. Das umfasst sowohl die pädagogische Theorie als auch die Ideologie, „die die Realisierung eines konkreten Erziehungsmusters ermöglicht.“ (S. 284)

„Die polnische Identität ist ein zentrales Thema in den Debatten um die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Die Konstruktion der polnischen Identität bewegt sich zwischen den zwei Strömungen der europäischen und der nationalen Traditionen. Die einzelnen Erwachsenenbildner nei-

gen unterschiedlich stark zu dem einen oder anderen Pol.“ (S. 284)

Im Kontext *Russland* sind es überwiegend marginalisierte Nichtregierungsorganisationen, die sich kritisch mit der Vergangenheit beschäftigen und diesbezüglich Bildungsveranstaltungen anbieten. Die sowjetische Vergangenheit und eine Positionierung gegenüber dieser Vergangenheit spielte (und spielt immer noch) für die Identifikationsprozesse eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt die zentrale Rolle der orthodoxen Religion im Blick auf die Identität Russlands. Die orthodoxe Tradition gilt als erstes Element der russischen Identität, als Grundlage der russischen Seele. Die russische Identität wird von der Kirche dem Individualismus, Liberalismus und Säkularismus des Westens gegenübergestellt. Die religiöse orthodoxe Doktrin verdrängt den Gedanken der universalen Menschenrechte.

Einheitliche Zielformeln für Bildung lassen sich nur schwer finden. Das liegt am fehlenden gesellschaftlichen antitotalitären Konsens in Bezug auf die Verurteilung der Verbrechen der Diktatur und an mangelnder Erfahrung mit der Demokratie.

Im Kontext der *Ukraine* ist die Aufarbeitung der Vergangenheit im Prozess der gesellschaftlichen Transformation geprägt von einer Entwicklung von der Heroisierung zur Europäisierung der Geschichte.

„In der Ukraine dominiert seit 1991 und bis heute, wenn auch in abgeschwächter Form, das romantisierende Konzept der Nation, das sich in der Idealisierung der eigenen Vergangenheit ausdrückt, im Wunsch, die eigene Geschichte weit zurückzuverfolgen und die Traditionslinien von dort aus zu führen.“ (S. 459) Hervorgehoben werden die deutlichen Unterschiede zwischen Westukraine und Ostukraine in der Orientierung und in der Bevölkerungsstruktur. Es bestehen zwei Hauptidentitäten, die in ständigem Konflikt zueinander stehen: Das ukrainische, mit einer kulturellen Nähe zu Europa und einer außenpolitischen Westorientierung ist von einem ostslawischen nationalen Selbstverständnis zu unterscheiden, das sich an Russland orientiert. Diese Existenz von mindestens zwei grundverschiedenen Identitäten, die unter anderem auf zwei divergenten Vergangenheitsdeutungen basieren, macht die Herausbildung einer gemeinsamen ukrainischen Nationalität aufgrund eines gemeinsamen historischen Konsens zu einer kaum zu bewältigenden Aufgabe. Unterschieden wird zwischen dem „sowjetischen“ Erinnerungsdiskurs und dem „neuen ukrainischen Diskurs“, die in heftiger Konfrontation zueinander stehen.

Resümierend werden die historische Unterschiedlichkeit der Länder und unterschiedliche Zugänge im Umgang mit der Vergangenheit deutlich.

Unterschiede finden sich vor allem auch im Umgang mit der Vergangenheit innerhalb der Bildungsinstitutionen, ebenso in der Beschaffenheit der Institutionenlandschaft in den

drei untersuchten Ländern. Während in Polen die Erwachsenenbildung als akademische Disziplin mehr und mehr an Bedeutung gewinnt und sich die klassischen Einrichtungen wie Volkshochschulen, Volksuniversitäten etc. sich immer mehr verbreiten, ist die praktische Erwachsenenbildung in der Ukraine wie auch in Russland fragmentär und wird oft nicht explizit als solche dargestellt (vgl. S. 594).

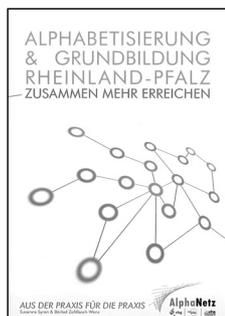
„Die Erwachsenenbildung mit dem Schwerpunkt der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit soll hingegen Raum bieten zur Reflexion und Identitätsfindung, zu einer Vergewisserung hinsichtlich der eigenen Ziele und der infrage kommenden Mittel, was im weiteren Prozess der Bildung, Selbstbildung oder des bürgerschaftlichen Engagements vertieft werden soll – dies sind auch Wünsche der Befragten.“ (S. 634)

Nach Einschätzungen der Autorin sind Momente der pädagogischen Aufarbeitung der Vergangenheit in den staatlichen Bildungseinrichtungen nicht auszumachen, da die Grundvoraussetzungen dazu fehlen. Dass trotz der bereits beschriebenen Schwierigkeiten das Engagement um die Aufarbeitung der Vergangenheit im Sektor der nichtstaatlichen Einrichtungen ziemlich hoch ist, ist eine gute Voraussetzung für die weitere Entwicklung. Das Lernen Erwachsener in freiwilligen Zusammenhängen, aus privatem Interesse heraus, muss sich als Möglichkeit aber erst noch in allen drei Ländern etablieren, wobei dieser Prozess in Polen jedoch sehr schnell voranschreitet. Es erscheint äußerst wichtig, an die Bedürfnisse, Interessen und die Biographien der Teilnehmer/innen anzuknüpfen, um ihnen erstmals positive Lernerfahrungen zu ermöglichen. Eine Erwachsenenbildung, die sich ausdrücklich nicht von der „Überzeugungsarbeit“ in Wort und Tat distanzieren wird erwartungsgemäß auf Argwohn und Widerstand stoßen. Das Erfahren von Selbstbestimmung und Autonomie, das Treffen und das Begründen eigener Entscheidungen erweisen sich in der Bildungspraxis als Kernelemente für eine gelungene Bildungsarbeit.

Den erziehungswissenschaftlichen Ertrag der Studie kann man in zweifacher Hinsicht definieren: Zum einen liegt er in der Erkundung und Interpretation von Bildungswelten des erwachsenen Menschen in drei mittel- bzw. osteuropäischen Ländern, wodurch Einblicke in die bereits existierende pädagogische Praxis ermöglicht werden. Zum anderen liegt er darin, dass die wichtigsten Funktionen der Aufarbeitung der Vergangenheit als Bildungsprozess verdeutlicht werden. Trotz des Umfangs ist der Band sehr lesenswert und vermittelt differenzierte Einblicke in zentrale Kontexte Europas.

Dr. Peter Schreiner

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Comenius-Institut,
Münster



Susanne Syren,
Bärbel Zahlbach-Wenz

Alphabetisierung & Grundbildung Rheinland-Pfalz.

**Zusammen mehr erreichen.
Aus der Praxis für die Praxis**

72 S., Mainz 2014, Bestellung per

E-Mail: susanne.syren@elag.de

Als Download im Netz:

<http://alpha.rlp.de/g5431>

Die Ergebnisse der leo.-Studie im Frühjahr 2011 wirkten wie ein Paukenschlag: 14 % der Erwachsenen in Deutschland sind funktionale Analphabeten, d. h. sie können zwar unter Umständen einzelne Wörter oder Sätze lesen und schreiben, erreichen die Textebene aber nicht. Die Schrift bereitet ihnen so große Schwierigkeiten, dass sie Aufgaben und Anforderungen des täglichen Lebens kaum alleine bewältigen können. Aus Scham und Angst vor Entdeckung haben diese Menschen vielfach Strategien des Verbergens und Versteckens entwickelt, um sich nicht offener Stigmatisierung oder gar Ausgrenzung auszusetzen.

Das trägerübergreifende Modellprojekt AlphaNetz des Landes Rheinland-Pfalz hatte sich in seiner zweijährigen Laufzeit von 2011 bis 2013 zum Ziel gesetzt, funktionale Analphabeten innerhalb ihres regionalen Umfelds stärker zu unterstützen. Neben zahlreichen öffentlichen Aktionen zum Thema baute das AlphaNetz in ländlichen und städtischen Regionen Vernetzungsstrukturen auf, durch die vielfältige Lern- und Beratungsangebote für funktionale Analphabeten entstehen konnten. Erfahrungen und Empfehlungen dieser Netzwerkarbeit werden nun in der Broschüre „Alphabetisierung in Rheinland-Pfalz. Zusammen mehr erreichen“ vorgestellt.

Die Veröffentlichung gibt zunächst eine knappe thematische Einführung zum funktionalen Analphabetismus und beschreibt die Idee einer trägerübergreifenden vernetzenden Grundbildungsarbeit. In den folgenden Kapiteln werden Ausgangssituation und Projektverlauf exemplarisch an zwei der sieben regionalen Netzwerke vorgestellt, am Rhein-Hunsrück-Kreis und an der Landeshauptstadt Mainz. Die übrigen Kapitel widmen sich den Arbeitsschwerpunkten des AlphaNetzes: Maßnahmen der Sensibilisierung von kooperierenden Akteurinnen und Akteuren, Möglichkeiten öffentlichkeitswirksamer Aktionen, Einbindung und Schulung ehrenamtlicher Helfer/innen sowie Aufbau und Pflege regionaler und lokaler Netzwerke.

Die Broschüre wirbt für eine enge und nachhaltige Kooperation vieler gesellschaftlicher Kräfte, die alle Teil einer erfolgreichen regionalen Alphabetisierungsarbeit sind. Waren es in der Vergangenheit fast ausschließlich die Volkshochschulen, die sich dem Thema widmeten und Alphabetisierungskurse ausschrieben, arbeiten heute Arbeitsvermittlungen, Beratungsdienste, Verwaltungen und kulturelle Einrichtungen Hand in Hand. Die Broschüre zeigt anschaulich, wie offen und vielseitig Vernetzungsarbeit aussehen kann und *muss*, um Menschen mit geringer Literalität zu erreichen und ihnen den Weg zur Schrift zu ebnen. Sämtlicher koordinierender Vernetzung geht jedoch die Sensibilisierung voraus. Insbesondere die Aufklärung der Öffentlichkeit und die Enttabuisierung des Themas sind zentrale Schwerpunkte der Alphabetisierung. Die Broschüre bietet hierfür ein Spektrum von Möglichkeiten, die zum Erproben in der eigenen regionalen Grundbildungsarbeit anregen. Bildmaterial ergänzt die sprachlich klaren, anschaulichen Ausführungen und vermittelt einen Eindruck, wie öffentlichkeitswirksame Maßnahmen erfolgreich angelegt und durchgeführt werden können.

Sich mit der Lebenswelt Betroffener auseinandersetzen – dies ist eine Grundvoraussetzung, um adäquate Lernangebote vor Ort zu etablieren. Das AlphaNetz beschreibt in seiner Broschüre insbesondere alternative Lernangebote, da die ‚klassischen‘ Alphabetisierungskurse der Volkshochschulen und anderer Bildungsträger nicht für alle funktionalen Analphabetinnen und Analphabeten gleichermaßen geeignet sind. Berufstätige oder auch im ländlichen Raum lebende Menschen benötigen vor allem flexible Angebote. So werden in der Broschüre mobile Lernformen ebenso vorgestellt wie die Unterstützung durch ehrenamtliche Helfer/innen, die mit ihrer Arbeit eine wichtige Ergänzung zur Schließung von Angebotslücken bilden. Insgesamt hat das AlphaNetz neue, praktisch erprobte Lösungsansätze zusammengetragen, die sich gut auf andere regionale und lokale Strukturen übertragen und weiterentwickeln lassen.

Die Veröffentlichung ist ein praktischer Leitfaden für den Aufbau regionaler Alphabetisierungsstrukturen. Die vielfältigen Projektideen und Maßnahmen werden im abschließenden Kapitel ausdrücklich zur Nachahmung empfohlen – und das zu Recht. Eine kleine Broschüre mit großer Inspiration.

Laurentia Moisa

Projektleiterin

BLICKPUNKT alpha

Naumburg/Saale

moisa@blickpunkt-alpha.de

» Veranstaltungstipps

Termin/ Veranstaltungsort	Veranstaltung	Kontakt & Information
29.–30.05.2015 Güstrow	<p>Pazifismus inmitten einer Welt der Gewalt Ein unverzichtbarer Beitrag zur gegenwärtigen friedensethischen Diskussion</p> <p>Der gegenwärtige friedensethische Diskurs ist durch die Zunahme kriegerischer Auseinandersetzungen weltweit bestimmt. Auf der einen Seite wird verstärktes bewaffnetes Eingreifen gefordert, um das Töten zu verhindern. Auf der anderen Seite wird das abgelehnt, weil Kriegseinsätze fast immer neue Gewalt und Terror hervorrufen. Welche Rolle spielen pazifistische Überzeugungen und Strategien in dieser Debatte? Wie können deren Motive und Traditionen fruchtbar gemacht werden und wo liegen deren Grenzen?</p>	<p>Evangelische Akademie der Nordkirche Tel.: 0381 2 52 24 30 E-Mail: rostock@akademie.nordkirche.de www.akademie-nordkirche.de/veranstaltungen/aktuelles/108</p>
08.–09.06.2015 Schwanenwerder	<p>Fachtagung Zwischen Mitte und Rand Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die Kirchen</p> <p>Die Evangelische Kirche engagiert sich gegen organisierten Rechtsextremismus am Rand der Gesellschaft. Gleichzeitig sind bis in die Mitte von Kirche und Gesellschaft abwertende Einstellungen gegenüber Personengruppen erkennbar, die sich durch Herkunft oder Lebensstil vom je Eigenen unterscheiden. Die Auseinandersetzung mit autoritären, antisemitischen und islamophoben Denkmustern ist eine Aufgabe für die Religion. Wir erarbeiten gemeinsame Ziele und notwendige Abgrenzungen.</p>	<p>Ev. Bildungsstätte auf Schwanenwerder Joachim Hodeige Tel.: 030 203 55-509 E-Mail: hodeige@eaberlin.de</p>
10.–12.06.2015 Schwanenwerder	<p>Fachtagung FTG – Reformator, Ketzer, Judenfeind Jüdische Perspektiven auf Martin Luther</p> <p>Die Auseinandersetzung um die Positionen Luthers zu Juden und Judentum werden in der Regel im Protestantismus intern geführt – manchmal begierig aufgenommen durch säkulare Medien. Dabei wird Luther als Wegbereiter des modernen Antisemitismus beschrieben, als Kind seiner Zeit oder als unzeitgemäß den Juden Wohlgesonnen. Daneben gibt es Stimmen, die diese Debatte für völlig überflüssig halten. Diese Tagung bietet die seltene Gelegenheit, jüdische Perspektiven von damals und heute dazu wahrzunehmen und in einem jüdisch-christlichen Gespräch zu diskutieren.</p>	<p>Ev. Bildungsstätte auf Schwanenwerder Rosalita Huschke Tel.: 030 203 55-404 E-Mail: huschke@eaberlin.de</p>
01.–03.07.2015 Salzburg	<p>Zukunftsforum Erwachsenenbildung 2015 Zum Selbstverständnis von Volksbildung im Spannungsfeld von Bildungsauftrag und Markt</p> <p>Volkshochschulen und ihre Handlungsträger/innen treffen in ihrer Tradition von Aufklärung, Emanzipation und Demokratie auf die Interessen von Arbeitsmarkt, Politik und Wirtschaft. Wie können Bildungsangebote aussehen, die sowohl den Anforderungen von Demokratie, gutem Leben und Glück entsprechen als auch am Arbeitsmarkt weiterhelfen und beruflich verwertbar sind? Was können die Vertreter/innen der Erwachsenenbildung tun, um nicht zwischen den widersprüchlichen Anforderungen von Auftraggeber/innen, Förderstellen, Politik und Wirtschaft aufgerieben zu werden? Was brauchen gemeinnützige Erwachsenenbildung und was kommerzielle Anbieter/innen und was unterscheidet sie?</p>	<p>VHS Salzburg E-Mail: anmeldung@vhs.or.at www.vhs.or.at/575/</p>

13.–17.07.2015 Würzburg	Deutschland im Umbruch – Herausforderungen der Innen- und Außenpolitik	
	Neben einer Bestandsaufnahme und Analyse der jetzigen Regierungspolitik bewerten wir die Innen- und Außenpolitik in ihren Auswirkungen auf Ruheständler/innen und Rentner/innen. Was wurde und wird im sozialen Bereich unternommen, um die Folgen des demografischen Wandels und der Finanzkrise zu minimieren? Welche Konzepte haben andere Parteien? Seminar in Kooperation mit der GdP.	Akademie Frankenwarte Gesellschaft für Politische Bildung e.V. Tel.: 0931 80464-0 E-Mail: info@frankenwarte.de
17.–19.07.2015 Stuttgart	Tagung: Einführung in den Kurs „Reformationen. Hintergründe – Motive – Wirkungen“	
	Was feiern wir eigentlich, wenn wir 2017 Reformationsjubiläum feiern? Diese Frage vieler Menschen innerhalb und außerhalb der evangelischen Kirche nimmt der Kurs zum Anlass, in einem kleinen Theologiekurs Grundlinien reformatorischen Denkens nachzuzeichnen und nach ihren Wirkungen bis heute zu fragen.	Evangelische Erwachsenen- und Familienbildung in Württemberg (EAEW) Dr. Birgit Rommel Tel.: 0711 22 93 63-464 E-Mail: b.rommel@eaew.de
27.–29.7.2015 Bad Alexandersbad	Fachtagung Bildung als Lebensbegleitung und Erneuerung – Karl Ernst Nipkows Beiträge zur kirchlichen Bildungsverantwortung	
	In den vergangenen Jahrzehnten hat Prof. Nipkow wie kein anderer das Bildungsdenken unserer Kirche nach innen und außen formuliert. Am 13. Februar dieses Jahres ist er verstorben. Wir wollen mit dieser Tagung an einen großen Lehrer erinnern und in seinem Sinn nach den Herausforderungen der Zukunft vor allem in der Religionspädagogik und der Erwachsenenbildung fragen.	Fachtagung in Kooperation mit dem Comenius-Institut (CI), der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und dem EBW Bayreuth/Bad Berneck/Pegnitz e.V. Tel.: 09232 9939-0 E-Mail: info@ebz-alexandersbad.de
03.–07.08.2015 Kochel am See	„Hilfe, oder wir kommen!“ – Europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik im 21. Jahrhundert	
	In Medien und Politik drängt das Thema Umgang mit Flüchtlingen immer wieder auf die Agenda. Dieses emotionale Thema ist eine der zentralen Zukunftsfragen in Europa. Eine einfache Antwort gibt es nicht. Good Governance vor Ort, wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas mit seinen Nachbarn und Armutsbekämpfung sind wesentliche Erfolgsfaktoren.	Georg-von-Vollmar-Akademie Tel.: 08851 7803 E-Mail: Tamara.Wissing@vollmar-akademie.de www.vollmar-akademie.de
28.–30.8.2015 Malente	Vorurteile – Alltagsrassismus – Diskriminierung	
	Diskriminierungen gehören für viele Menschen zum Alltag, sei es bei der Ausbildung, im Beruf, beim Sport oder einfach auf der Straße. In diesem Seminar wollen wir hinterfragen, wie Vorurteile entstehen, wie sie wirken und unser Zusammenleben beeinflussen. Darüber hinaus wollen wir für Alltagsrassismus und strukturellen Rassismus sensibilisieren, Gegenstrategien entwickeln und Zivilcourage fördern. Dabei wollen wir auch an unserem eigenen Denken und Handeln arbeiten.	Gustav-Heinemann-Bildungsstätte Claudia Burgdorf Tel.: 04523 880970 E-Mail: cb@heinemann-bildungsstaette.de www.heinemann-bildungsstaette.de
September 2015 – Juni 2016	Qualifizierungskurs Seniorenarbeit: Leinen los! Neue Welten in der Arbeit mit Älteren entdecken	
	Zielsetzung des fundierten und praxisbezogenen Qualifizierungskurses ist die Erweiterung der professionellen Handlungskompetenz in der Arbeit mit älteren und hochaltrigen Erwachsenen, auch unter dem Fokus, verschiedene Generationen miteinander zu vernetzen. Die erworbene Handlungskompetenz befähigt, im bestehenden Tätigkeitsfeld neue Akzente und Schwerpunkte zu setzen, und das Feld der Arbeit mit Älteren bedarfsgerecht zu gestalten.	Pädagogisch-Theologisches Institut der Nordkirche E-Mail: angela.lueckfett@senioren.nordkirche.de

03.–04.09.2015 Berlin	Demografiekongress 2015	
	Der Kongress bringt die maßgeblichen Entscheider/innen zusammen, die demografische Veränderungsprozesse in Deutschland gestalten. Führende Verbände unterstützen den Kongress, u. a. der Deutsche Städte- und Gemeindebund e. V., der Deutsche Landkreistag, der Sozialverband VdK Deutschland e. V. und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V. (BAGSO).	Linda Schmidt Tel.: 03643 2468-112 E-Mail: office@der-demografiekongress.de www.der-demografiekongress.de/der-demografiekongress-2015/
18.09.–20.09.2015 Kochel am See	Politik, Protest und Propaganda: Das Internet als Demokratiefaktor?	
	Das (Un)Wort „alternativlos“ wurde schon in den 80ern von Margaret Thatcher gern in den Mund genommen. „Margaret on the Guillotine“ sang damals die Band ‚The Smiths‘ und stand damit für den Protest einer ganzen Pop-, Jugend- und Subkultur. Alternativen entstehen meist dort, wo sie vermeintlich keine Chance haben. Das Internet gewinnt dabei immer mehr an Bedeutung.	Georg-von-Vollmar-Akademie Tel.: 08851 780 E-Mail: Tamara.Wissing@vollmar-akademie.de www.vollmar-akademie.de
21.–22.09.2015 Berlin	Kongress „Inklusiv politisch bilden“	
	Wie können politische Bildungs- und Partizipationsprozesse inklusiv geplant und gestaltet werden? Wie kann ein Empowerment eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung ermöglichen? Mit einem kreativ und inklusiv ausgerichteten Veranstaltungskonzept sucht der Kongress Antworten auf diese Fragen. Für Menschen, die aus eigener Erfahrung Experten für Inklusion sind, Wissenschaftler/innen, Praktiker/innen der politischen Bildung, Praktiker/innen der Arbeit mit behinderten Menschen, Entscheidungsträger/innen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.	Bundeszentrale für politische Bildung www.bpb.de/inklusiv-politisch-bilden.
23.–25.09. 2015 Freiburg i. Br.	Jahrestagung „Lehr-/Lernarrangements in der wissenschaftlichen Weiterbildung – Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für eine wirksame Didaktik“.	
	Die DGWF ist eine bundesweit agierende Vereinigung von ca. 310 Institutionen und Personen aus dem Hochschul- und Weiterbildungsbereich in Deutschland. Die Jahrestagung stellt ihre zentrale jährliche Großveranstaltung dar.	Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V. (DGWF) Anna Groß-Bölting Tel.: 0521 106-45 81 E-Mail: anna.gross-boelting@uni-bielefeld.de https://dgwf.net/tagungen/.
24.–25.09.2015 Bonn	Tagung Wohnen im Alter - Miteinander anders Quartiere gestalten	
	Das Thema Wohnen im Alter stellt für die Erwachsenenbildung eine große Herausforderung dar, wenn sie ihren Anspruch, Bildung im Lebenslauf zu begleiten und lebenslanges Lernen zu ermöglichen, einlösen will. Ziel dieser Tagung ist es, über die gesellschaftlichen wie politischen Herausforderungen zu informieren und nachzudenken sowie Perspektiven der Bildungsarbeit mit älter werdenden Menschen zum Thema Wohnen im Alter aufzuzeigen.	Ev. Erwachsenenbildungswerk Nordrhein Frau Dittmann Tel.: 0211 3610220 E-Mail: dittmann@eeb-nordrhein.de
25.–27.09.2015 Bad Boll	Weltweit gegen Diskriminierung – in Kirche und Gesellschaft Burakus, Dalits, Sinti und Roma gemeinsam gegen Ausgrenzungen	
	Der Kampf gegen alltägliche und institutionelle Diskriminierung von Minderheiten in Indien, Japan und Europa sind Schwerpunkt dieser Tagung. Vertreter/innen der Burako aus Japan, der Dalit aus Indien und der Sinti und Roma aus Deutschland berichten von ihren Erfahrungen in Kirche und Gesellschaft und wie sie versuchen, dagegen mit Aufklärung und politischem Engagement etwas zu unternehmen. Untersucht wird zum einen das Phänomen der gruppenbezogenen Diskriminierungen. Zum anderen wollen wir voneinander lernen, wie man etwas gegen Vorurteile und Diskriminierung unternehmen kann.	Ev. Akademie Bad Boll Gabriele Barnhill Tel.: 07164 79-233 E-Mail: gabriele.barnhill@ev-akademie-boll.de

09.–10.10.2015 Frankfurt	Symposium: 70 Jahre Kriegsende: Die Folgen von Krieg und Nationalsozialismus im Dialog zwischen den Generationen	
	Am 8. Mai 1945 endete der 2. Weltkrieg mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht – 70 Jahre danach stellen die Kinder der Kriegsteilnehmenden, der Nazis und Mitläufer/innen und die Kinder der damaligen Kriegskinder dieselben Fragen: Welche Ängste, Verhaltensweisen und Gefühle haben wir von den Eltern „geerbt“? Welche Erziehungsmethoden und Rollenmuster prägen uns heute noch? Nationalsozialismus und Krieg haben bei ihnen und auch bei der/den nächsten Generation/en tiefe Spuren hinterlassen.	Evangelischer Regionalverband Frankfurt am Main Koordinationsstelle Erwachsenenbildung / Seniorenarbeit Barbara Hedtmann Tel.: 069 92105-6678 E-Mail: barbara.hedtmann@frankfurt-evangelisch.de
18.–22.11.2015 Düsseldorf	„Europäische Bürger bilden – kreativ, innovativ, inklusiv“ 20. Bundeskongress des EBB-AEDE	
	Die Anschläge auf „Charlie Hebdo“ und den jüdischen Supermarkt im Januar 2015 in Paris, der von Russland verursachte Krieg in der Ukraine und die fortdauernde Euro-Krise in Griechenland und anderen EU-Staaten bieten Stoff für Diskussionen. Der Kongress bietet Gelegenheit, diese Fragen mit Blick auf Wirtschaft und Gesellschaft und den demografischen Wandel zu diskutieren und neue Netzwerke und Projekte zu entwickeln, die eine europäische Bildung für alle ermöglichen. Angesichts der aktuellen Herausforderungen soll außerdem die Frage nach der Rolle der Religionen und Weltanschauungen in Europa aufgegriffen und diskutiert werden.	Europäischer Bund für Bildung und Wissenschaft in der AEDE e.V. (EBB-AEDE) E-Mail: scholten@ebb-aede.eu

Start des neuen KEB-Projekts /mekoBASIS/ – Einladung zur Mitarbeit

Dass Lernen mit metakognitiven Techniken zur Steigerung von Lernerfolg führt, konnte im gerade abgeschlossenen Projekt /mekoFUN/ (/me/takognitiv/fun/diertes Lernen in der Grundbildung) in Trägerschaft der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland (KEB Deutschland) nachgewiesen werden. Dies veranlasste das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zur Förderung des sich nahtlos anschließenden Projektes mekoBASIS – /Basiscurriculum und Qualifizierungskonzept „Metakognitiv fundiertes Lehren und Lernen in der Grundbildung“/.

Es soll ein modular aufgebautes Basiscurriculum für den Bereich der Grundbildung entstehen. Seine Praxistauglichkeit testen Kursleitende begleitend zum Konstruktionsprozess. Darauf werden die Lehrkräfte in vier Qualifizierungsmaßnahmen vorbereitet, und sie erfahren Unterstützung durch im metakognitiv fundierten Lehren bereits erfahrene Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Auf der Grundlage des Basiscurriculums wird ein empirisch gestütztes Konzept zur Qualifizierung von Kursleitenden im Umgang mit metakognitiv fundiertem Lehren und Lernen entwickelt.

Möchten Sie die Wirksamkeit metakognitiver Techniken auch bei Ihrer Arbeit in der Grundbildung erproben? Sind Sie daher interessiert am Projekt mekoBASIS?

Für weitergehende Informationen sowie Auskunft zu den Rahmenbedingungen der Mitarbeit:

Astrid Lambert, Projektkoordinatorin,
KEB Deutschland,
Telefon: 0228/90247-15,
E-Mail: lambert@keb-deutschland.de.

» Nehmen Sie sich Zeit für Bildung im Erwachsenenalter!

Nehmen Sie sich Lesezeit. Bereichern Sie Ihr Berufsleben. Bleiben Sie kontrovers.

forum erwachsenenbildung berichtet viermal im Jahr aus evangelischer Perspektive über aktuelle Themen der Erwachsenenbildung, bietet konkrete Anregungen für die Praxis und stellt ausgesuchte Filme und Fachbücher vor.

Unsere Empfehlung: Ein Jahresabonnement für jeweils vier Ausgaben der *forum erwachsenenbildung* inklusive Zugang zur Online-Ausgabe. Weitere Informationen unter www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung

Die nächsten Themen für 2015:

Heft 3/2015: Bilder, die bewegen

Heft 4/2015: Praxiswissen entwickeln

» Impressum

forum erwachsenenbildung

Die evangelische Zeitschrift für Bildung und Lebenslauf

48. Jahrgang, Heft 2/2015

ISSN 1433-769X

Herausgegeben von der

Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für
Erwachsenenbildung e.V. (DEAE)
Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main
Tel.: 069 67869668-307, Fax: -311
E-Mail: info@deae.de
www.deae.de

in Zusammenarbeit mit dem
Comenius-Institut

Evangelische Arbeitsstätte für Erziehungswissenschaften e.V.
Schreiberstraße 12, 48149 Münster
Tel.: 0251 98101-0, Fax: -50
E-Mail: info@comenius.de
www.comenius.de

„forum erwachsenenbildung“ führt die bis 1996 erschienene Zeitschrift „Nachrichtendienst“ in veränderter Gestalt fort und ist Mitglied im Gemeinschaftswerk Evangelischer Publizistik GmbH.

Redaktionsbeirat:

Martin Becher, Annette Berger, Karola Büchel, Gerrit Heetderks, Dr. Klaus Heuer, Dr. Karin Jurczyk, Dr. Steffen Kleint, Prof. Dr. Ulrich Klemm, Dr. Hans Jürgen Luibl, Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Dr. Freimut Schirmmacher, Andreas Seiverth.

Redaktion und Schriftleitung:

Dr. Steffen Kleint

Herstellung, Verlag und Vertrieb:

Waxmann Verlag GmbH
Steinfurter Straße 555, 48159 Münster

Leserservice:

Daniela Langer

Tel.: 0251-26504-23

Fax: 0251-26504-26

E-Mail: langner@waxmann.com

Bezugsbedingungen für ein Jahresabonnement (4 Ausgaben) der *forum erwachsenenbildung*: € 25,- (zzgl. Versandkosten); ermäßigtes Abonnement für Studierende: € 20,- (zzgl. Versandkosten), bitte gültige Studienbescheinigung beilegen. Das Abonnement läuft bis auf Widerruf, zumindest jedoch für ein Kalenderjahr. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Jahresende. Einzelhefte können für € 9,90 (inkl. Versandkosten) bezogen werden.

Bildnachweise:

Titelbild, S. 4: © file404 – shutterstock.com;
S. 9: © ARD; Autorenfoto S. 10: © Nils Bornemann;
S. 11: © Matthias Seif; S. 20: © epd-bild / Guido Schiefer;
S. 22: © Peter Atkins / fotolia.com; S. 25: © epd-bild / Jens Schulze; S. 27: © Elena Elisseeva – shutterstock.com;
S. 28: © Volkov Mikhail – shutterstock.com; S. 29: © epd-bild / Thomas Rohnke; S. 32: © Zurijeta – shutterstock.com